

LehrerIn und Gesellschaft



Interview mit Bernhard Auinger

Der Bürgermeisterkandidat spricht über die Förderung der Hochkultur, die Alltagskultur und die Alternative Kultur – denn Salzburg ist mehr als nur Festspielstadt!

Seiten 32 und 33



Interview mit Annemarie Reitsamer

Die langjährige Nationalratsabgeordnete der SPÖ zur Situation damals und heute: „Ich weiß nicht, wie lange es noch dauert, bis Österreich endlich erwacht...“

Seiten 15 bis 17



Pamela Rendi-Wagner: Bilanz über Bildungspolitik

Pamela Rendi-Wagner: Schlechtes Zeugnis für die Regierung in Sachen Bildungspolitik. Rückschritte und drastische Kürzungen – die Bilanz über ein Jahr Bildungspolitik der ÖVP/FPÖ-Regierung fällt ernüchternd aus. Seite 5

Weiteres Interessantes in Ausgabe 179

- ▶ SLÖ Landesvorsitzender des Burgenlands Johann Farkas zum bildungspolitischen Selbstmord des öffentlichen Schulsystems
- ▶ Was EuropäerInnen unbedingt über den Islam wissen sollten
- ▶ Prof. Dr. Michael Schratz «Unser Bildungssystem ist stehengeblieben»
- ▶ Interview mit der Salzburger Künstlerin Pia Imbar
- ▶ Junge Generation SPÖ: Wie viel Retro kann ein Bildungssystem ertragen?

Veranstaltungshinweis

Kulturkampf im Klassenzimmer

Wie sollen Lehrpersonen mit radikalen muslimischen Schülern umgehen?

*Diskussion mit der Buchautorin und Integrationsbeauftragten des Bildungsministeriums
Susanne Wiesinger*

*Donnerstag, 28. März 2019, 17:30–19:30
im Saal der SPÖ, Wartelsteinstraße 2 (Keller)*



Editorial

Eine erfolgreiche Bewegung braucht einen breiten Mantel, unter

dem viele Meinungen und Interessen Platz finden. Jedoch stehen grundlegende Werte, wie Solidarität, Einhaltung der Menschenrechte, Gleichheit der Geschlechter, Wohlstand, Sicherheit, individuelle Entfaltung und soziale Absicherung für die SPÖ außer Streit. Die Wege zu ihrer Ausgestaltung müssen indes ständig neu ausdiskutiert werden, ansonsten droht die Gefahr, dass das Bewusstsein für ihre Prioritäten verloren geht. Neid, Gier, egoistisches Karrierestreben und Missgunst sind die Elemente des Niederganges jeder Bewegung, also das, was wir in der SPÖ zuletzt dramatisch erlebt haben. Mit der Geschichte der ehemaligen NR-Abgeordneten Annemarie Reitshamer erinnern wir an eine Periode des Wachstums unter Bruno Kreisky, der auch Menschen mit anderen Wurzeln einlud, ein Stück des Weges gemeinsam mit der Sozialdemokratie zu gehen.

Die neue Redaktion von „LehrerIn und Gesellschaft“ hat es sich zum Ziel gesetzt, mehr Bewusstsein für die Werte unserer Partei zu erzeugen, indem wir zu aktuellen Themen gegensätzliche Standpunkte bringen. Ein gegenwärtig kontroverses Thema ist die Frage der Integration von Muslimen (Zuwanderern und Flüchtlingen) in unserer Gesellschaft. Grundvoraussetzung für eine gelungene Integration ist das gegenseitige Kennen von Integrierenden und Integrierten. Dazu finden Sie eine Darstellung dessen, was Europäer unbedingt über den Islam wissen sollten und einen Kommentar zur Kopftuchdebatte von Franz Pöschl. Ergänzt wird das Thema durch die Buchrezensionen von Ahmad Mansours „Klartext zur Integration“ und Hamed Abdel-Sameds „Integration ein Protokoll des Scheiterns. Gerne würden wir auch andere Sichtweisen zu diesem Thema publizieren.

Natürlich kommen die Bildungsthemen nicht zu kurz: Sie finden die Positionen der neuen SPÖ-Bundesvorsitzenden Pamela Rendi-Wagner zur Bildungspolitik, einen Bericht vom Kongress des ÖZBF (ehemaliges Förderinstitut für Hochbegabte) über Begabung – Begeisterung – Bildungserfolg,

worin neuerlich daran erinnert wird, dass Bildungserfolg nur erreicht wird, wenn bei den Kindern eine Lernbegeisterung hergestellt werden kann. Des Weiteren empfehlen wir Ihnen die Bewertung der türkis-blauen Bildungspolitik aus Sicht der Jungen Generation der SPÖ – Claudia O'Brien, sowie den Artikel von Ludwig Laher „Zeichen an der Wand lesen“ und die Buchvorstellung seines eben erschienenen Werkes „Wo nur die Wiege stand“. Abgerundet wird das Bildungsthema durch Michael Schratz's Erklärung, warum unser Bildungssystem stehen geblieben ist und seiner Kolumne „Singapur-Pisa-Schüler“. Zudem laden wir Sie ein, den Beitrag über den bildungspolitischen Selbstmord, verfasst vom SLÖ Landesvorsitzenden des Bургенlands Johann Farkas, zu lesen.

Ein weiteres Thema der vorliegenden Ausgabe ist Kunst. Die SPÖ war stets eine Partei der Kunstförderung. Wir wollen diese Tradition wiederbeleben indem wir künftig verschiedene Künstlerinnen und Künstler zu Wort kommen lassen. In dieser Ausgabe bringen wir ein Interview und eine Werkschau der in Salzburg lebenden Künstlerin Pia Imbar. Hinweisen möchten wir Sie auf den Beitrag des Schriftstellers Ludwig Laher, der sich über die Wichtigkeit und Bedeutung der Politischen Bildung in Schulen Gedanken macht. An einen wichtigen Meilenstein in der österreichischen Geschichte erinnert uns die Historikerin Dr. Sabine Veits-Falk, die für diese Ausgabe „100 Jahre Frauenwahlrecht“ zum Thema gemacht hat.

In den Fokus stellen wollen wir noch einmal die Gemeinderatswahl in Salzburg. Wir hoffen sehr, dass Bernhard Auinger das Rennen macht und haben ihn zu einem Interview über die Ziele der Salzburger Kulturpolitik eingeladen.

Beachten Sie auch bitte unsere Veranstaltungshinweise für die kommenden

Monate, vielleicht weckt die eine oder andere Veranstaltung Ihr Interesse. Sollten Sie neben den zahlreichen weiteren Beiträgen und trotz unseres Bemühens nicht das finden, was Sie lesen wollen, dann laden wir Sie ein, uns zu schreiben. Wir freuen uns über jede Anregung und über breite Diskussionen.

Ihr Redaktionsteam

Mag. Diana Rathmayr

Mag. Diana Rathmayr

Mag. Franz Pöschl

Mag. Franz Pöschl

BFI SALZBURG

HIER IST BILDUNG IN SICHT!



Interessiert?

Details: www.bfi-sbg.at
oder Tel. 0662/88 30 81-0

Ihre Adresse für Aus- und Weiterbildung

■ Zertifizierte/r Fachtrainer/in

Start: 08.03.2019, Info-Abend: 19.02.2019, 18.00 Uhr

■ Outdoortrainer/in

Start: 15.03.2019, Info-Abend: 20.02.2019, 18.00 Uhr

■ Bildungs- und Berufscoach/in

Start: 29.03.2019, Info-Abend: 08.03.2019, 16.00 Uhr

www.bfi-sbg.at

Vorwort unseres SLÖ-Vorsitzenden



Liebe Leserinnen und Leser!

Natürlich komme auch ich nicht an den Aufregern der vergangenen Wochen und Monate vorbei: an Innenminister Kickl und den anderen Irrlichtern der FPÖ-Regierungsmannschaft oder den Vorkommnissen rund um die LBVO etc. Der größte Skandal spielt sich meines Erachtens jedoch völlig im Verborgenen ab!

Es ist unglaublich und völlig inakzeptabel, wie das schwarze Bildungsministerium die Ergebnisse der Überprüfung der Bildungsstandards („PISA-Test“) in Mathematik der 8. Schulstufe totschnet! Hier die Fakten: 2017 ist das österreichische Ergebnis in Mathematik besser ausgefallen als bei der vorangegangenen Testung. Üblicherweise werden positive Ergebnisse stolz und vom Minister persönlich der Öffentlichkeit gezeigt. Diesmal war das nicht der Fall, denn mit einer öffentlichen Präsentation wäre die Gefahr gegeben gewesen, dass sich Medien und Interessierte die Ergebnisse etwas detaillierter angesehen und dabei folgendes erkannt hätten: Die von Regierungsseite favorisierten Gymnasien stiegen im Vergleich zur vorangegangenen Testung ab, während die Pflichtschulen (2017 nahezu nur noch NMS) so stark zugelegt haben, dass sie sogar das Gesamtergebnis Österreichs positiv beeinflusst haben!!! Doch diese Botschaft ist der Regierung/dem Bildungsminister solch ein Dorn im Auge, dass die Ergebnisse der Testung fast der Geheimhaltung unterliegen!

Die genauere Betrachtung der Ergebnisse zeigt auch, dass bereits jetzt die häufig verschmähten NMS besser abschnitten als seinerzeit die Hauptschulen. Dabei entdecken viele KollegInnen erst jetzt die großen Vorzüge des neuen Systems mit einer klugen Mischung aus TeamTeaching, Gruppenteilung etc. Wie gut könnten da die Ergebnisse der NMS bei einer kommenden Testung sein? Vermutlich werden wir das nie erfahren, da der NMS als erklärtem Feindbild der Boulevardpresse sowie der aktuellen Regierung ein Ende – notfalls durch Ausgrenzungen – droht! Und wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse waren für Kurz und Fassmann noch niemals Kriterien für politische Entscheidungen...

Wer sich mit den Hunden ins Bett legt...

In den letzten Jahren der Koalition von SPÖ und ÖVP im Bund habe ich des Öfteren einen anderen Koalitionspartner als die ÖVP herbeigeseht: Die Einstellung maßgeblicher Strippenzieher in der ÖVP war rein destruktiv und von tiefer Feindschaft gegenüber der SPÖ gezeichnet – Erfolge dieser Koalition waren daher aus der Sicht der Akteure unerwünscht. Und wenn man diese nicht verhindern konnte, so wurden diese im Minimum durch Querschüsse konterkariert. Als Koalitionspartner der SPÖ bot sich realpolitisch bzw. aufgrund der Wahlarithmetik ausschließlich die FPÖ an, was ich – trotz größter Vorbehalte – immer wieder als sinnvollere Alternative zur Zwangsehe mit der ÖVP sah... Der Ausgang und die Folgen der Nationalratswahlen sind uns allen bekannt – und die Frage, ob die SPÖ eine Koalition mit der FPÖ bilden sollte, blieb uns erspart („Dank sei Gott dem Herrn!“)!!! Auch wenn der SPÖ diese Zerreißprobe erspart blieb, so hat nun ganz Österreich diese Rabauken an der Backe!

Das begnadete Trio infernale (der passionierte Ponyhof-Betreiber Kickl, die todbringende Krankenschwester für das Gesundheits- und Sozialsystem Hartinger-Klein und der Klimawandelleugner und Hobby-Rennfahrer Hofer – zumindest zwei davon völlig frei von „akademischer Verbildung“) – gestaltet täglich das Land mit ihren großartigen Ideen... Leider ist dies kein Kabarett, dieses Dreigestirn steht nicht auf der Bühne des Simpl, nein, diese Personen regieren Österreich in der Wirklichkeit!

Das Allerschlimmste jedoch ist, dass das permanente Bombardement – vor allem durch Innenminister Kickl – sukzessive das politische Fundament der 2. Republik unterminiert. Allein die Aussage, dass das Recht der Politik zu folgen habe, müsste zur Demission als Minister führen. Doch von Seiten des Bundeskanzlers Kurz ist nichts zu hören. Und mit jedem weiteren Bombardement sinkt die Hemmschwelle tiefer, mit jedem Angriff der Rechten auf den Rechtsstaat wird bisher Unmögliches Realität, werden Werte der westlichen Demokratie gefährdet. Und jeden Tag, den diese Rechten weiter an der Macht sind, wird die Latte beim Werte-Limbo tiefer gelegt...

Spannend – bzw. amüsant, wenn es nicht so traurig wäre – im Zusam-

menhang mit der FPÖ ist immer wieder, dass sich diese Partei in jüngster Zeit als Retter des christlichen Abendlandes, fallweise sogar als Retter des Judentums in Österreich sieht! Gegen Antisemitismus aufzutreten ist wichtig – wenn es nicht wie in diesem Fall durch die FPÖ so offensichtlich verlogen ist: Nach wie vor werden im Wochenrhythmus antisemitische Äußerungen bzw. typische Nazi-Sager getätigt, viele Mitarbeiter in den FPÖ-Ministerien schrammen weiterhin nur knapp am Wiederbetätigungsparagraphen vorbei. Gestern waren es Liederbücher, heute sind es Postings von der „Ostmark“ – was wird es morgen und übermorgen sein?

Die neuen Leiden der LBVO

Jener Vorfall an der NMS Kuchl, an der die Benotung eines Schülers durch einen Lehrer mit einem „Zweier“ durch die Bildungsdirektion aufgehoben und auf einen „Eins“ korrigiert wurde, hat alle aktiven und ehemaligen Lehrenden erregt. Ich persönlich sehe die gesamte LBVO-Problematik ein bisschen entspannter als Franz Pöschl in seinem Beitrag. Entspannter zumindest, was die Reaktion auf vermeintlich „schlaue Schüler“ betrifft, die seiner Meinung im Unterricht nichts mehr tun, sobald sie keine Überprüfungen mehr fürchten müssten. Fallweise mag Notendruck für Lernende notwendig sein, großteils ist für mich aber Unterrichten auch ohne Beurteilung gut vorstellbar und funktioniert in meiner Praxis auch hervorragend.

Für mich liegt die Problematik der LBVO und einiger Schulgesetze darin, dass diese von Juristen erstellt wurden, die keine Pädagogen sind und die von der Praxis im Umgang mit SchülerInnen, vor allem jedoch den wirklichen Herausforderungen des Schulalltags ahnungslos sind. Die Aufgabe von uns PädagogenInnen ist es, die Lernenden zu begeistern und wir müssen uns jeden Tag bewusst sein, dass wir in unseren Klassenzimmern und Direktionen die Zukunft des Landes gestalten! Genau dafür müssen wir brennen und unsere gesamte Kraft verwenden. Und das tun wir auch, jeden Tag aufs Neue! Wir holen unsere Schüler dort ab, wo sie im Moment stehen. Wir schaffen – zumindest in der Schule – eine Atmosphäre, in der sich auch jene Kinder ihrer Zukunft widmen können, die ansonsten in ihren eigenen Sorgen ertrinken würden... Das machen die allermeisten von uns jeden Tag, und das mit enormem Engagement!

Doch Gesetze, die uns zwingen, jeden einzelnen Schritt von uns und dem unserer SchülerInnen zu dokumentieren, hindern uns de facto an der Ausübung unseres Berufes! Klar, Gesetze sind notwendig, schaffen Klarheit und Rechtssicherheit. Dafür sind wir! Doch: Gesetze sollten m.E. die eigentliche Arbeit regeln und vereinfachen und nicht verhindern!! Das Ziel kann nicht sein, dass wir den Großteil unserer Zeit im Klassenzimmer mit dem Dokumentieren von Leistungen und Vorfällen vergeuden. Das Ziel muss heute noch mehr als früher das Vermitteln von Werten, Wissen und der Anstoß zu kritischem und eigenständigem Denken sein!

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie das ganz anders oder ähnlich sehen, ich freue mich über Reaktionen Ihrerseits! Unsere Gesinnungsgemeinschaft lebt von Ideen und der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Zeit!

Zum Schluss möchte ich Sie noch auf den Landestag des SLÖ Salzburg am 2.4.2019 im Brunauer Zentrum und auf die davor stattfindenden Gemeinderatswahlen aufmerksam machen. Ich ersuche Sie/euch alle um rege Teilnahme an den Wahlen und darum, so viele Überzeugungsgespräche wie möglich zu führen – wir müssen für ein soziales Salzburg kämpfen und rennen – es darf nicht das gesamte Land von der ÖVP regiert werden.

Freundschaft!
Ihr/euer Dietmar Plakolm

AUSGABE 180

REDAKTIONSSCHLUSS

für die **Ausgabe 180:**
10. Mai 2019

Beiträge erbeten an:

Mag. Diana Rathmayr, BEd

diana.sagmeister@hotmail.com

Telefon: 0650 / 85 04 191 oder

gerhard.huber@lbs2.salzburg.at

IMPRESSUM

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Die Zeitschrift „LehrerIn und Gesellschaft“ ist das Organ des Sozialdemokratischen LehrerInnenvereins Österreich – Landesgruppe Salzburg. Vierteljahresschrift. Nachfolge der „Freien Salzburger Lehrerstimme“ (1947–1974).

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

SLÖ-Landesgruppe Salzburg, Wartelsteinstraße 1, 5020 Salzburg; Mag. Dietmar Plakolm.

Redaktion: Mag. Diana Rathmayr, BEd,

Email: diana.sagmeister@hotmail.com

Telefon: 0650 / 85 04 191

Weitere Redaktionsmitglieder: SR Mag. Franz Pöschl, Ing. Stefan Pressnitz BEd, BMA Gabriele Kaliba, OStR Prof. Dr. Herbert Wallentin

Layout: BD Dipl.-Päd. Dipl.-HTL-Ing. OSR Gerhard

Huber, BEd. Email: gerhard.huber@lbs2.salzburg.at

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht vollinhaltlich der Blattlinie bzw. der Meinung des SLÖ- bzw. BSA-Landesvorstandes entsprechen.

Druck: Salzkammergut Media, 4810 Gmunden.

Verlags- und Herstellungsort: Salzburg/Gmunden.



**Bausteine
für meine
Sicherheit
in Beruf & Freizeit**

ÖBV Unfallschutz

- > Flexible Lösungen für jede Lebensphase
- > Leistungen als Bausteine frei wählbar
- > Bis zu 600 % Leistung bei dauernder Invalidität
- > ÖBV Salzburg: Tel. 059 808 | salzburg@oebv.com

**Weltweiter
Schutz rund
um die Uhr**

Informationen zu diesem Produkt finden Sie im Basisinformationsblatt unter www.oebv.com/web/bib.html

Rendi-Wagner zur Bildungspolitik



Schlechtes Zeugnis für die Bildungspolitik der Regierung

Kein Schritt vorwärts, viele Schritte zurück

Viele leere Ankündigungen, noch mehr Rückschritte und drastische Kürzungen – die Bilanz über ein Jahr Bildungspolitik der ÖVP/FPÖ-Regierung fällt ernüchternd aus. SPÖ-Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner erklärt in ihrem Gastkommentar, warum es bei guter Schulpolitik nicht um „links“ oder „rechts“ geht, sondern um Antworten auf die Frage „Was nützt unseren Kindern und was brauchen unsere LehrerInnen?“.

Heinz Faßmann gebührt großer Dank. Nicht für seine Schulreformen, sondern für seine Ehrlichkeit. Denn der Bildungsminister hat in einem Zeitungsinterview ganz offen zugegeben, dass es bei der Bildungspolitik der Regierung um politische Entscheidungen geht und dass es „nicht hinter jeder politischen Entscheidung auch eine wissenschaftliche Fundierung“ gebe. Beispiele für diesen verfehlten, weil einzig von Ideologie getriebenen Zugang zum Thema Bildung hat die Regierung bereits genügend geliefert. Man denke nur an das von vielen ExpertInnen und PraktikerrInnen kritisierte „Pädagogik-Paket“ – Stichwort Sitzenbleiben ab der zweiten Volksschulklasse – oder an die Kürzungen der Gelder für den so dringend notwendigen Ausbau der Ganztagschulen.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen deutlich, dass die Bildungspolitik der Regierung von Ideologie, von einem „Zurück in die Vergangenheit“ bestimmt ist. Das Wohl der Kinder ist dabei – freundlich formuliert – kein vorrangiges Ziel. Bildungsminister Faßmann, der sich gern mit dem Etikett „parteionabhängiger Experte“ schmückt, macht bei all dem mit. Für ihn scheint das Goethe-Wort zu gelten: „Zwei Seelen wohnen, ach! in meiner Brust“. Denn als Experte war er es lange Zeit gewohnt, Entscheidungen auf rein wissenschaftlicher Grundlage zu treffen. Jetzt, als Bildungsminister der schwarz-blauen Regierung, muss er sich oft gewaltig verbiegen, um die ideologischen Interessen von ÖVP und FPÖ umzusetzen. Dieses Verbiegen, man sieht es, tut

Minister Faßmann nicht gut – noch mehr aber schadet diese rückwärtsgewandte Bildungspolitik unseren Kindern.

Bildung als Schutzimpfung

Bildung ist für mich, um in meiner früheren Sprache als Ärztin zu sprechen, eine Schutzimpfung. Bildung macht gesünder, Bildung schützt gegen Arbeitslosigkeit, sie eröffnet Chancen und Perspektiven. Und vor allem: Bildung ist der Schlüssel zu einem erfolgreichen und glücklichen Leben. Statt zu kürzen, müssen wir daher in Bildung investieren und unsere Kinder bestmöglich fördern, damit sie all ihre Talente entfalten können. Für mich gibt es in der Bildung nur einen Gradmesser: Nützen die Schulreformen unseren Kindern, sind sie glücklich, neugierig und in ihren Talenten gefördert und gefordert?

Wir dürfen bei den Reformen aber auch nicht die LehrerInnen aus den Augen verlieren. Denn es sind die vielen engagierten PädagogInnen in diesem Land, die Tag für Tag in den Schulen wichtige Arbeit leisten, die weit über das Vermitteln von Wissen und Lerninhalten hinausgeht. Dafür gebührt den LehrerInnen unsere Wertschätzung und volle Unterstützung. Aber auch hier schlägt die ÖVP/FPÖ-Regierung den falschen Weg ein: Statt für mehr Unterstützungspersonal zu sorgen, werden die entsprechenden Mittel reduziert. Das ist auch der große Unterschied zwischen uns und der ÖVP/FPÖ-Regierung: Wir wollen Unterstützung und Chancen bieten, die Regierung verspielt sie.

Raus aus der Sackgasse

Seit über einem Jahr ist die Regierung jetzt schon im Amt. Fortschritte in der Bildungspolitik sucht man dennoch vergebens. Jeden Tag wird deutlicher, dass von dieser Bundesregierung in Sachen Schulpolitik kein großer Wurf, keine Innovation zu erwarten ist. Stattdessen gibt es von ÖVP und FPÖ vage Ankündigungen, viel ideologisches Klein-Klein und ein Zurückdrehen sinnvoller Reformen. Die wirklich wichtigen Herausforderungen werden nicht angegangen. Ich möchte nur ein besonders drängendes Beispiel herausgreifen. Wir wissen, dass es in Österreich über 500

sogenannte Brennpunktschulen gibt. Schulen also, an denen es besonders viele benachteiligte SchülerInnen und überdurchschnittlich herausgeforderte LehrerInnen gibt. SchulexpertInnen warnen immer eindringlicher davor, dass die Gefahr besteht, dass solche Schulen trotz aller Anstrengungen vor Ort zur Sackgasse werden und die Bildungslaufbahn unserer Kinder behindern.



Fotos: © Astrid Knie

<https://www.pamelarendiwagner.at/downloads>

Wegschauen und nichts tun, wie das die Regierung macht, ist keine Lösung. Wir dürfen die Kinder und LehrerInnen an diesen Schulen nicht im Stich lassen. Daher fordern wir 5.000 zusätzliche LehrerInnen für genau diese Schulen. Zusammen mit unserer Forderung nach einem flächendeckenden Ausbau der Ganztagschulen, die auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bringen, und dem zweiten Gratis-Kindergartenjahr ist das eine wichtige Maßnahme für mehr Chancengerechtigkeit.

Bildungspolitik, wie ich sie verstehe, ist keine Frage von „links“ oder „rechts“. Denn für mehr Chancen unserer Kinder zu sorgen und sie fit für aktuelle und zukünftige Herausforderungen wie die Digitalisierung zu machen, ist weder links noch rechts. Sondern richtig und vernünftig.

Zur Person:

Pamela Rendi-Wagner, geboren am 7. Mai 1971, war Ärztin, bevor sie Sektionschefin im Gesundheitsministerium wurde. Ab März 2017 war sie Gesundheits- und Frauenministerin. Im November 2018 wurde Rendi-Wagner zur ersten Parteichefin der SPÖ gewählt. Pamela Rendi-Wagner ist verheiratet und hat zwei Töchter.



**Schulexperte
Schatz:
„Unser
Bildungssystem
ist stehen-
geblieben“**

**Rück- statt
Fortschritte
sieht Schratz
in Österreichs
Bildungssystem.**

**Ziffernnoten, Sitzenbleiben und
Halbtagschule seien gestrig**

Michael Schratz ist ein weitgereister Mann. Mehr als 100 Schulen hat der Bildungsexperte auf der ganzen Welt in den vergangenen Jahren besucht. Sein Ziel: die Besten von ihnen zu finden, um daraus Schlüsse für ein gut funktionierendes Bildungssystem zu ziehen. In seinem neuen Forschungsprojekt geht er den Gemeinsamkeiten guter Schulen auf den Grund.

Dem österreichischen Schulsystem stellt der Forscher kein gutes Zeugnis aus. Es hinke den Entwicklungen in anderen Ländern um Jahre hinterher, bisherige Reformen seien mehr Kosmetik denn großer Wurf. Aus Finnland möchte er die Auflösung des klassischen Fächerunterrichts importieren, aus Singapur die Bedeutung des „persönlichen und gesellschaftlichen Wohlergehens“ als Kompetenz, die den Schülerinnen und Schülern vermittelt werden soll. Dass Österreich und Deutschland noch immer auf ein Halbtagsmodell setzen, sei durch die internationale Brille betrachtet sowieso nur eine Skurrilität.

STANDARD: *Gibt es Gemeinsamkeiten von guten Schulen?*

Schatz: Schule ist immer sehr stark kontextgebunden. Was sie unabhängig von ihrem Standort aber auszeichnet, ist: Gute Schulen haben gemeinsame Ziele, auf die sie hinarbeiten. Viele haben aus einer Krisensituation heraus ihre Schulentwicklung begonnen. Bei den Siegerschulen des Deutschen Schulpreises sieht man, wie weit man gehen muss, um überhaupt die Enge des Denkens zu verlassen abseits der Feststellung „Wir müssen guten Unterricht machen“.

STANDARD: *Ist das ein Appell an die Haltung, dass die Arbeit im Fach gleich wichtig ist wie die Arbeit für die Schulgemeinschaft?*

Schatz: Fachliche Qualifizierung ist das Um und Auf. Aber wir müssen mehr den Blick darauf legen, was mein Fach zum großen Ganzen beiträgt. Da muss ich immer davon ausgehen, was ich lernseits nenne und nicht lehreits. Ich brauche meine ganze Professionalität, muss aber hinspüren, was braucht diese Schülerin oder dieser Schüler momentan. Wenn ich das nicht merke, dann gibt es immer den klassischen Unterricht, bei dem die lehrseitige Orientierung dominiert. Für die meisten ist dieser Perspektivenwechsel schwierig, weil die Ausbildung sehr stark auf das einzelne Fach ausgerichtet ist und nicht so sehr auf die Schule als Ganzes. Damit wird jedes „zum Ganzen etwas beitragen“ dann als „etwas weggenommen bekommen“ verstanden.

STANDARD: *Geht sich das alles – fachbezogenes Lernen, Pflegen der Schulkultur – überhaupt in einer Halbtagschule aus?*

Schatz: Nein. Von der Halbtagschule müssen wir uns verabschieden. Das fällt uns sonst auf den Kopf. Fortschrittliche Länder haben auch die Taktung in 45 Minuten aufgelöst. In Finnland wird mit Phänomenen gearbeitet. Die Schüler eignen sich dabei Lehrplaninhalte nicht in unterschiedlichen Fächern an, sondern werden mit komplexen Aufgaben konfrontiert – weil es im Leben ja keine isolierten Probleme gibt.

STANDARD: *Haben Schulleitungen dafür denn genug Spielraum?*

Schatz: Die preisgekrönten Schulen haben dieselben Bedingungen wie alle anderen. Insofern stehen hier nicht die Rahmenbedingungen im Weg, sondern die Fähigkeit, Schule neu zu denken. Gute Schulleitungen arbeiten nicht im, sondern am System. Wir sind ja nicht in dem Sinn schlechter geworden, wir haben uns nur wenig weiterbewegt. Unser Bildungssystem ist stehengeblieben, wo es schon vor zehn Jahren war.

STANDARD: *Mit Blick aus der Außenperspektive auf unser Bildungssystem, was fällt da auf?*

Schatz: Besucher aus dem Ausland verstehen nicht, dass man hier nur halbtags in die Schule geht. Die sagen: Ihr verschwendet ja Qualitätszeit! Auch die frühe Trennung des Schulsystems mit zehn Jahren versteht kaum jemand außerhalb Österreichs. Oder die Tatsache, dass alle das gleiche Schulbuch verwenden. Wie gibt es das, dass alle das Gleiche lernen? Das passt ja überhaupt nicht

mit dem zusammen, wie Menschen sich entwickeln, heißt es. Für uns ist das hingegen selbstverständlich – ich war ja selbst Lehrbuchautor.

STANDARD: *Ist das Festhalten am traditionellen Unterricht in Österreich nur ideologisch erklärbar? Bildungsminister Faßmann sagt, manche politischen Entscheidungen brauchen keine wissenschaftliche Fundierung.*

Schatz: Man kann sich das eigentlich gar nicht erklären. Aus der Forschung haben wir ja genug Befunde, was ein gutes Schulsystem auszeichnet. Was Faßmann anlangt: Mich wundert, dass ein Wissenschaftler so etwas sagt. Ich muss das zwar zur Kenntnis nehmen, aber als Wissenschaftler bin ich der Wahrheit verpflichtet und nicht der Politik. Evidenzbasierte Bildungspolitik sollte schauen, wie gut sind wir, was können wir tun, damit wir besser werden? Dann sollte alles getan werden, um besser zu werden.

STANDARD: *Sehen Sie das?*

Schatz: Nein, das sehe ich nicht. Im Gegenteil: Wir haben Rückschritte in bestimmten Bereichen. Stichwort Ziffernnoten, an deren Alternativen die Volksschulen lange gearbeitet haben.

STANDARD: *Was ist so schlimm daran? Es gibt doch weiterhin die alternative Beurteilung.*

Schatz: Das Problem ist, dass wir ein sehr numerisch geprägtes Denken haben. Eltern tun sich also mit anderen Rückmeldungen schwerer, sie wollen oft Noten. Worum es eigentlich geht, ist zu schauen: Werde ich als Schülerin, als Schüler überhaupt wahrgenommen? Hinter einer Note werde ich nicht wahrgenommen. Es wird eher wahrgenommen, was falsch ist.

STANDARD: *Soll es Noten dann erst ab zehn Jahren geben?*

Schatz: Das finnische Schulsystem hat bis 15 Jahre keine Noten. Ich frage mich, wozu brauche ich sie, wenn ein ganzes Land, das viel erfolgreicher ist als Österreich, darauf verzichten kann?

STANDARD: *Ist das Sitzenbleiben ab der zweiten Klasse auch ein Rückschritt?*

Schatz: Es gibt kaum mehr Länder, die überhaupt ein Sitzenbleiben haben. Es wäre viel zielführender, und das machen andere Länder, die personalisiert arbeiten, zu sagen: Wie kann ich das auffangen? Wenn ich jahrgangsübergreifenden Unterricht habe in der Volksschule, dann

gibt es kein Sitzenbleiben, dann bin ich in bestimmten Leistungsbereichen einfach in einem anderen Jahrgang.

STANDARD: Es gibt eine Fülle von Bildungstests. Wird zu viel getestet?

Schratz: Die Tests kann man nicht generell schlechtmachen. Die Frage ist natürlich, wer wird dabei mit wem verglichen? Wenn man sich den asiatischen Raum ansieht, die haben ganz andere Bedingungen. Wir vergleichen also ein Halbtagsschulsystem mit Schulen, wo die Schüler bis elf am Abend lernen. Das Gute: Früher hatten wir in Österreich nicht die Möglichkeit einer Fremdeinschätzung, insofern hat das Vergleichen bei Pisa eher einen Referenzcharakter. In Singapur, die ja bei Pisa ganz vorne waren, will man mit den Tests zurückgehen. Die sagen: Wir wissen, dass wir gut sind. Dort ist schon ein ganz anderes

Thema wichtig, das des „well-being“. Wichtig ist persönliches und gesellschaftliches Wohlergehen.

STANDARD: Noch kurz zu der Reform der Neuen Mittelschule: Ist die NMS überhaupt noch zu retten?

Schratz: Es sind schon so viele Rettungsversuche gestartet worden, da muss man sich überlegen, wie kann man überhaupt ein System organisieren, das das Beste für jedes Kind ermöglicht? Das sehe ich momentan nicht, wenn schon in der Volksschule in der zweiten, dritten Klasse Interventionen anfangen, dass das Kind in die richtige Schule kommt. Es gibt Zehnjährige mit Magengeschwüren. Ist es das, was wir wollen? (Peter Mayr, Karin Riss, 10.12.2018)

Michael Schratz, geboren 1952 in Graz, war Professor am Institut

für LehrerInnenbildung und Schulforschung der Universität Innsbruck. Der Erziehungswissenschaftler ist Mitglied und Sprecher der Jury des Deutschen Schulpreises.

Wir bedanken uns bei Prof. Dr. Michael Schratz und den RedakteurInnen des Standards Peter Mayr & Karin Riss für die Erlaubnis, dieses lezenswerte Interview abzdrukken. (Die Redaktion)

Quellen: Schratz, Michael. Unser Bildungssystem ist stehengeblieben. Im Interview am 10. Dezember 2018 mit Peter Mayr & Karin Riss von: Der Standard: <https://derstandard.at/2000093540547/Schulexperte-Schratz-Unser-Bildungssystem-ist-stehengeblieben>

Foto: <https://www.michaelschratz.com/downloadbereich/>

ARBÖ: SAFE₂SCHOOL

Liebe LehrerInnen!

Der ARBÖ bietet nach Tirol und Vorarlberg nun auch in Salzburg Workshops für die Sicherheit unserer Jugendlichen an, konkret auch für jene, welche sich im „Mopedalter“ befinden oder kurz davor stehen.

Laut Veranstalter haben sich bereits angemeldet: NMS Faistenau, NMS Obertrum (2x) und NMS Lehen.



In der Unfallforschung ist seit jeher bekannt, dass sich im Jugendalter das jugendspezifische Risikoverhalten mit dem Anfängerrisiko bei der Teilnahme am Straßenverkehr vermischt.

„ARBÖ safe2school“ mit rund 4000 TeilnehmerInnen pro Schuljahr fokussiert das jugendspezifische Risikoverhalten rund um die Mopedfahrt. Hierbei bietet Philipp Riccabona, Leiter der Mobilitätserziehung und Verkehrssicherheit, in den genannten drei Bundesländern ab der achten Schulstufe einen kostenlosen vierstündigen Workshop an, der deutlich über die klassische Verkehrssicherheitslehre hinausgeht. Konkret werden auch „Alkohol am Lenker“ oder „Auffrisieren von Mopeds“

angesprochen. Die Workshops werden zeitgleich mit bis zu 3 Klassen im Stationszirkel – Dauer 4 UE – durchgeführt – in einem ausgewogenen Ablauf von Theorie und Praxis.



Äußerst positive, auch schriftliche Rückmeldungen von LeiterInnen, LehrerInnen und SchülerInnen bestätigen die bisherige Erfolgsgeschichte der Workshops.

Der Schwerpunkt dieses ARBÖ-Workshops liegt in der Vermittlung einprägsamer Fallbeispiele und praktischer Übungen (u.a. mit „Rauschbrillen“ und Reaktionstests) wie wertvoller Informationen rund um die Lebens-



umwelt der jungen MopedfahrerInnen mit dem Ziel, letztlich das eigene Risikoverhalten besser abschätzen zu können, ganz im Sinne des Leitbildes der ARBÖ-Workshops: „Bevor ein Unfall passiert...“



Anmeldung und Rückfragen:

Philipp Riccabona BSC
ARBÖ Tirol, Stadlweg 7, 6020 Innsbruck
Tel.: 0512 345 123-24 oder
Mobil: 0664 60 123 – 799
Mail: philipp.riccabona@arboe.at



Anmerkung: Wir von unserem Magazin pflegen übrigens einen regen Kontakt mit dem ARBÖ-Fahrsicherheitszentrum in Straßwalchen, konkret mit Dir. Günther Frühwirth und drucken immer wieder gerne deren P.R.-Schaltungen ab.

Singapurs Schülerinnen und Schüler erreichen bei PISA Spitzenergebnisse. Dabei konnte die Mehrheit der Bevölkerung Singapurs vor einem halben Jahrhundert weder richtig lesen noch schreiben. Was ist das Geheimnis von Singapurs Schulsystem? Schulportal-Kolumnist Michael Schratz hat sich beim PISA-Sieger auf Spurensuche begeben. Eine Gastprofessur in Singapur ermöglichte ihm tiefer gehende Einblicke in die Erfolgsgeschichte.

Singapur – vom „Dritte Welt“-Land zum PISA-Sieger

Singapur hat sich in den vergangenen 50 Jahren rasant entwickelt: 1965, als der heutige Stadtstaat seine Unabhängigkeit erklärte, zählte die Mehrheit der 5,5 Millionen Einwohner noch zu den Analphabeten. Heute, ein halbes Jahrhundert später, gehört das sogenannte „Dritte Welt“-Land von einst zu den am höchsten entwickelten Staaten weltweit. Singapur ist eine der reichsten Städte der Welt, hat einen festen Platz in den Top Five der meistbesuchten Städte, ist neben Hongkong bedeutendster Finanzplatz Asiens und erreicht auch im Bildungsbereich Superlative. PISA bescheinigt Singapur Spitzenwerte in allen Fächern und zwei Jahre „Vorsprung“ gegenüber den OECD-Ländern.

So beginnt Singapurs Erfolgsgeschichte

Die Grundsteine für Singapurs schnellen Fortschritt wurden bereits 1965 gelegt. Damals standen die Gründungsväter vor einer herausfordernden Situation: In Singapur lebten vor allem Menschen mit niedrigem Bildungsgrad aus China, Malaysia und Indien. Die multiethnische Bevölkerung musste in einem jungen gemeinsamen Nationalstaat zusammenwachsen. Da es kaum Rohstoffe gab, lag die Hoffnung der Gründungsväter in der Bildung. Der damalige Premierminister traf die folgerichtige und notwendige Entscheidung, in die Menschen zu investieren, um Singapur in eine erfolgversprechende Zukunft zu führen. Er schuf die Grundlage dafür, dass bis heute ein Fünftel der Staatsausgaben in die Lehrkräftebildung und das Schulsystem investiert werden – lediglich die Staatsausgaben für das Militär fallen noch höher aus. Lehrpersonen haben in Singapur ein hohes Ansehen, entsprechende Aufstiegschancen und verdienen gut.

Wertschätzung des Lehrberufs – was Singapur anders macht

In Singapur haben nur die besten Absolventinnen und Absolventen eine Chance auf den Lehrberuf. Ihre Professionalität wird gefördert – sie genießen eine hoch qualifizierte Ausbildung. Zudem erhält jede junge Lehrkraft einen Computer. Singapurs Lehrerinnen und Lehrer werden aber auch gefordert: Sie müssen 100 Stunden Fortbildung pro Jahr absolvieren und darüber Rechenschaft ablegen – nicht über die formale Teilnahmebestätigung, sondern über den Mehrwert, den die Fortbildung gebracht hat.

Vielfältige Karrierechancen für Singapurs Lehrkräfte

Aufstiegsmöglichkeiten bestehen für eine Lehrkraft in drei mögliche Richtungen:

1. über die Professionalisierung als Pädagogin oder Pädagoge,
2. über die Qualifizierung als Führungskraft (Leadership)
3. oder über die fachliche Expertise.

Der Weg führt vom Aufstieg innerhalb der Schule – zum Beispiel als didaktische Leitung, Abteilungsleitung oder Fachleitung – bis zur Spitze des Systems als sogenannte Meisterlehrerin oder Meisterlehrer in den unterschiedlichen Karriereschienen. Diese Meisterlehrkräfte können in Zusammenarbeit mit dem Ministerium und der Lehrerbildung starken Einfluss auf die Systemsteuerung nehmen.

Stipendien unterstützen angehende Lehrerinnen und Lehrer

Seit der Staatsgründung hat die Regierung Singapurs also ihr besonderes Augenmerk auf alle Akteurinnen und Akteure im Bildungssystem gelegt – und das gilt

bis heute. Nationale Stipendien eröffnen Talentierten Zugang zu den renommiertesten Universitäten weltweit, die das Erfolgswissen ins Land zurückgebracht haben. Auf diesem Weg konnte sich Singapur selbst zur Weltklasse entwickeln. Das Prinzip „Von woanders lernen“ spielt in Singapur eine große Rolle – auch in der Qualifizierung der Schulleitung: Angehende Schulleiterinnen und -leiter müssen während der Ausbildung nicht nur ein ausländisches Bildungssystem studieren, sondern dieses dann auch besuchen. Die Kosten für die Exkursion ins Ausland übernimmt das Bildungsministerium.

Die Schulleitung erhält ein höheres Gehalt

Das Einkommen der Schulleitung ist etwa 50 Prozent höher als das der Lehrkräfte. Die Schulleiterinnen und -leiter bleiben maximal sechs bis sieben Jahre an einer Schule. Danach werden sie vom Bildungsministerium an einer anderen Schule gezielt entsprechend ihren Fähigkeiten eingesetzt. Auch die Lehrerinnen und Lehrer haben die Chance, ihr Gehalt aufzubessern und sich beruflich zu verändern: Aufstiegsmöglichkeiten und damit ein höheres Gehalt ergeben sich durch den intensiven Austausch und das gegenseitige Feedback der Lehrkräfte innerhalb eines sogenannten Clusters.

Zusammenarbeit auf allen Ebenen

Je 12 bis 14 Schulen sind zu einem Cluster zusammengefasst, der von einer Superintendentin oder einem Superintendenten – einer Vertreterin oder einem Vertreter des Bildungsministeriums – geleitet wird. Die Cluster-Leitung nimmt die Funktion von Schulaufsicht ein, ist hoch qualifiziert und hat im Ausland an renommierten Universitäten studiert. Ihre Aufgabe ist es, die Pläne des Bildungsministeriums an den einzelnen Schulstandorten voranzutreiben. Das soll zur Effektivität und Effizienz des Gesamtsystems beitragen. Die SuperintendentInnen sind in kontinuierlichem Kontakt mit der Schulleitung sowie einmal jährlich mit den Lehrkräften. Dadurch ergibt sich eine hohe Übereinstimmung in den Wertvorstellungen zwischen Makro-, Meso- und Mikroebene im Schulsystem.

Ausgeprägte Feedbackkultur innerhalb des Kollegiums

Die Zusammenarbeit der Schulleitung mit dem Kollegium sowie der Lehrkräfte untereinander spielt eine große Rolle. Es gibt an jeder Schule unterschiedliche „Professionelle Lerngemeinschaften“ – Teams, die nach lateralen (Klassen-, Jahrgangsteams) oder vertikalen Erfordernissen (Teacher Leadership, mittleres Management) eingerichtet sind. Jede Woche ist ein Nachmittag für (verpflichtendes) gemeinsames Arbeiten an entwicklungsrelevanten Themen reserviert, an dem alle teilnehmen (müssen). Darüber hinaus haben einzelne Schulen sogenannte „Teaching Labs“ („Unterrichtslabore“) installiert: Lehrerinnen und Lehrer hospitieren im Unterricht ihrer Kolleginnen und Kollegen, sprechen gemeinsam darüber und werten zusammen die Ergebnisse aus.

Paradoxien in Singapurs Bildungssystem: strenge Prüfungen versus ganzheitliche Bildung

Singapurs Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sehen viele Paradoxien im eigenen Schulsystem. Obwohl die Schülerinnen und Schüler nach sechs Grundschuljahren eine strenge Prüfung absolvieren, die über den weiteren Schulweg entscheidet, ist durchgängig ganzheitliche Bildung gefragt, nicht das Testen. Das zuständige Ministerium versucht seit einigen Jahren, Leistungstests in den Schulen weiter zurückzudrängen und dafür „Well-being“ – gesellschaftliches Wohlergehen – zu propagieren. Allerdings investieren die Eltern noch immer in außerschulische Tutorien, um ihre Kinder zusätzlich unterrichten zu lassen. Um Eltern den Druck zu nehmen, ihre Kinder auf die „besten Schulen“ schicken zu müssen, setzte das Bildungsministerium 2012 die Initiative „Every School A Good School“ („Alle Schulen sind gute Schulen“) auf.

Anstrengung, Fleiß und Disziplin:

Die asiatischen Tugenden führen zum Erfolg

Die PISA-Ergebnisse weisen nach, dass der größte Teil der Jugendlichen die Schule erfolgreich abschließt, was nicht zuletzt auch auf die asiatischen Tugenden (Anstrengung, Fleiß, Disziplin) zurückzuführen ist. Die schulischen Spitzenleistungen lassen sich allerdings nicht durch Auswendiglernen erreichen. So erhalten die Schülerinnen und Schüler ständig variierende Aufgabenstellungen zur Annäherung an ein Lernziel. Die Variationen der Aufgabenstellungen stellen vielfach Bezug zum Lebensalltag her und aktivieren die Kinder und Jugendlichen, ihre eigenen Lebenserfahrungen einzubringen. Oftmals wird das „rückwärtige Design“ angewendet – das heißt, die Heranwachsenden müssen den Lösungsweg zurückverfolgen, um das „Problem hinter dem Problem“ zu erkennen. Wurde die Essenz der Aufgabe verstanden, entwickeln die Schülerinnen und Schüler eine Aufgabe desselben Formats, um die Mitschülerinnen und -schüler (zum Beispiel in kleineren Klassen) zur Lösung aufzufordern. Das Verstehen in einem umfassenden Problemverständnis im Sinne von „Metakognition“ („Was macht das Problem zum Problem?“) spielt bereits in der Lehrerbildung eine zentrale Rolle. Das fördert eine lernseitige Haltung im professionellen Habitus.

Individuelle Zuwendung in großen Klassen

Die durchschnittliche Klassengröße liegt in Singapur bei 36 Kindern, doch auch Klassen mit 40 Schülerinnen und Schülern sind üblich. Dennoch gehen die Lehrpersonen im Unterricht auf jedes Kind individuell ein, um es bestmöglich zu unterstützen. Damit wird einerseits eine hohe Integration aller in die Erfolgsgeschichte des Landes ermöglicht, andererseits – sozusagen als „Return of Investment“ – die Dankbarkeit für die empfangenen Leistungen des Schulsystems stimuliert („Wie und was kann ich der Gesellschaft später zurückgeben?“).

Warum Flugsimulatoren, Windkanäle und Lego-Wände zu Singapurs Schulen gehören

Charakteristisch für die Schulbauten Singapurs sind ihre Großzügigkeit und die reichhaltige Ausstattung, zu der beispielsweise auch ein Windkanal oder ein Flugsimulator gehören kann. Darin spiegelt sich vielfach der Fortschritt des Hochtechnologielands wider. Schulen erhalten pro Jahr 10.000 Dollar für innovative Projekte, die als „Anschub“ für kluge Lösungen eingesetzt werden sollen. Zwei Beispiele: Eine Grundschule schaffte eine riesige Lego-Wand an, um das kreative Gestalten innerhalb und außerhalb des Unterrichts anzuregen. Eine andere Schule richtete ein „Makerspace“, eine Art Kreativwerkstätte, ein. Die Schülerinnen und Schüler sollen so zum Experimentieren und Problemlösen angeregt werden.

Fazit

Was also macht die Erfolgsgeschichte des Schulsystems von Singapur aus? Wie gelingt es Singapur, dass der einmalige Spirit das gesamte Schulsystem prägt – angefangen von der Lehrkräftebildung bis hin zum Schulalltag? Es ist die Kombination aus allen genannten Faktoren – mit all den inhärenten Paradoxien:

- unterschiedliche Leistungsanreize,
- Maßnahmen zur Unterstützung durch die jeweiligen Vorgesetzten,
- Zusammenspiel der unterschiedlichen Akteure,
- „Eingebundensein“ in ein kohärentes – ein zusammenhängendes – Ganzes
- und das Engagement aller Beteiligten.

Literatur: Tan, O.-S., Low E.-L., & Hung, D. (Eds.). (2017). Lee Kuan Yew's Educational Legacy: The Challenges of Success. Singapore: Springer.

Quelle: Schratz, Michael. Warum Singapurs Schüler bei PISA so gut abschneiden. Kolumne vom 8. Oktober 2018. In: Das Deutsche Schulportal. Für mehr gute Schulen. <https://deutsches-schulportal.de/stimmen/warum-singapurs-schueler-bei-pisa-so-gut-abschneiden/>

Gedanken zu einem Lehrer-Leserbrief

**Was der Leserbrief eines verärgerten Lehrers bewirken kann!
Gedanken zur Notendiskussion nach dem Leserbrief des Kollegen
Josef Schnöll von der NMS-Kuchl vom
12. Jänner 2019**

Fragt man eine Lehrerin/einen Lehrer über die Einhaltung der Leistungsbeurteilungsverordnung, dann erhält man die Antwort „selbstverständlich“. Wir haben die Vorschriften verinnerlicht und denken nicht länger darüber nach, um uns nicht ärgern zu müssen. Die weitaus meisten Eltern sind auch mit den Noten ihrer Kinder einverstanden. Jene wenigen, die die entsprechenden Rechtskenntnisse haben und die Tücken der LBVO ausnützen, führen dann aber die besten und verantwortlichsten Lehrpersonen am Nasenring durch die Arena. Die Bildungsdirektion kann nicht anders, als den kundigen Eltern Recht zu geben.

Was hat uns so stumpf werden lassen, dass wir jahrzehntelang keinen Aufstand gegen die Absurditäten der LBVO unternommen haben?

Wir haben für Sie die folgenden Beispiele, die die Absurdität der LBVO vor Augen führen können:

In einem Schularbeitgegenstand (Englisch, Deutsch, Mathematik) dürfen keine Tests zur Notenfindung verwendet werden. Die Noten sind aus Schularbeit und Mitarbeit zu errechnen. Schlaue Schüler nehmen sich daher das Recht heraus, ab der letzten Schularbeit nichts mehr zu tun. Die letzten zwei Schulmonate sehen sie sehr entspannt, denn wenn die Lehrperson die Mitarbeit heranzieht, muss sie äußerst genaue Aufzeichnungen vorlegen.

Mündliche Mitarbeit kann bzw. muss für die Noten bewertet werden, allerdings muss die Lehrerin/der Lehrer sich jede Stunde genau notieren, was sie/er gefragt hat und was der Schüler geantwortet hat sowie warum er an einem Tag den Schüler/die Schülerin nicht gefragt hat. Ansonsten kann er den Vorwurf nicht abwehren, er hätte den Schüler/die Schülerin benachteiligt, indem er ihn/sie nicht drangenommen

hat. Auch bei nur 20 Schülern ist die Lehrperson mit Mitschreiben von Fragen und Antworten voll ausgelastet, zu irgendwelchem neuen Stoff wird sie/er schwerlich kommen. Der Einwand, dass sie/er das ja nicht bei jeder Schülerin/jedem Schüler machen muss, ist abzuweisen, denn sie alle haben das Recht, sich gegen die Note zu beschweren, sofern sie nicht „sehr gut“ ist.

Lehrstoff, der einmal in einem Test, Leiner Prüfung oder Schularbeit abgeprüft wurde, darf ein zweites Mal nicht geprüft bzw. benotet werden. Schüler bzw. Schülerinnen haben somit das Recht, alles zu vergessen, was schon einmal geprüft worden ist. Statt Verständnis/Kompetenz wird hier das Kurzzeitgedächtnis geschult, sonst nichts. Gerade in Sprachen ist das eine äußerst kontraproduktive Bestimmung.

Von der Bildungsdirektion verlautet, dass die LBVO nun endlich reformiert werden soll: Höchste Zeit!

*Franz Pöschl
Berufsschullehrer i.R.*

ÖVP-FPÖ PLANT BILDUNGSPOLITISCHEN SELBSTMORD DES ÖFFENTLICHEN SCHULSYSTEMS

Aufnahmetests bereits für 8-Jährige

Nun weiß es auch die Öffentlichkeit, dass in der Giftküche des Ministeriums unter dem Kürzel „IKPM“ (für „individuelle Kompetenz- und Potenzialmessung“) das nächste aberwitzige Vorhaben brodet. Kurz und Strache fordern ja im Brustton der von keiner Sachkenntnis angekränkelten Überzeugung mehr schulische „Leistungsorientierung“. Lehrer müssen daher kostbare Zeit und Energie auf die schulische Auslese verschwenden, statt alle Kinder zu fördern und Lerndefizite zu kompensieren. Mit dem „Pädagogikpaket“ wird der Mief der 50-er Jahre an die Schulen zurückkommen. Ein Mief der Einteilung, Ausgrenzung und Schubladisierung von Kindern. Von lebendigen, vielfältigen und lernenden Wesen, die sich in unterschiedlichen Bereichen unterschiedlich schnell entwickeln. Und das in einem Land, wo Bildung der einzige Rohstoff ist, den Österreich besitzt.

„Na warte, bis du in die Schule kommst ...“

Diese ominöse Drohung gegenüber Kindern, die nicht „brav“ waren, hat man zuletzt kaum mehr gehört. Mit dem sogenannten Pädagogikpaket, das Bildungsminister Heinz Faßmann präsentiert hat, erhält sie eine beunruhigende Aktualität. Der bildungspolitische „Klimawandel“ zeigt sich an Begriffen und Formulierungen wie „Bildungspflicht“, „verschärfen“, „nachweislich“, „verbindlich“, „präzise Regelung“, „verstärkte Datenanalyse“ etc. Aus türkis-blauer Sicht ist Schule nicht mehr der Ort, an dem mit pädagogischem Augenmaß und Empathie differenziert gelehrt und gefördert wird, die Schule soll vielmehr eine Lernanstalt werden, für die es strenge Regeln und harte Sanktionen gibt.

Rückkehr der Noten in der Volksschule: Schon allein diese Schlagzeile ist absoluter Unsinn. Noten gab es auch bislang, nur konnte die Schulgemeinschaft der einzelnen Klassen autonom entscheiden, ob

Noten oder alternative Beurteilung. Das einzige was sich ändert: Für Siebenjährige gibt es künftig wieder verpflichtend „Sehr gut“ bis „Nicht genügend“. Bildungswissenschaftler kritisieren das Vorhaben derweil massiv als „Rückschritt“.

„Es ist eine politische Entscheidung, wie vieles, was ich entscheiden muss. Nicht hinter jeder politischen Entscheidung gibt es auch eine wissenschaftliche Fundierung“, hat Bildungsminister Heinz Faßmann argumentiert. In Wirklichkeit wurde die Autonomie „gekillt“.

Schulische Auslese: Ab 2020/21 fix ist eine Reform für den Übertritt von der Volksschule zur Mittelschule oder AHS. Die Kinder werden erstmals am Ende des Halbjahres in der 3. Klasse getestet – mit der „informellen Kompetenz- und Potenzialmessung“ (IKPM). Diese IKPM wird auch am Ende des ersten Semesters der 4. Klasse verpflichtend für alle. Das alles, gemeinsam mit den Schulnoten und einem im Ministerium noch nicht ausgearbeiteten „Notenraster“, soll zu einer faireren Beurteilung führen. Der Notenraster soll klar definieren, welche Fähigkeiten das Kind für welche Note braucht. Diese Regelung soll Lehrer vor Druck der Eltern schützen.

Ob das die Lehrer tatsächlich schützt, wage ich zu bezweifeln, wenn den Eltern schon frühzeitig klar gemacht wird, dass ihr Kind nicht für's „Gymnasium“ geeignet ist. Dann kracht's schon ab der 2. Klasse. Und wie reagieren die Lehrer, die ihr Selbstwertgefühl durch die Menge der ins Gymnasium gepushten Schüler definieren.

Die IKPM sollen nach diesem Muster auch in der 7. und 8. Schulstufe (natürlich nur NMS) durchgeführt werden. Um die Entwicklung des Kindes zu dokumentieren oder die Leistung des Lehrers? War da nicht einmal die Forderung, die Lehrer nach Leistung zu bezahlen?

Modewort heißt Beurteilungsraster: Diese sind ein konkreter Maßstab, der Kriterien festlegt und Leistungen bzw. Anforderungen entlang dieser Kriterien in Qualitätsstufen beschreibt, damit objektiv, transparent und gerecht (selbst-)beurteilt werden kann. Genau genommen, ist jede Lehrperson seit Jahren dazu verpflichtet, klare Bewertungsraster zu verwenden, um Fortschritt in Bezug auf Kompetenzziele einzuschätzen. Spannend ist, dass in diesen Rastern „in abstrakter Form klar hervorkommt, was die Kinder können müssen“. Was jetzt: abstrakt oder klar?

Unnötige Kosten: Die Umbenennung der Neuen Mittelschule (NMS) in Mittelschule ist eine müßige Geste, die Kosten und Änderungsarbeiten verursacht, aber an deren Underdog-Status gegenüber der AHS-Unterstufe nichts ändert. Die NMS war nie „neu“, sondern als umbenannte Hauptschule eine bildungspolitische Altlast, an der SPÖ-ÖVP-Koalitionen halbherzig und unglaublich herumbastelten. Die NMS erhält nun mit „MS“ einen Kurznamen, der an eine schwerwiegende Krankheit erinnert.

Was auch immer „Neues aus dem Mysterium“ an die Öffentlichkeit dringt: Lassen Sie sich keinen Bären aufbinden. Hier geht es weder um ein modernes Bildungssystem noch um evidenz-basierte Bildungspolitik. Vielmehr geht es um die Sicherung einer Gesellschaftsordnung, allen voran um die Sicherung eines Schultyps, das 8-jährige Gymnasium, der eine



Minderheit im System darstellt aber geballte Macht hat. Eine Art Herrschaft eben. Dass dabei auch einheimische Kinder mit weniger Vorteilen benachteiligt werden, scheint egal zu sein.

*OSR FARKAS Johann
SLÖ Burgenland-
Landesvorsitzender*

Aufstand gegen Bildungspolitik

Elterninitiative „Kinderköpfe“ im Aufstand gegen die Bildungspolitik dieser Regierung

Die Elterninitiative „Kinderköpfe“ starteten vier Eltern, die sich im Elternverein einer öffentlichen Volksschule im 9. Wiener Gemeindebezirk engagieren, so wie das viele Eltern in den zahlreichen Volksschulen dieses Landes tun. Im Rahmen des Schulforums wurden wir mit dem Thema Deutschklassen und den Gesetzesänderungen durch das „Pädagogikpaket 2018“ konfrontiert.

Nach regen Diskussionen kamen wir zu dem gemeinsamen Standpunkt, dass es der aktuellen Regierung in Fragen der Bildungspolitik nicht darum geht, Kindern nach bestem Wissen und Gewissen ein zukunftsorientiertes und chancengerechtes Pflichtschulbildungssystem zu bieten. Vielmehr macht es den Eindruck, dass parteipolitische Ideologien - ob man diese nun teilt oder nicht - über die Köpfe unserer Kinder hinweg verwirklicht werden sollen.

Weil wir damit nicht einverstanden sind, haben wir uns am 9. November 2018 dazu entschlossen, die Elterninitiative „Kinderköpfe“ zu gründen. Wir formulierten unsere Kritik mit dem Anliegen, uns für Chancengerechtigkeit für alle Kinder im öffentlichen Pflichtschulsystem einzusetzen. Ein erster logischer Schritt war, eine Petition auf der Online-Plattform aufstehn.at unter dem Titel „Nicht über die Köpfe unserer Kinder hinweg“ zu veröffentlichen.

Deutschförderung

Uns ist selbstverständlich bewusst, dass das Beherrschen der deutschen Sprache eine essenzielle Voraussetzung ist, um in Österreich Fuß zu fassen. Dennoch ist es uns unverständlich, dass Kinder dazu für zwei Drittel der Unterrichtszeit aus den Regelklassen ausgeschlossen werden und ihnen damit auch in anderen Fächern – wie etwa Mathematik – die Chance auf Erfolgserlebnisse genommen wird. Aus der Beobachtung unserer eigenen Kinder wissen wir, dass Erfolge weitere Erfolge bedingen und dadurch auch die in jeglichen Lernprozessen notwendige Frustrationstoleranz wächst. Dieser Standpunkt findet übrigens auch wissenschaftliche Untermauerung in der Motivationsforschung.

Oft ist es schließlich auch so, dass für die neu eingeführten Deutschklassen nicht einmal geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stehen und diese Klas-

sen in Hinterzimmern oder gar auf dem Gang geführt werden müssen. Es stellt sich hier zwangsläufig die Frage, auf was diese angebliche Integrationsmaßnahme tatsächlich abzielt, denn das Fördern eines Zusammengehörigkeitsgefühls mit Kindern deutscher Muttersprache kann es wohl kaum sein.

Unsere Volksschule erlebte die Fluchtbewegung der vergangenen Jahre auf Grund der Nähe einer Flüchtlingsunterkunft für Familien in besonderem Maße. Mit geschulten und motivierten LehrerInnen gelang es bisher sehr gut, die neu angekommenen Kinder in die Klassengemeinschaften zu integrieren. Das an unserer Schule praktizierte heterogene Lernen ermöglichte rund 40 Kindern – das sind etwa 20% der SchülerInnen – das rasche Erlernen der Sprache, ganz ohne separate Deutschklassen! Zwei- oder mehrsprachig aufzuwachsen bedeutet immer eine gewisse Herausforderung, auch wenn man als EU-Bürger etwa aus beruflichen Gründen mit seiner Familie in einen EU-Staat mit einer anderen Alltagssprache zieht.

Schulautonomie, Ziffernnoten und transparente Beteiligung von ExpertInnen

Die Aussage des Bildungsministers Faßmann, dass es sich bei der Wiedereinführung der verpflichtenden Ziffernbenotung ab der zweiten Schulstufe um keine wissenschaftlich begründete, sondern um eine politische Entscheidung handle, gepaart mit den öffentlichen Aufrufen anerkannter Bildungsforscher gegen diese geplante Maßnahme, brachte das Fass zum Überlaufen. Nach alter Rechtslage konnten immerhin die Eltern im Klassenforum beschließen, ob sie bis einschließlich der dritten Schulstufe eine Ziffernbenotung oder eine alternative Leistungsbeurteilung wünschen. Wir kennen die zahlreichen nachteiligen Auswirkungen von Ziffernbenotung und Sitzenbleiben auf die motivatorische Entwicklung von Kindern und auch die Fragwürdigkeit einer tatsächlichen Objektivität und Aussagekraft von Ziffernnoten ist in wissenschaftlichen Berichten nachzulesen. Und so ist es uns unverständlich, dass die Regierung uns Eltern, LehrerInnen und DirektorInnen die Kompetenz pauschal abspricht, eine eigenverantwortliche Entscheidung für unsere Kinder treffen zu können.

Diskurs mit politischen Entscheidern scheitert bisher

Da uns Eltern sehr viel an einer positiven Diskurskultur gelegen ist, ha-

ben wir auch beim Bildungsministerium um einen persönlichen Termin bei Herrn Faßmann angefragt, um auf unsere Petition aufmerksam zu machen und in einen offenen Dialog einzutreten. Obwohl der Minister keine Zeit für uns hatte, kam es zu einem persönlichen Treffen mit dem Generalsekretär des Ministeriums. Der Termin war für eine halbe Stunde angesetzt und damit für eine ausführliche Diskussion unserer Anliegen und einer Beantwortung unseres für das Treffen ausgearbeiteten Fragenkatalogs viel zu kurz.

Leider blieb auch eine schriftliche Antwort auf unseren Fragenkatalog im Nachhinein aus, obwohl wir den Herrn Generalsekretär darum gebeten hatten. Bei unserem Termin bezog man sich für die Rechtfertigung von Deutschklassen und der Gesetzesänderungen im Rahmen des „Pädagogikpakets“ immer wieder auf die Zahlen einer internen Studie, die uns aber weder anlässlich unseres Termins noch im Nachhinein auf eine schriftliche Anfrage unsererseits vorgelegt wurde. Der Termin im Ministerium endete damit, dass der Generalsekretär ins Büro des Ministers gerufen wurde. Herr Faßmann war also doch im Haus, aber hatte bloß für uns Eltern keine Zeit.

Mit diesem unbefriedigenden Ergebnis waren wir aber nicht alleine. Auch den Initiatorinnen zweier weiterer Petitionen, die von Lehrerinnenseite gegen Deutschklassen und Ziffernnoten veröffentlicht wurden, war es beim Kontakt mit dem Ministerium genau so ergangen. Gemeinsam demonstrierten wir dann anlässlich des Bildungsausschusses am 5. Dezember 2018 für unsere Anliegen einer chancengerechten Bildung für alle Kinder.

Vom Ministerium blieben unserer Forderungen aber dennoch ungehört. Ein uns vorerst zugesagter weiterer Termin mit dem Generalsekretär des Ministeriums wurde seitens des Generalsekretärs abgesagt, da wir am 11. Dezember eine weitere Kundgebung direkt vor dem Ministerium angemeldet hatten. Die Worte des Herrn Generalsekretärs waren diesbezüglich eindeutig: „Mit Ihnen zu sprechen und demonstrieren verträgt sich seitens des Ministeriums nicht.“ Nachdem sich die Regierung auch von zahlreichen kritischen Expertenmeinungen bezüglich des Pädagogikpakets unbeeindruckt gezeigt hatte, wäre es ohnehin unwahrscheinlich gewesen, dass wir Eltern noch etwas hätten da-

ran ändern können, dass das Pädagogikpaket in der nunmehr beschlossenen Form durchs Plenum gegangen wäre – doch in unseren Grundrechten wollten wir uns nicht beschneiden lassen.

Wir bleiben dran – für die Interessen unserer Kinder

Auch wenn wir das Pädagogikpaket nicht stoppen konnten und auch hinsichtlich Deutschklassen bisher kein Umdenken seitens der Regierung stattgefunden hat, waren wir Eltern vom durchaus beträchtlichen Interesse weiterer Eltern und auch der Medien überwältigt. Deshalb ist es uns ein großes Anliegen hier auch weiterhin aktiv zu bleiben und langfristig eine Kinderlobby aufzubauen, die politisch unabhängig die Interessen der Kinder in den Mittelpunkt stellt und eine inklusive, chancengerechte und evidenzbasierte Bildungspolitik einfordert.

AQUA SALZA GOLLING

NATÜRLICH WOHLFÜHLEN VOR DEN TOREN SALZBURGS



natürlich wohlfühlen







BADELANDSCHAFT
 WELLNESS & BEAUTY
 SAUNAPARADIES
 SAUNAGARTEN
 SONNENTERRASSE
 LOUNGE
 INFRAROTLOUNGE
 AQUAKURSE
 KINDERWELT
 SCHWIMMSCHULE
 VERANSTALTUNGEN
 KINDERGEBURTSTAGE
 EVENTS

Aqua Salza
 Möslstraße 199
 A-5440 Golling
 Telefon +43-6244/20040-0
www.aqua-salza.at

Junge Generation SPÖ

Junge Generation SPÖ – Claudia O'Brien zur derzeitigen Bildungspolitik.

Wie viel Retro kann ein Bildungssystem ertragen?



Allen Kindern – genau das sollte der Leitsatz sein, der unseren bildungspolitischen Überlegungen zu Grunde liegt. Ganz egal wo ein Kind geboren wird, in welchem Bundesland oder

in welcher Stadt es aufwächst, wie sein Nachname lautet oder wie viel seine Eltern verdienen. Nichts davon darf einen Einfluss darauf haben, wie die Bildungskarriere eines Kindes aussieht. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, sich seinen Interessen und Neigungen folgend zu entwickeln, sich über seine Stärken bewusst und entsprechend dieser gefördert zu werden und seinen eigenen, individuellen Bildungsweg zu bestreiten.

Chancengerechtigkeit – dafür stehen wir und dafür kämpfen wir. Wie weit wir davon – in so vielen Bereichen – allerdings noch entfernt sind, zeigt der Blick auf die Zahlen. Denn immer noch treten Kinder in die Bildungsfußtapfen ihrer Eltern. Das wäre ja nicht weiter schlimm, doch viel von ihnen machen

das ungewollt – aus Ermangelung anderer Möglichkeiten.

Die Zahlen der Statistik Austria aus den Jahren 2016/2017 zu den Bildungsabschlüssen der 25- bis 44-jährigen lassen folgendes erkennen: Haben die Eltern als höchsten Bildungsabschluss die Pflichtschule absolviert, so haben 33% ihrer Kinder ebenfalls maximal die Pflichtschule abgeschlossen, sowie 46% eine Lehre oder eine berufsbildende mittlere Schule absolviert. Hingegen konnten lediglich 14% eine AHS oder BHS abschließen und 7% ein Studium absolvieren. Betrachtet man nun die Bildungsabschlüsse jener Kinder, bei denen zumindest ein Elternteil einen akademischen Abschluss vorweisen kann, so zeichnet sich ein umgekehrtes Bild: 4% der Kinder haben hier maximal einen Pflichtschulabschluss, 16% einen Lehrabschluss bzw. einen Abschluss an einer BMS. Hingegen haben 24% zumindest eine AHS oder BHS absolviert und sogar 57% ein Studium abgeschlossen.

Eklant werden die Unterschiede auch, wenn man die Bildungsabschlüsse in den einzelnen politischen Bezirken betrachtet. In den Wiener Innenstadtbezirken ist der Anteil an Personen mit einem universitären Abschluss besonders hoch – 47% in der Innenstadt, 45% in der Josefstadt, sowie 44% in Neubau und am Alsergrund. In Simmering und Favoriten können hingegen lediglich 11% der Bevölkerung einen Abschluss im Tertiärbereich vorweisen.

Dieser Umstand scheint nicht weiter zu überraschen, berücksichtigt man die unterschiedliche Bevölkerungsstruktur in den einzelnen Bezirken. Es streicht jedoch hervor, wie ungleich Bildungschancen in Österreich auch geographisch verteilt sind.

Noch einmal untermauert werden diese Zahlen von dem im Oktober erschienenen OECD Bericht „Equity in Education“. In kaum einem anderen Industrieland hängen die Bildungschancen von Kindern so stark vom sozialen Status der Eltern ab, wie in Österreich.

Was für uns klar sein muss: Es ist nicht hinzunehmen, dass in einem der reichsten Länder der Welt Bildung und Chancen nach wie vor vererbt werden. Es liegt in der Verantwortung der Politik dafür Sorge zu tragen, dass jedes Kind die Möglichkeit hat, einen Bildungsweg einzuschlagen, der nicht durch externe Faktoren determiniert wird sondern seinen Wünschen und Zielen entspricht. An dieser Stelle reicht es jedoch nicht aus, allen Kindern lediglich den gleichen Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Was es dringend braucht ist nicht Chancengleichheit, sondern Chancengerechtigkeit.

Wie bereits erwähnt sind Bildungschancen regional sehr ungleich verteilt. Schulstandorte sind an verschiedenen Orten in Österreich mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert. Hier gilt es als Politik einen

gerechten Ausgleich zu schaffen und Ressourcen – egal ob es finanzielle Mittel sind, die Zuteilung von Pädagoginnen und Pädagogen, UnterstützungslehrerInnen, SchulpsychologInnen oder SozialarbeiterInnen – entsprechend der realen Bedürfnisse zu verteilen und damit echte Chancengerechtigkeit herzustellen. Gerade an jenen Schulen, wo wir viele Schülerinnen und Schüler haben, die zu Hause aus unterschiedlichen Gründen nicht die notwendige Unterstützung und Förderung erfahren, braucht es besonders viele Ressourcen, um diese Kinder bestmöglich auf ihrem Bildungsweg zu begleiten.



Genau um diese individuelle Mittelzuteilung, angepasst an die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler an unterschiedlichen Schulstandorten, geht es beim lange geforderten Chancen-Index. 2016 legte die Arbeiterkammer Wien ein umfangreiches Modell auf den Tisch, das sich zum Ziel gesetzt hat, Schule gerecht zu finanzieren. Dieses Modell gehört endlich konsequent umgesetzt. Die Hoffnung, dass es bald zu einer flächendeckenden Umsetzung dieser notwendigen Maßnahme kommt ist jedoch äußerst begrenzt. Im derzeitigen Bildungsbudget sind dafür keinerlei zusätzliche Mittel vorgesehen. Auch im Regierungsprogramm von Schwarz/Türkisch-Blau suchen wir das Wort Chancen-Index vergebens – allerdings hat man hier im Bildungskapitel – wie auch in allen anderen Kapiteln – gleich gänzlich auf den Begriff der Chancengerechtigkeit verzichtet.

Was uns die Bildungspolitik der aktuellen Regierung stattdessen bringt ist der direkte Weg zurück in die Vergangenheit – Geldbußen für SchulschwänzerInnen, Sitzenbleiben für VolksschülerInnen, Differenzierung in Leistungsgruppen, Leistungstests und Notenwahrheit. Schwarz-Blau beschwört schon fast auf manische Art und Weise das differenzierte Schulsystem. Ein System in dem die Bildungskarrieren von Kindern schon in frühen Jahren festgeschrieben werden. Momentan hat man ganz und gar nicht den Eindruck, als würde auch nur der geringste Versuch unternommen werden das Schulsystem zu reformieren, um es entsprechend der

PLATZ DER BÜCHER Motzko



PLATZ DER BÜCHER BEIM KIESEL

MOTZKO BUCH:

ELISABETHSTRASSE 1 • TEL. 0662 / 88 33 11-0 • FAX DW-66

MOTZKO KINDER JUGEND LERNEN EDV WIRTSCHAFT RECHT:

RAINERSTRASSE 17 • TEL. 0662 / 88 33 11-99

MOTZKO REISE:

RAINERSTRASSE 24 • TEL. 0662 / 88 33 11-55

PLATZ DER BÜCHER KAIGASSE

KAIGASSE 11 • TEL. 0662 / 88 33 11-50

Wir freuen uns auf Sie!



Bedürfnisse der Lernenden zu gestalten – im Gegenteil! Die Schülerinnen und Schüler haben sich zu fügen und sich anzupassen. Bewerten, maßregeln und in Gruppen einteilen – so lautet die Prämisse. Ein System das nicht Interessen, Neigungen und Talente fördert, sondern lediglich Leistung fordert. Und natürlich muss diese Leistung messbar sein. Denn für eine 7-Jährige gibt es nichts Wichtigeres, als sich mit seinem Sitznachbarn zu vergleichen und zwar vorzugsweise in den Kategorien 1 bis 5.



Worauf diese Retro-Bildungspolitik genau abzielt erschließt sich mir nicht – eines ist jedoch klar: hier steht definitiv nicht das Kind als Individuum, als lernendes und wissbegieriges Wesen im Mittelpunkt. Hier geht es nicht

um das hervorheben von Talenten, sondern lediglich um das Sichtbarmachen von Defiziten. Es ist eine Politik, die mit dem Finger auf Kinder zeigt und ihnen jeden Tag unter die Nase reiben möchte, was sie alles nicht können. Was dadurch produziert wird ist Desinteresse und vor allem Frustration bei Kindern, Eltern und engagierten Pädagoginnen und Pädagogen. Darüber hinaus wird bereits bestehende soziale Ungerechtigkeit noch weiter einzementiert.

Was besonders irritiert ist die Tatsache, dass die Bundesregierung und allen voran der Bildungsminister, die Meinung und Expertise derjenigen konsequent ignoriert, die wohl am aller besten über die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler Bescheid wissen. Das sind auf der einen Seite die Kinder und Jugendlichen selbst und auf der anderen Seite die Lehrerinnen und Lehrer.



An dieser Stelle daher eine Empfehlung an den Herrn Bildungsminister Faßmann: Wenn Sie schon von sich selbst behaupten kein Bildungsexperte zu sein, dann machen Sie besser Platz und lassen jene ans Werk, die tatsächlich etwas von Schule und Bildungspolitik verstehen! Und Ihren Retrokurs packen Sie am besten dorthin, wo er hingehört: In die Geschichtsbücher.

PROGRESSWERBUNG:

„Alle für einen und keiner allein“, das ist die Headline am Bus-Heck für die heurige „Licht ins Dunkel-Aktion“. Das Design auf den Bussen von Albus und Salzburg Verkehr ruft zum Spenden auf: Die Rollstuhlfahrer der Rolling Home Initiative und die Hortkinder des San Helios sind auf Unterstützung angewiesen.

Der Verein ROLLING HOME hat sich zum Ziel gesetzt, mit dem Projekt „Fühl dich frei“, jungen behinderten Menschen im Rollstuhl die Freizeit außerhalb des Elternhauses mit Gleichaltrigen und Gleichbetroffenen zu ermöglichen. Im Hort San Helios arbeiten alle Helfer ausnahmslos ehrenamtlich. Die freiwilligen Helfer haben ein großes Herz für Kinder und können ihnen

die nötige Zuwendung und Aufmerksamkeit schenken, die sie brauchen. Diese Förderung ist extrem wichtig, denn nur so haben sie eine Perspektive und es wird ein positiver Schulabschluss ermöglicht.

Beide Organisationen benötigen also dringend Hilfe und Unterstützung. Das BORG Radstadt hat dazu ein kreatives Bus-Heck gestaltet.

Spenden kann man ganz einfach per Erlagscheinen – diese sind heute als Beilage in den Salzburger Nachrichten. Auch per Online Banking über die Raiffeisenbank sowie mittels Swing Cards, die in den Albus Bussen hängen, ist es möglich eine Unterstützung zu leisten.

Es ist erstaunlich, wie viel Empathie und Kreativität unsere

Schüler jedes Jahr aufbringen – gemeinsam mit ihren Lehrern. Im Einsatz für eine gute Sache.“, so Christian Lassner (Salzburger Nachrichten), Christoph Bachleitner (Raiffeisen), Romy Seidl (ORF, Licht ins Dunkel), Hermann Häckl (Albus), Fred Kendlbacher und Dominik Sobota (Progress Werbung).

Bild: Schüler mit Projektleiterin Elisabeth Binder und Direktorin Andrea Stolz (BORG Radstadt), Fred Kendlbacher (Progress Werbung), Romy Seidl (ORF, Licht ins Dunkel), Christian Lassner (Salzburger Nachrichten), Christoph Bachleitner (Raiffeisen), Dominik Sobota (Progress Werbung), Martina Auberger und Astrid Handlechner (Rolling Home), Sr. Daniela mit den Hortkindern (Hort San Helios)



ÖZBF-Kongress in Salzburg

**Begabung – Begeisterung –
Bildungserfolg: ÖZBF-Kongress in
Salzburg, 14. – 16. 11. 2019**

Von 14. – 16. November 2019 findet der 10. internationale Kongress des Österreichischen Zentrums für Begabtenförderung und Begabungsforschung (ÖZBF) in Salzburg statt. Der ÖZBF-Kongress gehört zu den größten deutschsprachigen Fach- und Weiterbildungskongressen im Bereich der Begabungs- und Exzellenzförderung. 2019 ist das Thema des Kongresses „Begabung – Begeisterung – Bildungserfolg“.

Kongressthema „Begabung – Begeisterung – Bildungserfolg“

Begeisterung, die leidenschaftliche Beschäftigung mit einem Thema, spielt nicht nur eine wesentliche Rolle für persönliches Glück und Wohlbefinden. Sie ist auch ein zentraler Faktor bei der Umsetzung von Begabung in Leistung. Ist jemand mit Begeisterung bei einer Sache, werden Zeit und Ort schnell vergessen und es tritt im Idealfall der erfüllende Zustand von „Flow“ ein. Auch in Begabungsmodellen taucht Begeisterung bzw. Leidenschaft als ein relevanter Faktor auf.

Begabung mit Begeisterung zu leben und sich als Person nach eigenen Zielen zu entfalten, ist das Idealbild eines Weges von Begabung zu (Bildungs-)Erfolg. Dieser Prozess ist lang und erstreckt sich über mehrere Lebensjahrzehnte eines Menschen. Grundsteine werden häufig bereits im frühen Kindesalter gelegt, wenn ein junger Mensch zum ersten Mal mit einem für ihn faszinierenden Thema in Berührung kommt und dann erste Ansätze für außergewöhnliches Potenzial in diesem Bereich zeigt. Darauf folgen idealerweise eine intensive Auseinandersetzung mit herausfordernden Fragen und spannenden Aufgaben sowie oftmals erste Erfolge bei schulischen und außerschulischen Aktivitäten in der Domäne, wie bei Präsentationen oder Wettbewerben. Schritt für Schritt

wird Expertise aufgebaut, bis im Idealfall ein individuell gestecktes Ziel erreicht wird. Für den einen mag dies Leistungsexzellenz sein, für die andere eine erfüllende berufliche Position. Das Ergebnis einer gelungenen Umsetzung von Begabung in Leistung kann Bildungserfolg sein, der sich in einer erfolgreichen Schullaufbahn und weiterführenden Abschlüssen

bei ein wesentlicher Faktor. Verantwortliche in Erziehung und Bildung bieten immer wieder Anlässe, Möglichkeiten und Zeitfenster für die Begeisterung in der Domäne. Eltern, Familie oder Vorgesetzte sowie Arbeitskolleginnen und -kollegen spielen eine wichtige beratende und begleitende Rolle.

Zahlreiche Beiträge aus Wissenschaft und Praxis werden das Kongressthema aus verschiedenen Perspektiven beleuchten.

Hauptvorträge

Aljoscha C. Neubauer (Karl-Franzens-Universität Graz):
Eignung oder Neigung:
Welche Rolle spielen Begabungen und Interessen für Bildungserfolge?

Hans Anand Pant (Humboldt-Universität zu Berlin, Die Deutsche Schulakademie):
Exzellente Schulen für exzellente Leistungen: Schulentwicklung als Motor der Leistungsförderung

Franzis Preckel (Universität Trier):
Begabung und Bildungserfolg – Faktoren gelungener Entwicklung

Miriam Vock (Universität Potsdam):
Begeistert lernen, wenn nichts Neues mehr kommt? Das Überspringen einer Klassenstufe als Ausweg aus der Unterforderung

Mehr Infos zum Kongress

Die Anmeldung zum Kongress ist über die Website des ÖZBF möglich; dort werden auch alle Informationen rund um den Kongress ständig aktualisiert: www.oezbf.at/kongress2019

Für Anmeldungen bis zum 31. Mai 2019 gilt übrigens der Frühbucher-Bonus! Der ÖZBF-Kongress wird als Fortbildung im Jahresprogramm 2019/20 der Pädagogischen Hochschule Salzburg geführt.

Fotos: Danja Katzer



Als die SPÖ noch Erfolg hatte...

Es ist immer wunderschön, wenn man erlebt, dass etwas aufblüht und dass es vorwärts geht. Annemarie Reitsamer, die langjährige Nationalratsabgeordnete aus dem Flachgau und Pionierin der Frauen in der SPÖ hat das erleben dürfen. Sie schildert in ihrem Lebensbericht, wie die Erfolge zustande kamen. Sehr interessant sind aber auch ihre Gedanken zur gegenwärtigen Schwächephase.



Wie es begann, ein paar Eckpunkte meiner politischen Biographie.

1941 geboren und schon als Kind sehr wissbegierig, habe ich bei meinen Eltern viel über den Krieg erfragt und war schon früh ZuhörerIn bei vielen politischen Gesprächen. Meine Eltern waren Sozialdemokraten, wenn auch keine Parteimitglieder. In meinem Heimatort St.Gilgen gab es keine SP-Vorfeldorganisationen, weshalb ich erst im Dezember 1960, als ich es mir finanziell leisten konnte, der SPÖ beitrat.

Ab 1967 arbeitete ich in St.Gilgen bei der Zwölferhorn-Seilbahn als Kassiererin und Lohnverrechnerin und wurde Anfang der 70er Jahre vom damaligen SPÖ-Bürgermeister Bernd Schwarzenbrunner gebeten, die Frauenarbeit für die Partei zu übernehmen. Ich habe zugestimmt und für ziemlichen Aufschwung gesorgt. In den ersten beiden Jahren 50 Mitglieder geworben, mit Flohmärkten 26.000.-Schilling erwirtschaftet und damit eine alte Backstube zu einem Parteilokal umgebaut, in welchem jeden Monat wenigstens eine Veranstaltung durchgeführt wurde. Wahrscheinlich ist man dadurch in der Landesorganisation auf mich aufmerksam geworden und hat mir die Stelle der Landesfrauensekretärin (heute Landesfrauengeschäftsführerin) angeboten, die ich im Oktober 1977 antrat. Vorsitzende war damals LABg. Maria Springle und es galt gleich eine Landesfrauenkonferenz vorzubereiten. 1979 haben wir gemeinsam den Heimhilfedienst mit einem Anfangsbudget von 30.000.- Schilling gegründet, weil wir schon damals erkannt haben, dass

ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Menschen Unterstützung bei der Haushaltsführung benötigen.

Vorbilder

Gleich zu Beginn meiner Tätigkeit hatte ich das große Glück, zwei Pionierinnen der Sozialdemokratie, nämlich Rosa Jochmann und Maria Emhart kennen zu lernen, deren Lebensgeschichten mich unheimlich beeindruckt haben. Speziell Rosa Jochmann, die das Konzentrationslager Ravensbrück überlebt hat, war bis ins hohe Alter als Mahnerin gegen Krieg und Faschismus unterwegs. Sie würde heute sehr darunter leiden, zu sehen, wohin sich Österreich entwickelt.



SPÖ in der Hochblüte

Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky war damals auch Bundesparteivorsitzender und die Kreisky-Zeit war für mich die lehrreichste und interessanteste. Anfangs halbjährlich und später einmal im Jahr kamen österreichweit alle Landes- und Bezirkssekretäre sowie die Sekretäre der Referate und Nebenorganisationen zusammen und Kreisky referierte eine bis eineinhalb Stunden über die politische Lage und seine Vorstellungen, wie die Parteiarbeit in den nächsten Monaten zu gestalten sei. Dann gab es eine kurze Diskussion und von diesen Veranstaltungen ging ein unglaublicher Motivationsschub aus, wir waren immer voller Tatendrang.

In dieser Zeit gab es österreichweit Großveranstaltungen, wie z.B. die



Freundschaftstreffen zum Internationalen Sozialistischen Frauentag, die ich in meiner aktiven Zeit als Landesfrauensekretärin zweimal ausrichten durfte. Einmal 1981 mit Bundeskanzler Kreisky und der deutschen Bundestagspräsidentin Annemarie Renger mit mehr als 8.000 TeilnehmerInnen in der Stadt Salzburg und einmal 1989 in Hallein mit Bundeskanzler Vranitzky und damals noch Staatssekretärin Johanna Dohnal mit ca. 11.000 Personen. Derartige Veranstaltungen waren schon im Vorfeld kontaktfördernd, man hat Ideen und Erfahrungen ausgetauscht und sich gegenseitig unterstützt. Heute mit den „neuen“ Medien, geht dieser persönliche Kontakt immer mehr verloren, aber darauf möchte ich später zurückkommen.

Bei der Landtagswahl 1979 war ich unter ferner liefen auf der Kandidatenliste und war sehr stolz darauf. 1979 übernahm ich den Parteivorsitz in St.Gilgen (bis 1995), von 1984 bis 1989 war ich Mitglied der Gemeindevertretung, von 1989 bis 1999 Mitglied der Gemeindevertretung und Fraktionsvorsitzende. Von 1978 bis 2001 war ich Mitglied des Landesparteivorstandes und von 1984 bis 2001 gehörte ich auch dem Landesparteipräsidium an.

Mein Ziel: Mitgestalten können

1990 erstmals Einzug in den Nationalrat für den Wahlkreis 5B Flachgau/Tennengau. zu Beginn Mitglied im Justiz-, Gesundheits- und Familienausschuss, etwas später kam die Gentechnikenquotekommission dazu. 1991 wurde ich Vorsitzende im neu eingerichteten Gleichbehandlungsausschuss. Diesen Vorsitz gab ich im Dezember 1992 wieder ab, als ich Vorsitzende des Sozialausschusses und Sozialsprecherin wurde. Erst unter Schwarz-Blau im Jahr 2000 wurden diese beiden Funktionen aus taktischen Gründen getrennt. Bis zu meinem Ausscheiden aus dem Parlament 2001 Zusammenarbeit mit fünf Sozialministern (zwei davon FPÖ). Mit Bundesminister Hesoun wurde das Pflegegeld ausverhandelt und eingeführt, ein Meilenstein in der Sozialpolitik. Bei diesen schwierigen Verhandlungen – später haben sich die Sozialsprecher der anderen Parteien gerne diese Feder auf ihren Hut gesteckt – wusste ich die Handschlagqualität von Bundeskanzler Dr. Vranitzky besonders zu schätzen, bei seinem Nachfolger habe ich sie dann schmerzlich vermisst.

Leider hat das Pflegegeld trotz geringfügiger Erhöhungen insgesamt sehr viel an Wert verloren und reicht heute für den Pflegebedarf nicht mehr annähernd aus. Das habe ich als Präsidentin der Volkshilfe Salzburg (1998 – 2016) schon immer vehement kritisiert. Ich habe auch nicht viel Hoffnung, dass sich dies in absehbarer Zeit ändert.



Schulterschluss der Gegner

Seit 1995 gehörte ich auch dem Bundesparteipräsidium und dem Bundesparteivorstand an und das sollte noch sehr spannend werden. Nach der Nationalratswahl 1999, die SPÖ blieb trotz Verlusten Erste, die FPÖ wurde Zweite und die ÖVP Dritte. Wolfgang Schüssel hatte vor der Wahl erklärt, als Dritter würde er in Opposition gehen. Es gab jede Menge Präsidiumssitzungen, in denen das engere Verhandlungskomitee zur Vorbereitung einer Koalition berichtete und die weitere Vorgangsweise beraten wurde. Auf dem Heimweg von einer dieser nächtlichen Sitzungen bekam ich zufällig ein Telefonat eines ÖVP-Mitarbeiters mit, Zitat: „Der Chef (Schüssel) weiß schon nicht mehr, was er dem Klima noch alles abverlangen soll, damit er aufgibt.“ Ich habe Bundeskanzler Klima sofort informiert, er wollte es nicht glauben. Wenige Tage später war es so weit, über Nacht lag ein relativ umfangreiches Koalitionspapier (die Seitenanzahl weiß ich nicht mehr) zwischen ÖVP und FPÖ vor. Die Zeit dafür hätte bestenfalls zum Korrektur lesen gereicht, also hatte man die Verhandlungen mit der SPÖ nur zum Schein geführt.

Wir fanden uns auf der Oppositionsbank wieder und es tat weh, nicht mehr für die Menschen gestalten zu können, sondern zusehen zu müssen, wie Errungenschaften sukzessive abgebaut wurden. Ich denke da an die Verschlechterungen im Pensionsrecht für Frauen (lebenslange Durchrechnung) und kann es nicht verstehen, dass die Frauen das schon wieder vergessen haben, droht doch vielen von ihnen die Altersarmut.

Nach Erreichung meines 60. Lebensjahres legte ich mit 1. März 2001

mein Mandat zurück und ging auch als Parteiangestellte in Pension. Mit dem ehrenamtlichen Vorsitz in der Volkshilfe Salzburg (bis April 2016) hatte ich immer noch eine schöne Aufgabe und endlich auch mehr Zeit für meine beiden Enkelkinder.

Wie hält es die Sozialdemokratie heute mit ihren Grundsätzen?

Im Folgenden möchte ich mich mit der Sozialdemokratie, und wie sie sich in den letzten Jahren dargestellt hat und heute darstellt, auseinandersetzen.

Hier möchte ich ein Zitat des großen Sozialdemokraten Dr. Robert Danneberg, ermordet 1942 im KZ Auschwitz, vorausschicken: „Kritik und Parteitreue sind keine Gegensätze.“



Die Grundwerte der Sozialdemokratie, nämlich Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität haben bis heute nichts an Aktualität eingebüßt, aber es stellt sich die Frage inwieweit leben wir sie noch? Können uns die Menschen überhaupt noch von den anderen Parteien unterscheiden? Rücken wir nicht immer mehr in die politische Mitte, was uns auch die jungen engagierten FunktionärInnen zum Vorwurf machen. Um zeitgemäß zu sein und natürlich um Wahlerfolge zu erringen, passen wir uns dem „Mainstream“ an, ordnen uns der Wirtschaft unter. Das Thema soziale Kälte ist von den Regierungsparteien besetzt und wir können nur gewinnen, wenn wir ganz klar Gegenposition beziehen, einige zaghafte Schritte gab es in letzter Zeit bereits.

Zugegeben, die Welt hat sich rasant verändert und wir haben bis jetzt nur unzureichend reagiert. Wir müssen wieder besser zuhören lernen und eine klarere Sprache sprechen. Was sind denn für die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung die wichtigsten Anliegen, ein Arbeitsplatz, der das Auskommen sichert, leistbares Wohnen, Betreuungsplätze und Bildung für unsere Kinder sowie Gesundheit und Altern in Würde. Das sind auch die Voraussetzungen für sozialen Frieden und es sind keine unbescheidenen Wünsche. Die Gier fängt bekanntlich erst in höheren Einkom-

menklassen an, wie uns fast täglich Beispiele an Korruption zeigen.

In den 80er Jahren sagte Professor Dr. Erwin Ringel, bekannt als Autor des Buches „Die österreichische Seele“ Folgendes: „Die soziale Gleichstellung der Arbeiterschaft ist weitgehend erreicht. Ohne die Arbeiterschaft zu vergessen, müssen wir jetzt Ausschau halten nach den Benachteiligten unserer Zeit.“ Heute sind die unselbstständig Erwerbstätigen und auch die kleineren Unternehmer die Benachteiligten, denn was sie erwirtschaften wird immer mehr in Richtung Vermögende umverteilt.

Sozialer Abstieg der Bevölkerung spiegelt Abstieg der SPÖ

Die breite Masse hat immer weniger Geld zur Verfügung, die Entwicklung der Realeinkommen geht ständig zurück und die Blauen in unserer Regierung hämmern uns ständig ein, Asylanten und Flüchtlinge sowie Jene, die ohnehin schon an oder unter der Armutsgrenze leben, hätten Schuld. Dieses Thema wird am Köcheln gehalten, um für den nächsten Wahlerfolg zu sorgen. Das erinnert an die 30er Jahre, da gab man in der bittersten Armut an allem den Juden die Schuld und wohin das geführt hat, haben wir zwar leidvoll erfahren, aber das wird gerne vergessen.

Noch ein paar Gedanken zu leistbarem Wohnen. Bereits 2014 war in der Zeitschrift Format zu lesen „Mieten wird zum Luxus.“ In den 80er Jahren lag der zumutbare Wohnungsaufwand bei 25 % des Familieneinkommens, heute sind wir bei 40 bis 50 % und im Land Salzburg hatte man nach dem Regierungswechsel nichts Eiligeres zu tun, als eine gut funktionierende Wohnbauförderung in eine Lotterie verkommen zu lassen.

Immer wird von Sparen geredet und der Mensch nur als Kostenfaktor gesehen, wenn es aber darum geht, eine Bank aus ihrer selbstverschuldeten Misere zu retten, dann ist immer Geld da mit der Ausrede, sonst wäre der Finanzplatz Österreich gefährdet. Sorgen wir uns doch einmal um den sogenannten Sozialplatz. Banken und ihre immer undurchsichtigeren Geschäfte sind ein eigenes Kapitel, wie hat schon Henry Ford gesagt „Würden die Menschen das Geldsystem verstehen, dann hätten wir eine Revolution.“

Das reichste Prozent der Haushalte besitzt fast ein Viertel des Vermögens, die obersten 10 % haben mehr als die restlichen 90 %. Manager haben

2003 das 20fache eines normalen Arbeitnehmers verdient, 2016 war es bereits das 51fache. Da haben wohl auch wir Sozialdemokraten in vergangenen Koalitionen zu wenig Durchsetzungskraft bewiesen.

Kein Wunder, dass die Zahl der armutsgefährdeten Menschen rasant steigt. Eines unserer wichtigsten Ziele muss die Verschiebung der Steuerlast vom Faktor Arbeit zum Faktor Kapital sein. Mitgefühl wird hier nicht reichen, wir werden an den Taten gemessen. Die gesellschaftsgestaltende Kraft der Sozialdemokratie muss wieder stärker werden.



Gelungene Kommunikation ist Erfolgsfaktor Nummer Eins

Die Funktionärsarbeit in unserer Partei ist eine andere geworden, bedingt durch die elektronischen Medien. Sicher ist es eine Arbeitserleichterung, aber trotzdem: Das persönliche Gespräch ist heute wichtiger denn je, gerade deshalb, weil uns die Medien nicht sonderlich gewogen sind und auf sie auch Druck seitens der Regierungsparteien ausgeübt wird.

FunktionärInnen sind das Bindeglied zwischen den WählerInnen und den Parteimitgliedern. Warum greifen wir in Vorwahlzeiten wohl immer noch auf Hausbesuche zurück? Sowohl hauptamtliche als auch ehrenamtliche Mitarbeiterinnen müssen in Diskussionen politisch sattelfest sein und dafür müssen die Bezirks- und Landesorganisationen die Voraussetzungen schaffen. Die Bundespartei hat in der jüngeren Vergangenheit hier ziemlich versagt, ich kenne einige gravierende Beispiele dafür. Es gibt doch diesen Spruch und ich weiß leider nicht von wem er ist, aber es sagt viel über den Zustand aus. „Wie soll ich wissen, was ich denke, bevor ich heute in der Krone lese, was Österreich bewegt.“ Schon mit ihrer Themenwahl arbeitet diese Zeitung der FPÖ in die Hände und ich kann nicht verstehen, weshalb wir sie dann mit Inseraten unterstützen.

Man muss auch den Menschen bewusst machen, dass Wählen ein erkämpftes Recht und keine lästige Pflicht ist, noch dazu wo heute durch Briefwahl auch die Stimmabgabe aus dem Ausland erleichtert wird. Politisches Desinteresse gefährdet die Demokratie.

Wir dürfen aber trotz aller Kritik Österreich nicht isoliert sehen, die Sozialdemokratie verspürt derzeit in ganz Europa einen scharfen Gegenwind. Das sollte uns aber nicht daran hindern, mit dem Ziel das zu ändern, voranzugehen.

Der Bundesparteitag 2018 hat mich wieder etwas zuversichtlicher gemacht, wegen der engagierten Redebeiträge und dem politischen Eifer unserer Parteijugend.

Österreichs Zustand unter Türkis-Blau

Während man früher im Parlament auch bei gegenteiliger Meinung auf Augenhöhe und mit Respekt miteinander umgegangen ist, müssen sich heute die Redner der Opposition durch Körpersprache und Gestik, mitunter auch verbal von der Regierungsbank, verhöhnen lassen. Die Bundesregierung missachtet das Parlament immer häufiger, peitscht fragwürdige Gesetzesvorlagen – um Widerstand im Keim zu ersticken – ohne Begutachtung durch. Das müsste eigentlich auch den Fraktionen der Regierungsparteien zu denken geben.

Ein Großteil der Bevölkerung betont immer wieder, es positiv zu empfinden, dass in der Regierung nicht gestritten wird. Aber in einer Koalition treffen immer zwei oder auch mehrere politische Ideologien aufeinander und es ist das Wesen der Demokratie, sich um tragfähige Kompromisse im Interesse der Bevölkerung zu bemühen. Aber in dieser Regierung sagt der Bundeskanzler nicht einmal dann ein Wort, wenn sein Vize einer Falschaussage vor Gericht überführt wird.

Der Spitzenkandidat der FPÖ zur Europawahl kündigt an, dem Spitzenkandidaten der ÖVP den Fehdehandschuh ins Gesicht zu werfen, aber sie streiten ja nicht. Beim Neujahrstreffen der FPÖ zieht HC Strache auf unflätige Weise über die Sozialdemokratie her, aber es erfolgt kein Wort des Kanzlers, dass sich ein Regierungsmitglied so nicht benehmen soll. Eigentlich sollte man sich eher eine Beispielfunktion erwarten können.

Egal in welchem Politikfeld, es geht alles zugunsten der Wohlhabenden und nie ohne Schuldzuweisung an Migranten. Es wird die größte Steuerreform mit 12 bis 14 Milliarden angekündigt. Jetzt sollen die Arbeitnehmer ab 2021 mit 3 Mrd. entlastet werden, das haben sie vorher schon bezahlt über die kalte Progression im Umfang von 4 Mrd. Aber die TOP 5 Großkonzerne bekommen 1,5 Mrd. durch die Senkung der Körperschaftssteuer.



Besonders arg ist die Anpassung der Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder an die Standards der Herkunftsländer. Dieser Schritt trifft besonders die Pflegekräfte aus dem Osten, für die unsere Familienbeihilfe ein zusätzlicher Anreiz war, die schwere Pflegearbeit für 40.– bis 70.– Euro pro Tag zu übernehmen. So wird man den Pflegenotstand sicher nicht in den Griff bekommen und der Einsparungseffekt wird sich auch in Grenzen halten, denn für EU-Länder in welchen die Familienbeihilfe höher ist, haben wir sie auch anzupassen. Die pflegebedürftigen Menschen sind die Leidtragenden, aber die können sich nicht wehren und vielleicht auch nicht mehr wählen. Also ist dieses Klientel für die Bundesregierung nicht sonderlich interessant.

Ich weiß nicht, wie lange es noch dauert, bis Österreich endlich erwacht. Aber ich weiß eines, früher war ich bei Auslandsreisen sehr stolz, sagen zu können, ich komme aus Österreich. Heute schäme ich mich dafür. Wie sagte schon Isaac Newton: „Die Menschen bauen zu viele Mauern und zu wenige Brücken.“ Ich denke, dem ist nichts hinzuzufügen.

*Annemarie Reitsamer, Abg. Zum NR i.R.
Fotos: SPÖ Frauen*

Die Frau in der Gesellschaft

Ein zentraler Schritt am Weg zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts ohne Unterschied des Geschlechts am 12. November 1918 gilt zu Recht als ein Meilenstein in der Geschichte Österreichs. Vorangegangen war ein beharrlicher Kampf von sozialdemokratischen und bürgerlich-liberalen Frauen, deren Erkenntnis auch heute noch gültig ist: Ohne Teilhabe an der Macht kann keine nachhaltige Verbesserung für Frauen erreicht werden.

Im Zuge der Revolution 1848 hatten einige Frauen in Wien begonnen, ihre Benachteiligungen in den verschiedenen Lebensbereichen zu erkennen und zu hinterfragen. Sie waren die ersten, die Gleichberechtigung und somit auch ein Stimmrecht forderten.

Ab 1849 gewährte der Kaiser schrittweise eingeschränkte Wahlrechte in Kurien (Wählerklassen). Dieses Wahlrecht war an Besitz und bestimmte Steuerleistungen gekoppelt. Vermögende und steuerzahlende Frauen hatten in einigen Kronländern und Gemeinden, z.

B. im Land und in der Stadt Salzburg, ein Stimmrecht. Sie durften allerdings nicht selbst zur Wahl gehen, sondern mussten sich vom Ehemann oder einem männlichen Bevollmächtigten vertreten lassen, denn in diesem vor-demokratischen Wahlrecht ging es um Repräsentanz von materiellem Besitz, nicht darum, Frauen eine Teilhabe am politischen Leben zu ermöglichen.



Salzburger Gemeinderat 1928, die einzige Frau ist die Sozialdemokratin Alice Brandl (Foto: Stadtarchiv Salzburg)

Als 1907 das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Männer auf Reichsratsebene eingeführt wurde, fielen die sozialen Zugangsbeschränkungen für Männer. Frauen wurden nun aber auf Grund ihres Geschlechts ausgeschlossen. Das heißt, zu dem Zeitpunkt, als

sich das Wahlrecht vom Prinzip Besitz/Steuerleistung löste und zu einem Grundrecht des Individuums wurde, war dieses vorerst eindeutig männlich besetzt.

Die politischen Umwälzungen nach Ende des Ersten Weltkriegs und die neuen politischen Machtverhältnisse ebneten schließlich den Weg zur Einführung des Frauenwahlrechts 1918.

Im Frühjahr 1919 konnten Frauen erstmals selbst wählen gehen und in politische Funktionen gewählt werden. Ungeachtet der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ungleichheiten waren Frauen nun als Wählerinnen ein wichtiger politischer Faktor, auch wenn die Handlungsspielräume der ersten Mandatarinnen auf jene Bereiche beschränkt waren, die in das gängige Rollenbild passten. Nach den ersten Wahlen 1919 waren fünf Prozent aller Abgeordneten im Nationalrat, sieben Prozent im Salzburger Landtag und zehn Prozent im Salzburger Gemeinderat weiblich.

Das weitere 20. Jahrhundert brachte den Frauen in Österreich keinen durchgehenden Zuwachs an politischer Teilhabe und Mitbestimmung. Austrofa-

Alle reden von Frauenpolitik- BEI UNS MACHEN FRAUEN POLITIK

WARUM?

- * Weil Frauen zwar nicht die einzigen, aber die am unmittelbarsten und am stärksten Betroffenen von staatlichen Einsparungen in allen sozialen Bereichen sind.
- * Weil jede vierte Frau in Österreich weniger als 6000S verdient.
- * Weil Frauen immer noch 30% weniger als Männer verdienen.
- * Weil Frauen in den höheren Einkommensschichten unterrepräsentiert sind.
- * Weil Frauen trotz aller verbalen Bekenntnisse zur Gleichberechtigung in den politischen Entscheidungsgremien immer noch nicht genügend vertreten sind - nur 15% der Salzburger Gemeinderat/innen sind Frauen.
- * Weil kritische Frauen in den bestehenden Parteien mundtot gemacht werden.

AUCH IM SALZBURGER GEMEINDERAT
FEHLT DIE SICHTWEISE VON
KRITISCHEN FRAUEN !



WAS WIR WOLLEN

Frauen sollen sich nicht länger entscheiden müssen zwischen Kindern und Erwerbstätigkeit, Doppelbelastung und Isolation, zwischen schlechter Bezahlung und Abhängigkeit vom Mann.

Wir wollen die Selbstbestimmung der Frauen.

Das heißt: Wir wollen preiswerte und adäquate Wohnungen, höhere Löhne, wir wollen auch sinnvolle Arbeitsplätze, die mehr sind als Geldverdienen. Wir wollen uns uneingeschränkt kulturell und politisch betätigen. Wir wollen uns für ein Leben mit Kindern entscheiden können oder dagegen, wir wollen unsere eigene Lebensgeschichte bestimmen können.

Frauen sollen ohne Angst wählen können, ob sie alleine oder mit Männern oder Frauen zusammenleben wollen, in der Familie oder in einer Wohngemeinschaft, mit Kindern oder ohne.

DIE KANDIDATINNEN DER FRAUENLISTE

sind kritische, junge und alte Frauen. Sie haben sich seit Jahren gegen Atomkraftwerke, Aufrüstung und Militärausgaben engagiert. Sie sind im Schul- und Bildungswesen, Sozial- und Kulturprojekten und in der Frauenbewegung aktiv.

Wir betrachten ein Mitmischen im Gemeinderat und anderen politischen Institutionen nur als eine mögliche Form von Politik.



schismus und Nationalsozialismus bedeuteten eklatante Rückschritte. Nach dem Terror des Nationalsozialismus und den Belastungen durch den Zweiten Weltkrieg wünschten sich die meisten Menschen „Normalität“. Viele Frauen ließen sich in die Privatheit der Familie zurückdrängen oder zogen sich selbst zurück. Die politischen Gremien waren nach wie vor überwiegend männlich besetzt. Darüber hinaus war bis zur Familienrechtsreform 1975 das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch von 1811 in Kraft, das den Mann als Oberhaupt der Familie festschrieb. Es sah beispielsweise das Einverständnis des Mannes vor, wenn eine Frau einer Berufstätigkeit nachgehen wollte (oder musste). Neben der Einführung der partnerschaftlichen Ehe zählten die Fristenregelung und das Gleichbehandlungsgesetz zu den wichtigen Errungenschaften der Rechtsreformen der 1970er Jahre. Erst ab diesem Zeitpunkt verfügten Frauen rechtlich über sich selbst.

Die „neue Frauenbewegung“ hinterfragte zunehmend die bestehenden Geschlechterverhältnisse und Rollenbilder unter dem Motto „Das Private ist politisch“. Ab den 1980er Jahren drängten Frauen auch verstärkt in die Politik, erstmals wurden Quotenregelungen diskutiert und teilweise auch realisiert.

Mehr als 60 Jahre nach den ersten Wahlen wurde die Zehn-Prozent-Marke des Frauenanteils im Nationalrat, Landtag und Gemeinderat dauerhaft überschritten. 2008 waren erstmals 20 Frauen und 20 Männer im Salzburger Gemeinderat – allerdings nur kurzfristig – vertreten. Aktuell (Februar 2019) sind 16 von 40 Gemeinderatsmitgliedern weiblich.



Wanderausstellung Wahlzelle
(Foto: Stadtarchiv Salzburg)

Wie die Geschichte zeigt, gibt es keine lineare, automatische Entwicklung hin zur Geschlechtergleichheit. Frauenrechte, die Verteilung und Entlohnung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, die Frage der Kinderbetreuung – all das ist immer wieder Gegenstand politischer Verhandlungen. Politische Rechte können je nach Machtverhältnissen auch wieder verschlechtert werden.

Einmal errungene Frauenrechte sind genauso wenig wie eine einmal erreichte Halbe-Halbe-Partizipation Selbstläufer!

Mit der Einführung des Frauenwahlrechts vor 100 Jahren wurde ein nachhaltiger Schritt für die rechtliche Gleichstellung gesetzt, die einen zentralen Grundsatz unserer demokratischen Gesellschaft darstellt. Echte Gleichberechtigung von Frauen und Männern, sei es hinsichtlich gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit oder Chancengleichheit ohne Festlegungen auf bestimmte Geschlechterrollen, ist allerdings noch immer nicht erreicht. Dafür müssen wir uns nach wie vor einsetzen.

Sabine Veits-Falk

Info

Die Stadt Salzburg zeigt in einer Wahlzelle als Wanderausstellungsobjekt die Geschichte der politischen Teilhabe von Frauen. Sie steht bis März 2019 an sieben verschiedenen Orten.

Am 8./9. März findet im Haus der Stadtgeschichte die wissenschaftliche Tagung „100 Jahre Frauenwahlrecht. Salzburg und Österreich im europäischen Vergleich“ statt.

Siehe dazu www.stadt-salzburg.at

Foto unten: Flugblatt 1980er Jahre
(Stadtarchiv Salzburg)



100 Jahre Frauenwahlrecht

Sehr gut besucht war die Veranstaltung des BSA und der SPÖ Salzburg am 22. Jänner 2019 im großen Saal des Best Western Parkhotel Brunauer.



Einige junge Besucherinnen standen verwundert an den Tafeln der Ausstellung zum 100 Jahre-Jubiläum des Frauenwahlrechtes. Obwohl noch immer nicht in allen Bereichen verwirklicht, ist die Gleichstellung der Geschlechter im Bewusstsein der Menschen in Österreich eine Selbstverständlichkeit, über die kaum nachgedacht wird. Doch so selbstverständlich ist die Sache nicht. Dass Frauen selbst entscheiden können ob und wann sie ein Kind möchten, dieses Recht haben sie erst seit 1975 und ebenso müssen sie seit 1975 nicht mehr die Zustimmung ihres Ehemannes einholen, wenn sie arbeiten möchten. Für die Pionierinnen der Gleichberechtigung war es Schwerstarbeit, sich gegen die Traditionen, die Vorurteile und gegen die althergebrachten Gesetze zur Wehr zu setzen und gegen alle Widerstände darauf zu pochen, dass Frauen gleiche Rechte wie Männer haben müssen.



Sehr anschaulich wurde das, als die Wiener Kabarettistin Anita Zieher in die Rolle der einzelnen Protagonistinnen schlüpfte und die Lebenssituation jeder dieser Frauen nachspielte. Unerhört war das für viele Männer, dass Adelheid Popp als Gewerkschafterin sich unter die versammelten Männer mischte und mitreden wollte. Noch schwerer hatte es etwa Anna Boschek als sie ohne männliche Begleitung per Bahn durch das Kai-

serreich reiste um vor den Arbeiterinnen über die Notwendigkeit der politischen Betätigung auch für Frauen referierte. In Rankweil wurde sie in einer Zeitung als „löderliche Dirn“ angekündigt. Man kann sich gut vorstellen, welche Angriffe sie abzuwehren hatte.



In der heutigen Welt, wo den Kindern von klein auf jeder Stein aus dem Weg geräumt wird und jede Schwierigkeit abgenommen, kümmern sich die jungen Frauen häufig zu wenig um Politik. Dass es ihnen gut geht, ist eine Selbstverständlichkeit geworden. Nicht nötig, dass sie Zeit verschwenden für den Gedanken, dass Wohlstand beileibe keine Selbstverständlichkeit ist. Daher ist die Feier dieses Jubiläums eine sehr bedeutende Veranstaltung. Die Wanderausstellung zu „100 Jahre Frauenwahlrecht“ kann im Haus der SPÖ in der Wartelsteinstraße 1 noch einige Wochen besichtigt werden.

Die ersten Acht

Es war wohl eine Folge des ersten Weltkrieges, in dem die Frauen viele Männerarbeiten übernehmen mussten, weil die Männer im Krieg kämpften und fielen, dass die erste Republik den Umbruch schaffte und dass Karl Renner als erster Bundeskanzler das allgemeine und gleiche Wahlrecht einführte, das auch die Frauen nicht länger vom politischen Leben ausschloss.

In das erste Parlament der neuen Republik 1919 zogen 8 Frauen als Abgeordnete ein: Eine Christlichsoziale und sieben Sozialdemokratinnen. Hier ihre Kurzbiographie:

Anna Boschek kam 1874 in Wien zur Welt. Sie musste wegen der Armut ihrer Familie bereits als Kind arbeiten gehen. Zunächst als Heimarbeiterin tätig, später u.a. in einer Galvanisie-

rungswerkstätte, nach einer Verätzung kam sie in einer Mundharmonikafabrik unter. Ab 1891 arbeitete sie in der Ottakringer Trikotfabrik. 1894 wurde sie Gewerkschaftsangestellte, nachdem sie bereits ein Jahr zuvor Delegierte am ersten österreichischen Gewerkschafts-

kongress gewesen war. Später gehörte sie dem Vorstand der Freien Gewerkschaften an und wurde auch Mitglied der Frauenkommission. Seit 1891 Mitglied der Sozialdemokratie zählte sie bald zu deren führenden Repräsentantinnen, die auch ins erste Nachkriegs-parlament einzog. Bis zur gewaltsamen Ausschaltung der Demokratie durch Engelbert Dollfuß blieb sie Abgeordnete und engagierte sich vor allem in Sozial- und Arbeitsfragen. Das Gesetz zum Achtstundenarbeitstag trug ebenso ihre Handschrift wie Vorlagen zur Arbeitsruhe, zum Nachtarbeitsverbot und zur Gewerbeinspektion. Federführend war sie auch daran beteiligt, dass das Hausgehilfen-Gesetz die Gesindeordnung ersetzte. Boschek starb 1957 in Wien.

Emma Freundlich wurde 1878 in Usti nad Labem/Böhmen (Aussig) geboren und stammte aus einer wohlhabenden Familie. Ihr Vater war Bürgermeister von Aussig. Emma Freundlich verliebte sich in einen sozialdemokratischen Agitator, den sie nur heiraten konnte, indem sie mit ihm ins schottische Gretna Green durchbrannte, wo alle freien Paare heiraten konnten. Freundlich schloss sich selbst der Sozialdemokratie an und war ab 1907 Mitarbeiterin der Zeitschrift „Der Kampf“. 1917 wurde sie hauptamtliche Sekretärin der Kinderfreunde, 1923 avancierte sie zur Direktorin des Ernährungsamtes. Als einzige Frau war sie überdies Mitglied der Wirtschafts-sektion des Völkerbundes. Dem Nationalrat gehörte sie 1919 bis 1934 an, wo sie sich vor allem in ökonomischen Fragen zu Wort meldete, sich aber auch

als Expertin für Ernährungs- und Konsumentenfragen profilierte. 1934 durch die Austrofaschisten verhaftet, emigrierte sie nach ihrer Freilassung zunächst nach England und später in die USA, wo sie 1948 starb.

Adelheid Popp, 1869 in Wien geboren, musste schon im Alter von neun Jahren zu arbeiten beginnen und war zunächst als Dienstmädchen, danach als Näherin tätig, ehe sie Fabrikarbeiterin wurde. Schon frühzeitig in der Arbeiterbewegung aktiv, war sie u.a. mit Friedrich Engels und Victor Adler befreundet. Sie gründete die „Arbeiterinnen-Zeitung“, die sie auch lange Jahre selbst leitete. Mit ihren zahlreichen Publikationen - unter denen v.a. „Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin“ immer noch hervorragt - trug sie wesentlich zum Bewusstseinsbildungsprozess der ArbeiterInnenschaft bei. Konsequenterweise stand Popp ab 1898 dem Frauenkomitee der Partei vor, ab 1904 gehörte sie auch dem sozialdemokratischen Parteivorstand an. Mitten im Ersten Weltkrieg wurde sie überdies Vorsitzende des Internationalen Frauenkomitees der Sozialdemokraten. Zwar hatte sie sich 64jährig aus dem Vorstand der Partei zurückgezogen, doch war sie noch Abgeordnete, als Engelbert Dollfuss 1933/34 die Erste Republik zerstörte. Ob ihres Alters zwar nicht verhaftet, stand sie dennoch bis zu ihrem Tod 1939 unter beständiger Überwachung.

Gabriele Proft, 1879 in Oprava/Mähren geboren, war als einzige der „erst acht Mandatarinnen“ auch in der Zweiten Republik noch aktive Politikerin. Nach nur zwei Jahren Bürgerschule war sie Hausgehilfin geworden, später arbeitete sie als Heimarbeiterin, ehe sie hauptamtliche Aktivistin der Sozialdemokratie wurde. Ab 1909 war sie Zentralsekretärin der sozialdemokratischen Frauenorganisation, daneben wirkte sie als führende Journalistin in Organen wie „Der Kampf“. Proft, die bereits ab 1911 dem Parteivorstand angehörte, zählte schon vor dem Ersten Weltkrieg zu den profiliertesten Vertreterinnen der Arbeiterbewegung und war mit bedeutenden Persönlichkeiten jener Zeit - von Clara Zetkin bis zu Leo Trotzki - eng vertraut. Während des Ersten Weltkriegs zählte Proft, stets eine Exponentin des linken Flügels der Partei, mit Max und Friedrich Adler zu den Verfechterinnen einer vehementen Friedenspolitik und lehnte den Krieg kategorisch ab. Nach 1918 war sie denn auch eine der angesehensten Politikerinnen des Landes. Bis 1934 wirkte sie als Abgeordnete, ehe sie vom Dollfuss-Regime inhaftiert

wurde. Auch unter dem Nationalsozialismus litt sie unter Verfolgung und Haft. Trotz ihres Alters stellte sich Proft 1945 sofort wieder der sozialdemokratischen Bewegung zur Verfügung und wurde Vorsitzende der SP-Frauen und stellvertretende Vorsitzende der SPÖ. Von 1945 bis 1953 war sie abermals Abgeordnete, danach zog sie sich in den Ruhestand zurück. Proft starb 1971 in Bad Ischl und konnte so den Beginn der Ära Kreisky noch erleben, womit ihr politisches Wirken einen Bogen von einem Dreivierteljahrhundert umspannte.



Therese Schlesinger kam in einem gutbürgerlichen Hause anno 1863 zur Welt und besuchte Volks- und Bürgerschule, ehe sie ihre Bildung durch private Studien vervollkommnete. Sehr früh betätigte sie sich als Verfasserin sozialdemokratischer Publikationen und engagierte sich in der Frauenbewegung. Sie war Mitglied des Allgemeinen Österreichischen Frauenvereins und gehörte dem Frauenreichskomitee der Sozialdemokratie an. Früh wurde sie auch Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstands. 1919 bis 1923 gehörte sie der Konstituierenden Nationalversammlung und dem Nationalrat an, danach wirkte sie bis 1930 im Bundesrat. Nach der Okkupation Österreichs durch Nazideutschland musste sie, ob ihrer (jüdischen) Herkunft von den Nazis verfolgt, nach Frankreich fliehen, wo sie im Juni 1940 verstarb.

Amalie Seidel wurde 1876 in Wien geboren und begann mit elf Jahren zu arbeiten. Nach einigen Jahren als Dienstmädchen und Heimarbeiterin fand sie Arbeit in einer Fabrik und erwarb sich 1893 landesweiten Ruhm als Organisatorin des ersten Arbeiterinnenstreiks in Österreich. Von 1903 bis 1932 war sie führende Funktionärin der sozialdemokratischen Frauen, überdies saß sie im Vorstand der Wiener Konsumgenossenschaft. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde sie Vizepräsidentin des Jugendhilfswerks. Bis zur Beseitigung der Demokratie 1934 blieb Seidel Abgeordnete. Sie starb 1952 in Wien.

Maria Tusch lebte und wirkte in Kärnten. 1868 in Klagenfurt geboren, arbeitete sie bereits mit 7 Jahren als Bedienstete des Klosters Maria Saal, ehe sie mit 12 Tabakarbeiterin wurde. In der Klagenfurter Tabakfabrik fand sie auch zur Politik und wurde früh Funktionärin der Gewerkschaft. Parallel dazu vollzog sich ihr Aufstieg in der Partei, und so wurde sie Vorsitzende der Kärntner SP-Frauen und Mitglied des Kärntner Landespartei Vorstandes der Sozialdemokraten. Im März 1919 wurde sie als einzige Frau aus einem der Bun-

desländer in die Nationalversammlung entsandt, von 1920 bis 1934 gehörte Tusch auch dem Nationalrat an. Tusch starb 1939 in Klagenfurt.

Hildegard Burjan wurde 1883 in Schlesien geboren und besuchte Gymnasien in Berlin und Zürich, wo sie auch Germanistik und Philosophie studierte und 1908 mit dem Dokortitel abschloss. Burjan zeigte schon sehr früh großes soziales Engagement und so leistete sie nicht nur während des Ersten Weltkriegs vielen Hilfe, sie zählte auch zu den Gründerinnen der „Caritas Socialis“. Im Ministerium für soziale Fürsorge avancierte sie in der Folge zum Mitglied der Frauenkommission. Sie wurde für die Christlich-sozialen in die Konstituierende Nationalversammlung gewählt, schied allerdings im November 1920 bereits wieder aus dem Parlament aus und widmete sich ihrer karitativen Tätigkeit sowie ihrem Beruf als Schriftstellerin. Sie starb 1933 in Wien. Ob ihrer Verdienste um die römisch-katholische Kirche läuft für Burjan ein Seligsprechungsprozess.

Im Dezember 1920 zog der Bundesrat nach: Marie Bock (S), Fanny Starhemberg und Berta Pichl (beide CS) waren die ersten Bundesrätinnen der Geschichte.

https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2002/PK0154/index.shtml

SPÖ-Vorsitzender Walter Steidl

Gemeindepolitik: Keiner will mehr Bürgermeister werden

Am Sonntag, den 10. März 2019 stehen im Bundesland Salzburg wieder Wahlen an. Nach fünf Jahren werden die Gemeindevertretungen und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den 119 Salzburger Städten und Gemeinden neu gewählt. Gerade diese Ebene der Politik halte ich für eine der spannendsten, wichtigsten, aber auch der schwierigsten. Nirgendwo ist der Kontakt zwischen der Bevölkerung und den Politikerinnen und Politikern enger und unmittelbarer als auf der Ebene der Kommunalpolitik. Nirgendwo sind die Entscheidungen der Politik schneller spürbar und ersichtlich.

Kein Griss um den Bürgermeister-Job

Das mag vielleicht auch einer der Gründe sein, warum sich die politischen Parteien zunehmend schwerer tun, Kandidatinnen und Kandidaten zu finden, die sich in der Politik engagieren wollen oder für den Job als Bürgermeister / Bürgermeisterin zur Verfügung stehen. Entscheidungen, die ein Chef bzw. eine Chefin einer Gemeinde treffen, stoßen nicht nur auf Zustimmung. Speziell, wenn sie Partikularinteressen zuwiderlaufen. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister müssen darüber hinaus in den allermeisten Fällen ihre Zivilberufe aufgeben, wenn sie gewählt werden und an die Spitze der Gemeinde wechseln. Denn Bürgermeister zu sein ist in nahezu allen Fällen ein Vollzeit-Beruf. Oft auch an Wochenenden, feiertags oder abends.

Was uns zur nächsten Herausforderung führt, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ohne Rückhalt und Verständnis der Familie ist die Arbeit kaum zu leisten.

Der Gehalt eines Bürgermeisters/einer Bürgermeisterin wurde inzwischen zwar mehrmals angepasst und ist je nach Größe der Gemeinde nun zufriedenstellend, doch auf die Zahl der Interessenten wirkte sich das kaum aus. In der ältesten Stadt des Pongaus, Radstadt, fanden weder die ÖVP noch die SPÖ einen Kandidaten bzw. eine Kandidatin für die Bürgermeisterwahl 2019. Einzig die FPÖ schickt jemanden ins Rennen. In einigen anderen Gemeinden ist die Lage ähnlich.

Zeitgemäße Rahmenbedingungen schaffen

Das sollte uns nachdenklich stimmen. Wollen wir diese verantwortungsvolle Leitungsposition, sowie die Arbeit in der Politik insgesamt wieder attraktiver machen, müssen wir den Ursachen auf den Grund gehen und handeln. Was dringend gemacht werden muss, ist die sozialrechtliche Absicherung von Politikern und im speziellen von Bürgermeistern auf einen zeitgemäßen Standard bringen. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben beispielsweise keinen Anspruch auf Mutterschutz, Karenz oder eine Pflegefreistellung und sie werden im Alter bestraft, weil wichtige Pensionseinzahlungsjahre fehlen.

Bischofshofens Bürgermeister Hans-Jörg Obinger, der auch geschäftsführend den Vorsitz des sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes (GVV) innehat, ließ kürzlich mit einer klugen Forderung aufhorchen. Obinger verlangt, dass analog zu Bayern oder bald auch zu Oberösterreich, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für die Dauer der Funktionsperiode in der Gemeinde angestellt werden. Sozialrechtlich würde ein Anstellungsverhältnis mit der Auszahlung eines Gehaltes große Verbesserungen im Vergleich zur jetzigen Situation mit der Auszahlung einer Aufwandsentschädigung bringen.

Ich teile die Einschätzung unseres Bürgermeisters von Bischofshofen,

wenn er sagt, dieser Schritt würde es künftig erleichtern, wieder mehr und gute Leute für die Politik und das Amt des Bürgermeisters zu gewinnen. Im Salzburger Landtag, wo viele derartige Verbesserungen entschieden werden können, wird sich die SPÖ jedenfalls dafür einsetzen.

Das Image der Politik

Gefragt sind wir meiner Meinung nach aber alle. Sowohl wir aktiven Politikerinnen und Politiker selbst, als auch die Wählerinnen und Wähler. Die Politik muss durch gute Arbeit auffallen, durch Lösungskompetenz, durch Einsatz für die Bevölkerung. Dabei darf ruhig auch gestritten werden! Ich will gar nicht daran denken, wo es enden würde, wären wir alles nur Jasagerinnen und Jasager. Würden wir nicht versuchen wollen, andere von unseren Ideen und Ansichten zu überzeugen. Würden wir nicht darum kämpfen, dass unsere Vorschläge, die unserer Ansicht nach die besseren sind, umgesetzt werden. Politischer Streit, eine politische Auseinandersetzung mit Niveau und Anstand ist wichtig für die Demokratie.

Überdenken müssten aber auch die eine oder andere Privatperson, die eine oder der andere Wähler ihre Einstellung zur Politik. Zu schnell wird manches Mal beim Thema Politik die Nase gerümpft und eingeseessene Vorurteile bedient. Politikerinnen und Politiker verdienen in der öffentlichen Wahrnehmung schnell einmal zu viel und arbeiten zu wenig. Klar ist, wollen wir gute Leute in der Politik und in den Gemeindestuben, wird die Entlohnung im Vergleich zur Privatwirtschaft annähernd passen müssen. Bürgermeister stehen in der Auslage, sind eigentlich nie ganz privat und haben gleichzeitig eine große Verantwortung zu tragen.

Ich erlaube mir an dieser Stelle an Sie zu appellieren, von ihrem demokratischen Wahlrecht Gebrauch zu machen. Entscheiden Sie am

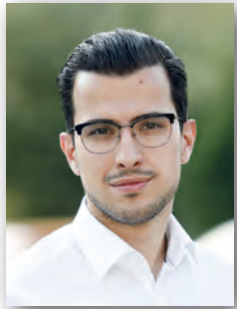
10. März 2019 mit, wer in Ihrer Gemeinde / in Ihrer Stadt künftig die Entscheidungen trifft und wer im Sessel des Bürgermeisters Platz nimmt!

Walter Steidl
Landespartei- und
Klubvorsitzender
SPÖ Salzburg



Tarik Mete zur Sozialversicherungsreform

Was steckt tatsächlich hinter der Sozialversicherungsreform?



Die 21 Sozialversicherungen werden laut dem Ende letzten Jahres beschlossenen Gesetztes mit 1. Jänner 2020 auf fünf reduziert – ab April 2019 beginnt die Übergangszeit. Die neun Gebietskrankenkassen auf Länderebene werden zur Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) fusioniert. Viele Kompetenzen wandern von den Ländern nach Wien in die Zentrale. Übrig bleiben eine Kasse für Selbstständige (Gewerbliche und Bauern), eine Kasse für den Öffentlichen Dienst, die Unfall- sowie die Pensionsversicherung.

Aus Sicht der Regierung ist es das größte Reformprojekt der Legislaturperiode, das über die Jahre hinweg eine Milliarde Euro Einsparungen ermöglichen soll, die in weiterer Folge zum Vorteil der Patienten im Gesundheitssystem verwendet werden sollen. Das klingt alles auf den ersten Blick nicht verkehrt, aber bestehen die Fusionspläne der Bundesregierung auch den Faktencheck? Aus der Sicht von vielen Experten und Kritikern ist das Vorhaben nämlich nicht mehr als eine politische Umfärbungskation, um die Macht der SPÖ-dominierten Arbeitnehmer in den Sozialversicherungen zu brechen und den Freiheitlichen den Einstieg ins Postenkarussell innerhalb des Systems zu eröffnen.

Darüber hinaus werden durch die künftige paritätische Besetzung die Mehrheiten verändert. Die Arbeitgeber bezahlen über die Dienstgeberanteile rund 29 Prozent der Beiträge, sollen aber über Umwege 50 Prozent oder gar mehr Mitspracherecht in der Sozialversicherung erhalten. Gerecht sieht anders aus.

Weiters werden die angekündigten Einsparungen in Höhe von einer Milliarde nicht in dieser Form möglich sein, indem man Sitzungsgelder von Funktionärinnen und Funktionären einspart. Diese sind nämlich weitaus geringer, als medial von der Regierung propägiert wird. Notwendigerweise laufen die Einsparungen also darauf hinaus, dass die Zahl der Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter markant sinken wird. Dies bedeutet letztlich aber weniger Service für die Versicherten und mehr Druck für die Kassenbediensteten. Darüber hinaus muss die neue Gesundheitskasse Leistungen der Unfallversicherung übernehmen und die hohen Kosten der Zwangsfusion aus eigener Kraft aufbringen. Das wird nur über Kürzungen auf dem Rücken der Versicherten oder durch die Einführung neuer Selbstbehalte möglich sein.

Kritiker monieren auch, dass die Zahl der Sozialversicherungsträger nur „nominell“ auf fünf reduziert wird, denn faktisch bestünden nach der Zusammenlegung weiterhin zehn Träger. Von den derzeit fünf Betriebskrankenkassen sollen vier als betriebliche Wohlfahrtsseinrichtungen weiter bestehen, ebenso die Notariatsversicherung – nur die Kasse der Wiener Verkehrsbetriebe wird aufgelöst. Nicht erfasst vom Entwurf sind ebenfalls die 15 Krankenfürsorgeanstalten. Also entpuppt sich auch die Zahl fünf im Zahlenspiel der Bundesregierung als Mogelpackung.

Besonders heftige Kritik an der von der Regierung geplanten Reform kommt vom unlängst auch vom Rechnungshof. Insbesondere die Darstellung der Kosten ist nach Ansicht der Prüfer nicht ausreichend. Es fehlen demnach transparente und nachvollziehbare Berechnungsgrundlagen und die zu erwartenden Mehrkosten werden laut Ansicht des Rechnungshofes verschwiegen. Weiters kritisiert das höchste Kontrollorgan der Republik in seiner Stellungnahme, dass die Darstellung der Kosten nicht den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Sie sei laut Rechnungshofbericht unvollständig, basiere auf nicht nachvollziehbaren Grundlagen und sei damit nicht geeignet, dem Gesetzgeber eine aussagekräftige Entscheidungsgrundlage zu bieten.

Aus diesem Grund fordert die Präsidentin des Rechnungshofs Margit Kraker nachdrücklich eine Überarbeitung der Kostendarstellung. Laut dem Rechnungshof ist darüber hinaus angesichts des immensen Gebarungsvolumens der Sozialversicherung, die Abschaffung der Kontrollversammlungen ebenfalls nicht nachvollziehbar, da sie die Kontrollmechanismen des Systems spürbar schwächt.

Auch die die Arbeiterkammer kritisiert, neben zahlreichen inhaltlichen

Punkten, die vorgelegten Zahlen. Da die Regierung die Fusionskosten in ihren Plänen und Gesetzesentwürfen nicht näher beleuchtet werden, hat die Arbeiterkammer Berechnungen durchgeführt, die die Kosten für Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger auf 2,1 Milliarden Euro schätzt. Allein die Fusion der Sozialversicherungsanstalten der gewerblichen Wirtschaft (SVA) und jene der Bauern (SVB) wird laut eigenen Angaben der beiden Institutionen heuer 10,5 Millionen Euro kosten. Von Einsparungen kann also derzeit sicherlich nicht die Rede sein. Die Arbeiterkammer befürchtet aber nicht nur enorme Kosten für die Fusionen, sondern auch auf Jahre hinaus eine deutliche Verschlechterung der Serviceleistungen.



Ein System mit gleichen Beiträgen und gleichen Leistungen, unabhängig vom beruflichen oder sozialen Status, ist natürlich erstrebenswert und es steht außer Streit, dass es im bestehenden System sicherlich Optimierungspotenziale gibt, die aktiviert werden können. Mit dieser Novelle bewegt man sich aber nicht in diese Richtung und es wird keines der bekannten Probleme im Gesundheitswesen gelöst. Es wird vielmehr überhastet und massiv in ein bewährtes System der sozialen Sicherheit, das auf dem Grundprinzip der Solidarität basiert, auf gefährliche Art und Weise eingegriffen.

Das Fazit ist eindeutig: Die von der Regierung vorgelegte Rechnung für die Kassenfusion geht weder inhaltlich noch was die Zahlen betrifft auf und hält auch dem Faktencheck nicht stand. Eine Milliarde einsparen, Personal über mehrere Jahre nicht nachbesetzen, Ärzteverträge österreichweit vereinheitlichen, aber im Ergebnis keine Leistungsver schlechterung, sondern sogar ein Leistungsausbau – das wird sich nicht spielen. Die Realität ist nämlich eine andere.

Dr. Tarik Mete

Der politische Aschermittwoch

Der politische Aschermittwoch – Vom Viehmarkt zum Polit-Event

Der Aschermittwoch in seiner heutigen Form hat seinen Namen vom Brauch, an diesem Tag die Palmzweige des Vorjahres zu verbrennen. Die Asche der Zweige wird gesegnet und die Gläubigen mit einem Kreuz aus Asche bezeichnet. In der Politik wird der Aschermittwoch jedoch weitaus weniger besinnlich begangen. So sind die in Bierzeltatmosphäre gehaltenen Reden, vor allem durch farbige Wortwahl und polemische Attacken gegen den politischen Gegner gekennzeichnet.

Die Anfänge

Die Wurzeln des politischen Aschermittwochs liegen im 16. Jahrhundert. Im Jahr 1580 trafen sich bayerische Bauern erstmals zum Vieh- und Rossmarkt und feilschten dabei nicht nur über die Preise, sondern diskutierten auch die königlich-bayerische Politik.



Untrennbar verbunden ist die Veranstaltung dabei auch mit der niederbayerischen Stadt Vilshofen an der Donau, wo am 5. März 1919, elf Tage nach der Ermordung von Ministerpräsident Kurt Eisner, der Bayerische Bauernbund

zu einer „Großen Volksversammlung“ aufrief. Dies war der Auftakt für jährliche Veranstaltungen, bei denen sich neben dem Bauernbund, auch bald der konservative Christliche Bauernverein zu Wort meldete. Mit dem Auftreten der Bayerischen Volkspartei im Jahre 1932 wurde Vilshofen endgültig zur Bühne der bayerischen Politik.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte die junge Bayernpartei (BP) die Tradition fort und bot im Jahre 1948 bei einer Großkundgebung vor rund 4000 BesucherInnen Josef Baumgartner als Redner auf, der kurz zuvor nicht nur aus der Staatsregierung, sondern auch aus der CSU ausgeschieden war. Seine Rede setzte den Grundstein für die Dauerfehde zwischen CSU und BP welche die Aschermittwochkundgebungen in den 1950er und frühen 1960er Jahren prägen sollte.

Der politische Aschermittwoch als Polit-Festival

Die bayerischen Sozialdemokraten vermieden bis Anfang der siebziger Jahre die Auseinandersetzung mit der CSU bzw. der BP und veranstalteten ihre Kundgebungen immer am ersten Fastensonntag. Als der „Wolferstetter Keller“ durch den Umzug der CSU in die Dreiländerhalle in Passau frei geworden war, übernahm die BayernSPD nicht nur den Veranstaltungsort, sondern auch den Termin.

Für die BayernSPD hat die Aschermittwochkundgebung dabei seit jeher eine wichtige innerparteiliche Funktion. Sie findet sich in Bayern in der schwie-

rigen Oppositionsrolle wieder und kann im Rahmen dieser Großveranstaltung medienwirksam ihr eigenes politisches Profil zeigen.



Aus diesem Grund waren anfänglich die jeweiligen Landesvorsitzenden der BayernSPD die Hauptredner. Ab Mitte der neunziger Jahre begann man, auch den jeweiligen SPDBundesvorsitzenden als Kundgebungsredner nach Vilshofen einzuladen.

Ein besonderes Kunststück gelang der BayernSPD am Aschermittwoch des Jahres 2017. 5000 Gäste waren gekommen um SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz, Ex-Bundeskanzler Christian Kern sowie den Landesparteivorsitzenden der Salzburger SPÖ, Walter Steidl live zu erleben. Da der bisherige Veranstaltungsort nicht genügend Platz bot, fand der „größte politische Aschermittwoch aller Zeiten“ in einem Festzelt auf dem Rennbahngelände in Vilshofen statt.

In diesem Jahr kehrt die BayernSPD zum 100. Jubiläum des politischen Aschermittwochs zurück in den „Wolferstetter Keller“ und bleibt damit dem Ursprungsort ihrer Aschermittwochstradition treu.

JOSEF CAP NIMMT SICH KEIN BLATT VOR DEN MUND

Der Standard-Journalist Tom Neuhold führte etwa 30 interessierte Zuhörer durch den Abend, als Josef Cap, das „Enfant Terrible“ der Sozialdemokratie, sein neuestes Buch „Kein Blatt vor den Mund“ am Dienstag, 10. Dezember 2018 im Academy Café vorstellte. Cap hat eine bewegte Geschichte, wie kaum ein anderer NR-Abgeordneter. Premiere, als er 1983 gegen das Parteiestablishment mit 62.843 Vorzugsstimmen als erster Vorzugsstimmenkandidat in den Nationalrat gewählt wurde und seither all die 35 Jahre blieb. Er sah acht Parteivorsitzende und neun Bundeskanzler kommen und gehen und hat dabei so manche lustige Anekdote erlebt, die er in diesem Buch wiedergibt.

Cap erkennt die Problematik der Sachpolitik, die viele SPÖ Regierungsmitglieder der Macht wegen zu unverantwortlichen Kompromissen verleitet hat. Er selbst übernahm nie eine Funktion in der Exekutive sondern blieb stets

Parlamentarier. Das hat ihm nicht nur eine reine Weste bewahrt, sondern auch ein gutes Gewissen. Drei Schnittpunkte prägten den allmählichen Niedergang der Sozialdemokratie (in ganz Europa), denen er zusehen musste:



1984 die Besetzung der Hainburger Au, die zum Erstarken der Grünen führte, 1989 den Fall des Eisernen Vorhanges, der Haider's

Aufstieg begründete und 2015 die Migrationsgeschichte, als Hunderttausende unkontrolliert die österreichischen Grenzen passieren konnten.

In allen drei Fällen haben Fehleinschätzungen zu dramatischen Verlusten geführt. Andere konnten die Situationen populistisch ausnutzen ohne das Problem je zu lösen. Gerade bei der Migrationsgeschichte sind nicht die Flüchtlinge das Problem sondern die Fluchtursachen, doch gegen diese wird nichts oder nicht genug unternommen.

Das tatenlose Hinnehmen der Diktaturen in Afrika und anderen Teilen der Welt durch Europa und die Sozialdemokratie waren auch die wichtigsten Beiträge der Diskutantinnen und Diskutanten: Brita Pilshofer, Annemarie Reitshamer, N.N. (Name derzeit noch unbekannter Afrikaner) Kurt Hofer und Franz Pöschl.

Muslima und das Kopftuch

Warum Muslima Kopftücher tragen möchten

Gehorsam ist ein hoher Wert im Islam. Der Koran ist in vielen Teilen eine detaillierte Anweisung, wie Menschen zu leben haben um danach ins Paradies zu kommen. Jede Abweichung wird mit Fluch und Drohung vor der schlimmsten Hölle bestraft oder gar einem Tötungsgebot bedroht. Angst ist unter vielen Muslimen das vorherrschende Gefühl (Ahmad Mansour). Der Ursprung des Korans war geprägt durch blutige Kriege. Mit großer Brutalität eroberten die Araber Nordafrika und weite Teile Asiens. Der von vielen heutigen Imamen gepredigte „Mythos des Islams“ geht davon aus, dass der Islam heute genauso erfolgreich den Rest der Welt erobern kann, wenn nur wieder alles so wird wie damals. Was sie ignorieren, ist dass es die Lehre Al Ghazalis, der zur Vernichtung aller nichtislamischen Bücher aufgerufen hat, war, die das Ende seiner Ausbreitung gebracht hat.

Auch die Europäer gingen nicht gerade zimperlich mit den eroberten Völkern um (Jean Ziegler). Vielleicht ist das mit ein Grund, warum Gewalt bei manchen Muslimen einen so hohen Stellenwert hat. Unser Leben heute indes ist vom Glauben an die individuelle Selbstverwirklichung und Gewaltlosigkeit geprägt. Jeder Mensch soll sein Leben so frei wie möglich gestalten und soll das angstfrei und gefahrlos können. Das gilt insbesondere auch für Frauen, die sich kleiden dürfen, wie sie wollen,

ohne fürchten zu müssen, dass lüsterne Männer übergriffig werden. Das Recht der Frau auf Freizügigkeit geht vor.

Die Sexualität ist im Islam etwas Tabuisiertes. Aufklärung der Kinder erfolgt nicht, Frauen gelten generell als unrein und zweitklassig. Wenn eine Frau vergewaltigt wird, entscheiden islamische Richter stets, dass es Schuld der Frau war, den Mann dazu zu verleiten. Wiederholt wurden Vergewaltigungsopfer gesteinigt. Mohamed hat den Frauen seiner Zeit – in Anbetracht seiner wilden, unzivilisierten Kriegsknechte – die Verhüllung empfohlen, damit die Männer nicht durch die Schönheit der Frauen zur Lüsterheit verleitet würden (Norbert Pressburg: Goo bye Mohamed). In der heutigen Zeit nützt die Verhüllung den Frauen in arabischen Ländern zwar nichts, denn dem Mann kann nichts passieren, wenn er eine unverheiratete Frau vergewaltigt, schreibt die Ägypterin Mona Eltahawy. Der Frau wird immer die Schuld zugeschrieben und der Mann geht auf jeden Fall straffrei, wenn die vergewaltigte Frau ihren Peiniger heiratet. Heiratet ein vergewaltigtes Mädchen ihren Peiniger nicht, dann ist sie dennoch entehrt und findet keinen Partner mehr. Daher drängen die Eltern ihre vergewaltigte Tochter stets, den Peiniger zu ehelichen.

Generell neigen Frauen mehr zu angepasstem Leben als Männer. Sie erfüllen öfter die in sie gesetzten Erwartungen. Islamische Frauen stehen im Zwiespalt:

Europäer erwarten von ihnen die Selbstverwirklichung in Freiheit – auch in der Kleidung –, Männer ihrer Herkunft dagegen, dass sie sich den Gebräuchen der arabischen Heimat entsprechend verhalten – sich verhüllen und möglichst nicht auffallen um keine lüsterne Blicke zuzulassen. Mit dem Kopftuch unterwerfen sie sich den Traditionen und beweisen ihren männlichen Clanmitgliedern, dass sie „brav“ und ehrsam sein wollen. Sie sind noch nicht in der westlichen Welt angekommen. Können sie auch nicht, weil ihre männlichen Familienmitglieder die westliche Lebensart für verwerflich erklären und sie mit Tötung bedrohen, sofern sie nur ein bisschen davon abweichen möchten (Seyran Ates). Trägt eine muslimische Frau das Kopftuch, zeigt das ihre Solidarität mit den Männern, die unsere Kultur zutiefst ablehnen. Aber Freiheit beinhaltet für erwachsene Frauen bei uns das Recht, frei zu entscheiden, wie sie sich kleiden wollen.

Lassen wir indes zu, dass die muslimischen Schüler ihre Mitschülerinnen drangsalieren und dazu zwingen, sich zu verhüllen, dann kommt das einer Aufgabe unserer westlichen Prinzipien von freier Lebensgestaltung für alle Menschen gleich – also Kapitulation vor der Gewalt von Männern gegen Frauen. Außerdem sind voll verhüllte Personen ein Sicherheitsrisiko. Zu leicht könnten sich Attentäter als Frauen getarnt Anschläge verüben ohne erkannt zu werden.

Mag. Franz Pöschl

BUCH: WO NUR DIE WIEGE STAND



Ludwig Laher

Wo nur die Wiege stand Über die Anziehungskraft früh verlassener Geburtsorte

Was verbindet Adolf Hitler und Papst Benedikt XVI? Ihre Geburtshäuser standen kaum 15 km voneinander entfernt auf beiden Seiten des Inn. Ihre Väter arbeiteten beim Zoll bzw. bei der Gendarmerie und wurden häufig versetzt. Mit den Eltern verließen sie ihre Geburtsorte im Alter von drei bzw. zwei Jahren auf Dauer. Der hat doch nur die Windeln hier gefüllt, klagt man in Braunau. Der hat Gott sei Dank die Windeln hier gefüllt, freut man sich in Markt.

Der nachdenkliche und doch unterhaltsame Streifzug durch Geburtshäuser und -orte führt den Essayisten u. a. auch nach Ulm (Albert Einstein), Wunsiedel (Jean Paul), Klagenfurt (Robert Musil), Augsburg (Bert Brecht), Eisenach (Johann Sebastian Bach), Tscherniwzi/Czernowitz (Paul Celan), Texping (Engelbert Dollfuß), Zamość (Rosa Luxemburg) oder Münchenbuchhausen (Paul Klee). Wie geht man jeweils um mit den Geburtsstätten sogenannter Prominenter (leider meist Männer), die objektiv so gut wie keine Spuren am Ort hinterließen? Was hat es mit der in der Bewerbung häufig behaupteten Aura solcher Plätze auf sich? Diesen und anderen Fragen geht der – wie immer bei Ludwig Laher – exakt recherchierte Text auf den Grund. Virtuos verknüpft er (Zeit-)Geschichte und Gegenwart, klaubt er Behauptetes und Tatsächliches sauberlich auseinander.

„Wo nur die Wiege stand“ ist lehrreich und spannend zugleich, und oft muss und darf man sogar lachen. Kompositorisch ist das Kunststück, auf der einen Ebene immer weitere Informationen mit oft köstlichen Anekdoten zu den Windelhäusern großer Geister zu bieten und auf der anderen die Reflexion über das Gedenken weiterzutreiben, prächtig gelungen. Es sind gleichsam zwei Kreise, die sich immer neu ineinanderschieben, das Erzählerische, Informative und das Nachdenkliche, Reflexive.

Karl-Markus Gauß

Ludwig Lahers jüngstes Buch „Wo nur die Wiege stand. Über die Anziehungskraft früh verlassener Geburtsorte“ ist soeben bei Otto Müller erschienen.

Rezension möglich unter:
presse@omvs.at (Otto Müller)



Ahmad Mansour

Klartext zur Integration

Gegen falsche Toleranz und Panikmache

Tausende Deutsche sowie Österreicherinnen und Österreicher haben 215 die Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und Afghanistan mit offenen Armen und Herzen begrüßt. Dann aber, insbesondere nach der Silvesternacht 2015 in Köln kamen Zweifel auf, die inzwischen gewachsen sind und in eine Islamophobie umzuschlagen drohen. Was läuft verkehrt bei der Integration der Flüchtlinge?

Wer schnell ein Bild von der gedanklichen Welt des Islam gewinnen möchte, sollte unbedingt dieses Buch lesen. Es zeigt zunächst die Geschichte der gelungenen Integration eines palästinensischen Jugendlichen in die europäische Welt dadurch, dass er in München in eine gemischte WG eingezogen ist. Zunächst war er tief befremdet, dass seine Mitbewohnerinnen ihm, dem Mann Putzarbeiten abverlangen konnten. Doch er erkannte schnell die Vorteile unseres freien Denkens und unserer Werte.

Anschließend klärt Mansour auf, wie das Denken in islamischen Kulturen funktioniert. Er beschreibt die beinharte Hierarchie von

Allah über die Mullahs, die alten Männer bis hinunter zum letzten Glied, den jungen Frauen und Mädchen. Er beschreibt die Angst aller vor der Hölle, die bei der geringsten Abweichung vom rechten Glauben droht, die Engstirnigkeit, die Denkverbote, die islamische Kulturen ihren Bürgerinnen und Bürgern auferlegen. Diese Kenntnis ist unerlässlich, wenn wir die Zugewanderten Muslime und die Flüchtlinge integrieren wollen.

Unsere Politik hat einen folgeschweren Fehler gemacht, als es zweifelnde Zuwanderer an die Muslimvereine verwiesen hat. Denn der Islam ist eine unorganisierte Religion, wo jede Person den Koran frei interpretieren darf. Doch die Islamvereine sind es, die einen radikalen Islam predigen und die Denkverbote verteidigen. Manour schreibt „Eine gelungene Integration in eine Demokratie fordert vor allem auch das Anerkennen und Praktizieren von Gleichberechtigung, von Meinungsfreiheit, der Trennung von Religion und Staat und die Verinnerlichung der deutschen Geschichte, das Anerkennen der historischen Verantwortung Deutschlands und somit auch die Ablehnung des Antisemitismus“. S 173

Er beklagt die Spaltung unserer Gesellschaft in zwei unversöhnliche aber gleichermaßen falsche Haltungen. Die islamophobe Fremdenfeindlichkeit der AfD (bzw. FPÖ) treibt die Zuwanderer genauso in die Arme der Islamisten wie die blinde Toleranz der Linken, die zwar vorgeben, Freiheit und Demokratie zu

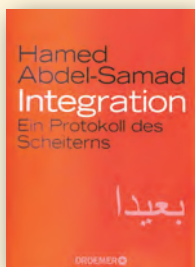
vertreten, die jedoch unbeteiligt hinnehmen, dass Muslime ihre Kinder misshandeln, ihre und unsere Frauen verachten und manche von ihnen bei uns einen islamischen Gottesstaat errichten wollen. Es darf nicht hingenommen werden, dass muslimische Zuwanderer ihren Kindern und Frauen gegenüber die Grundlagen unseres Rechtsstaates negieren.

Gerade die Linken müssen sich mit dem islamischen Denken kritisch auseinandersetzen und mit den Muslimen in einen fruchtbaren Dialog treten in welchem sie ihnen darlegen, welchen Wert unsere demokratischen Grundlagen und die Gleichheit der Geschlechter für unser aller friedliches Zusammenleben haben.

Ahmad Mansour ist wie auch Samed Abdel-Hamed und Mouhanad Korchide ein Hoffnungsträger, der die Chancen bietet, künftig mit aufgeklärten Muslimen zusammenzuleben, die das Diesseits bejahen und die Schriften des Korans in ihrem historischen Kontext begreifen. Sehr beachtenswert sind seine 10 konkreten Schritte, die Politik und Gesellschaft gehen müssen um einerseits unsere rechtsstaatliche Demokratie zu schützen und andererseits Muslimen einen friedlichen Platz in unserer Mitte zu gewähren.

Mag. Franz Pöschl

Ahmad Mansour; *Klartext zur Integration; Gegen falsche Toleranz und Panikmache.* S. Fischer Verlag, 2018; ISBN 978-3-10-397387-7; 303 Seiten



Hamed Abdel-Samed

Integration

Ein Protokoll des Scheiterns

Nach dem sehraufschlussreichen Buch „Mohamed Eine Abrechnung“, erschienen bei Droemer

2015 hat der ägyptisch-stämmige Autor, der ursprünglich aus der Moslebruderschaft stammte, nun ein weiteres sehr beachtenswertes Buch veröffentlicht. Während er im Buch „Mohamed“ erklärt, wie der Koran mit all seinen radikalen und gemäßigten Suren zustande gekommen sein dürfte, befasst er sich in diesem Buch mit den Folgen der Zuwanderung aus muslimischen Ländern.

Es ist eine bittere Tatsache: Die Integration vieler muslimischer Zuwanderer droht zu scheitern. Das heißt nicht, dass das für alle gilt, doch jeder Zuwanderer, der unsere freie Gesellschaftsordnung verachtet und bekämpft, ist einer zu viel. Abdel-Samed beschreibt eigentlich die Entwicklung in Deutschland. Aufgrund verschiedener Vorfälle (z.B. vier Frauenmorde der letzten Monate) ist anzunehmen, dass die Lage in Österreich ähnlich, wenn nicht schlimmer ist. Das Buch handelt aber

nicht bloß von Fehlschlägen, Abdel-Samed führt eine ganze Reihe von Beispielen gelungener Integration an und er zeigt die Bedingungen für ihr Gelingen auf: Es müssen beide Seiten offen sein für die Integration und sie müssen miteinander reden. Geschieht weiterhin nichts, radikalisiert sich die bildungsfernen jungen Muslime, die keine Arbeit finden können auf der einen Seite und die ähnlich bildungsfernen rechten Muslimgegner auf der anderen. Gewalt auf beiden Seiten ist vorprogrammiert.

Vordringlichste Maßnahme ist nach Meinung des Autors, dass der Staat die Einhaltung des Gewaltmonopols lückenlos durchsetzt - sowohl gegen prügeln Eltern, gegen Brüder, die ihre Schwestern bevormunden und einsperren, gegen Islamistenzellen, kriminelle Klans und auch gegen rechte Hetzer. Der Staat hat auf die Einhaltung seiner Gesetze zu achten: Erfüllung der Schulpflicht, Teilnahme aller Kinder an den Klassenfahrten und am Schwimmunterricht. Nicht geduldet werden dürfen Einschüchterungsversuche von Kindern und Jugendlichen durch Eltern, Geschwister und Clans. „Freiheit ist die erste Voraussetzung für Integration“. Der politische Islam muss aus Schulen, Polizei und Justiz sowie aus den Medien fern gehalten werden. Hamad Abdel-Samed prangert diesbezüglich insbesondere an,

dass der (deutsche) Staat mit Islamvereinen eng zusammenarbeitet ohne zu hinterfragen, dass es gerade diese Vertreter der Islamvereine sind, die den politischen Islam vertreten und durch deren Einfluss alle frei denkenden Muslime von Integrationsmaßnahmen und von den Schulen fern gehalten werden.

Dort, wo Integration funktioniert hat - insbesondere bei Ahmad Mansour und Hamad Abdel Samed - haben immer deutsche Personen, die sich der jungen Muslimen angenommen haben, diesen die Augen für die Segnungen der Freiheit in unserer Kultur geöffnet. Keine Frau trägt freiwillig die Kopftücher. Kopftücher sind ein trojanisches Pferd, mit dem die Islamisten den Zwang ihrer Kultur salonfähig machen möchten, schreibt Abdel-Samed.

Mag auch manche These von ihm überspitzt sein, die Forderung, mit den Zuwanderern zu kommunizieren und auf die Einhaltung unserer Rechtsordnung zu bestehen, sind es nicht. Ich empfehle dieses Buch insbesondere Lehrpersonen mit muslimen Schülerinnen und Schülern.

Mag. Franz Pöschl

Verlag Droemer Knaur GmbH, München 2018, 271 Seiten, ISBN 978-3-426-27739-3

Zeichen an der Wand lesen können

Politische Bildung in der Schule ist wichtig wie nie und den Rechten ein Dorn im Auge

Zu den Stabilitätsankern diktatorischer Regime zählt stets ein breites Denunziationsangebot. Missliebige werden beschuldigt, haben keine Möglichkeit, sich juristisch zu wehren, weil die Justiz ihre Unabhängigkeit verloren hat, und müssen für nichts und wieder nichts büßen – durch Jobverlust, im Gefängnis, im Lager. Im schlimmsten Fall kann Denunziation Leben kosten. Denunziation greift allenthalben Platz. Die wirkliche Stärke des Denunziantenwesens aber liegt in seiner Umwegrentabilität, in seinem Bedrohungspotenzial. Indem es jeden dauernd treffen kann, verhalten sich selbst jene oft vorauseilend gehorsam, die an sich nicht bereit wären, mit den Wölfen zu heulen.

Wenn etwa die AfD diesen Herbst kurz nach Schulbeginn Meldestellen in etlichen deutschen Bundesländern einrichtete, in denen Schüler und Eltern vertraulich vermeintliche Lehrerverstöße gegen das politische Neutralitätsgebot anzeigen könnten, dann stünden den oppositionellen Rechtsaußen in einer demokratischen Gesellschaft vorläufig noch keine direkten Sanktionsmöglichkeiten zur Verfügung. Aber man wird es sich nun womöglich zweimal überlegen, im Unterricht z. B. Sprachbilder zu thematisieren, die an unselige Zeiten gemahnen. Oder, in Österreich, wo ihre Gesinnungsfreunde bereits an den Schalthebeln der Macht sitzen, ministerielle Versuche, die unabhängige Presse zu mehr Wohlverhalten zu bewegen. Rassismus überwinden „Politische Bildung“, heißt es im Erlass des Bildungsministeriums in Wien, „befähigt dazu, gesellschaftliche Strukturen, Machtverhältnisse und mögliche Weiterentwicklungspotenziale zu erkennen und die dahinter stehenden Interessen und Wertvorstellungen zu prüfen“. Es gelte u. a., Vorurteile, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu überwinden.

Eine besondere Rolle komme dabei der Begegnung mit Interessenvertretungen, NGOs, Bürgerinitiativen usw. zu. Die Lehrperson habe es zwar zu unterlassen, für ihre persönlichen politischen Auffassungen Werbung zu betreiben, es sei aber zulässig, situationsbedingt ein politisches Urteil abzugeben. Über telefonische Intervention seines Vaters beim Schuldirektor ließ vor zwei Jahren in Linz

ein Gymnasiast und Sohn eines FPÖ-Abgeordneten den Gastvortrag eines Extremismusexperten abbrechen, der anhand von Fakten und ohne Pauschalverurteilung am Rande auch auf schlagende Burschenschaften und ihre Verbindung zur FPÖ zu sprechen kam. Der zuständige Landesschulratspräsident verteidigte in einer ersten Reaktion dieses Vorgehen mit den bemerkenswerten Worten, politische Bildung habe ausgewogen zu erfolgen, es sei nicht zulässig, eine demokratisch legitimierte Partei mit Extremismus in Verbindung zu bringen.



Rütteln am demokratischen Zusammenleben

Das ist eine unzulässige Interpretation dessen, worum es politischer Bildung zu gehen hat. Es ist überdies, mit Verlaub, auch hanebüchen und zeugt von zeithistorischem Unverstand. Die NSDAP war fraglos eine durch demokratische Wahlen legitimierte Partei, und politische Bildung besteht eben genau darin zu vermitteln, dass das Wahlvolk jedes Recht hat, unterschiedlichste Parteien ins Parlament zu hieven, auch solche, die an den Grundfesten demokratischen Zusammenlebens rütteln wollen. Ihnen, sollen die jungen Leute wissen, muss möglichst lange und laut mit den besseren Argumenten entgegengetreten werden. Erst in letzter Konsequenz darf die Demokratie auf Verbote setzen. Auch der bedenkliche Begriff Ausgewogenheit kommt in dem Erlass nirgends vor. Was es wiegt, das hat es, heißt es zu Recht in einem alten Spruch. Ausgewogenheit würde bedeuten, bei einem konkreten Anlassfall die Waagschalen durch ausgleichende Zusatzgewichte in einer falschen Balance zu halten. Das ist nicht die Aufgabe der österreichischen Schule.

Meldestelle für parteipolitische Beeinflussung an Schulen

Während man beim Landesschulrat bald darauf zurückruderte und den Abbruch des Vortrags schließlich doch

als unzulässig qualifizierte, verschärfte die FPÖ ihre Gangart und richtete in Oberösterreich, lange bevor die AfD Gleiches unternahm, eine „Meldestelle für parteipolitische Beeinflussung an Schulen“ ein. Heftiges Medienecho war die Folge. Derzeit ist die zugehörige Website „wegen Wartungsarbeiten vorübergehend außer Betrieb“. Aber wenigstens zum Teil zeigt diese massive Drohgebärde sehr wohl die erwünschte Wirkung. So manche Schulleitung ist seither wesentlich restriktiver, wenn es darum geht, Vorträge von Fachreferenten oder etwa Dialogveranstaltungen mit Schriftstellern zu gestatten. Man will sich Scherereien ersparen.

Prompt Skandal!

Zur Taktik der Freiheitlichen und ihrer publizistischen Organe gehört es, Verweise auf klare strukturelle Parallelen als simple Gleichsetzung zu deuten und prompt Skandal! zu schreien. Ein Vortrag über extremistische Herausforderungen, in welchem solche Haltungen bei den Grauen Wölfen, den Salafisten, den Staatsverweigerern oder gewissen Burschenschaften erörtert werden, setzt die einzelnen Akteure aber nicht automatisch gleich.

Vor meinem geistigen Auge sehe ich bereits Kampfpostings zu diesem Kommentar, die ihm unterstellen, er würde FPÖ und NSDAP auf eine Stufe stellen, nur weil ich nachweise, dass die Behördenargumentation, demokratisch legitimierte Parteien seien des Extremismus grundsätzlich unverdächtig, nicht haltbar ist. Denunziation aus niedrigen Beweggründen schrammt bestenfalls knappst am Extremismus vorbei, wenn man sich dessen Definition als aktive Gefährdung der Grundwerte zu eigen macht.

Eine Partei, die nichts dabei findet, dass ihr Klubobmann im Parlament aus politischem Kalkül mit fadenscheinigen falschen Belegen einen harmlosen jugendlichen Asylwerber und Lehrling als Terrorsympathisant anzeigt und öffentlich vorverurteilt, darf sich nicht wundern, wenn Lehrpersonen diesen alarmierenden Vorgang zum Anlass für eine Lehrstunde nehmen, wie solches zu anderen Zeiten auszugehen pflegte, als die Justiz gleichgeschaltet war. Und dass jedes Kind kompetenzorientiert die Zeichen an der Wand lesen können sollte.

Ludwig Laher, 21.10.2018

Zur Person Ludwig Laher

Ludwig Laher, der verheiratet ist und zwei erwachsene Kinder hat, lebt heute in Sankt Pantaleon im Grenzgebiet Bayern / Salzburg / Oberösterreich sowie in Wien.

Seine Veröffentlichungen schließen Prosa, Lyrik, Essays, Hörspiele, Drehbücher, Übersetzungen sowie wissenschaftliche Arbeiten ein. Dafür erhielt er zahlreiche Literaturpreise und Stipendien. Ludwig Laher ist Vorstandsmitglied der Interessengemeinschaft österreichischer Autorinnen und Autoren (IG-AA) und der Österreichischen UNESCO-Kommission (ÖUK) sowie Vorsitzender des Fachbeirates Kulturelle Vielfalt der ÖUK, Mitglied des Rates für deutsche Rechtschreibung sowie der Grazer AutorInnenversammlung.

Von 2005 bis 2007 war Laher Präsident des Europäischen KünstlerInnenrates (European Council of Artists, ECA).

Quelle und weitere Informationen unter: <http://www.ludwig-laher.com/index2.htm>

MITGLIEDSCHAFTEN

25 Jahre Mitgliedschaft

Koll. Michaela DENK
Koll. Maria FALLEND
SR Wilhelm HREBICEK
Reg.Rat Dipl.Ing. Dr. Walter KITTL
Koll. Bettina PANN
Dir. Marie-Luise SOMMERBICHLER

40 Jahre Mitgliedschaft

Koll. Ingrid BARTL
HR Dr. Friedrich BAUMKIRCHNER, LSI i.R.
Prof. Dr. Friedrich BRUCKMAYR
Koll. Karin CLEMENTE
Koll. Veronika DOBLINGER
Koll. Heinz EISL
Dr. Hofrat FLATSCHER Franz
Mag. Gerald FRATT
Koll. Dagmar GLÜCK
HR Dr. Herbert HABERL
Koll. Hannelore HIRSCHER
Koll. Edith HOCHSTEGER
Dir. Mag. Siegfried INNERHOFER
BOL Dipl.Päd. Dipl.-HTL-Ing. Herbert INSELBACHER
Dir. Ulrike MARGREITER
Koll. Renate NIEDERL
Dr. Gerlinde SCHIDER
Koll. Heidelinde SCHLAFFER
Mag. Ursula STRIZEK
Mag. Eva TASSATTI
HR Mag. Dr. Walter THALER, Klubvors. a.D.
Dr. Rudolf ZEUG

50 Jahre Mitgliedschaft

SR Josefine BRUNNER
SR Walter REICHMAYR
SR Herta WALKNER

GEBURTSTAGE

Die SLÖ Salzburg möchte jenen Mitgliedern Glückwünsche aussprechen, die in den Monaten April, Mai und Juni ihren Geburtstag begehen. Ganz besonders gratulieren wir jenen recht herzlich, welche ein großes, rundes Jubiläum feiern.

APRIL

1. KELLNER Sonja
1. PICHLER Christine BSI
1. SEELMANN-KRIEGL Elisabeth
2. KURZ Susanne
2. NEUWIRTH Susanne Mag.
3. TISCHBERGER Sabine
4. LINECKER Sabine
6. HUBER Gerhard
6. McMAHON Angelika Dipl.Päd.
6. STEINER Brigitte
8. BREITFUß Alois OStR Prof.
8. WALKNER Helene
9. LUGSTEIN Johannes
10. BENEDIK Karin Conny Dipl.Päd.
10. KLAUSNER-STEPAN Daniela
10. KRATOCHWILL Brigitte
10. RENNER Godelint
10. RIEFLER Elisabeth OSR
11. DRECHSLER Maria, Prof.
12. EIDENHAMMER Margareta
12. GOLSER Gertraud
12. HAGGENMÜLLER Eva Christine
12. NEUBACHER Carolin
13. FALLEND Maria
14. QUECHENBERGER Monika
16. HÖRAK Gerhard
17. PUSCH Gabriela Mag. (60)
17. STADLMAYR Ulrike
20. FUCHS Werner Prof. Mag. OStR.
20. KITTL Walter, Dr., Dipl.Ing. RR
22. BRUCKMAYR Friedrich Dr., Prof.
22. SCHLACHTA Ingrid, Schulrat
23. PANN Bettina
25. STEINER Elisabeth
28. BRABENETZ Walter
28. PFLÜGL Barbara

MAI

1. DELAHAIJ Gabriele
2. ALTENBERGER Rupert
2. KLINGER Johann, Oberschulrat
2. OSTER Daniela Dipl.Päd.
2. REITER Isabell
2. REITER Johann Dir.
3. WEISS Gabriele, Dir.
4. BERGHAMER Petra
4. LETTMAYER Leopold, Oberschulrat
5. BANKOSEGGER Grete, Oberschulrat
5. BIEBER Justine
5. PRADE Kurt Dr.
6. KNAPCZYK Elga (60)
7. HR MMag. DDr. Kurt Cervenka, FI i.R.
8. RATHMAYR Diana Mag. Bed.
9. GRIESMAYR Alois Dir. Oberschulrat
10. SCHIENDORFER Thomas Mag.
11. DUMBÖCK Sigrid Schulrat
11. KURZ Helga, Mag.
12. LECHNER Andrea Dr.
15. KNAUS Irmgard, Schulrat
19. BAUMGARTNER Rosemarie
20. GFRERER Jakob Mag. Oberstudienrat
21. RETTENBACHER Robert, Oberschulrat

22. BACHMAIER-KRAUSLER Gertrud, Mag.HR LSI
23. BAUMKIRCHNER Fritz Dr.Hofrat LSI
23. HAIDER Gabriele Mag.
23. KRISMER Michaela
23. NEUBACHER Wolfgang Mag.
23. ORGONYI Werner Dir.
23. SCHÖN Adelheid
23. TIEFGRABER Gertraud
24. GRABNER Gerhard
25. HASENAUER Waltraud
25. WALKNER Herta, Schulrat
27. STRUBER Helga Dr.
27. WIEDNIG Gabriela Dipl.Päd.
28. ALTENBERGER Simon, Oberschulrat
28. FISCHER Reinhard, Dir., OSR
28. JANAUSCHEK Ilse
28. KALTENLEITNER Franz, Schulrat
28. WALKNER Ursula
29. HEIDER Christine (50)
29. PRÄAUER Erwin
30. STEINER Heidi
30. WOLFERSBERGER Norbert Prof. OStR
31. GANN Karoline
31. LANKES Sebastian
31. LOOS Ruth Dir.

JUNI

1. WAGNER Reinhold Mag.
2. BRUNNER Sybille
2. PFEIFER Friedrich Dir. Schulrat (70)
3. KNAUSEDER Ulrike
4. BÜRGER Alexander Dr., Hofrat, LSI
4. SPRENGER Petra Tatjana, Dir.
5. BRUNNER Ilse, Studienrat
6. TAUPE-LEHNER Anna Dr.
8. LEITICH Christian
8. PERTLWIESER Richard Mag. OStR
9. TASSATTI Hedwig
9. TATSCHL Christine
10. HIRSCHER Hannelore
10. SALCHEGGER Sigrid Dir.
10. SCHWEINBERGER Kurt
12. BRUNNER Othmar, Oberschulrat
12. BUCHNER Georg
12. THUSWALDNER Dorothea Dr.
13. LETTNER Friedrich
14. TODT Karl-Heinz
17. INNERHOFER Siegfried Mag., Dir.
17. INSELBACHER Herbert Dipl.-HTL-Ing.
17. KAURIN Gabriela Mag.
18. GRUBER Ingeborg Mag.
18. SEIDL Christine
19. HINTERSEER Ursula Dir.
21. SCHNEIDER Waltraud
23. BAIER-Fuchs Evelyn
25. SOMMERBICHLER Marie-Luise Dir.
26. GSTÖTTNER Wilhelm Prof., Oberstudienrat
26. HUTHMANN Renate SR (80)
26. PEMBERGER Elke
26. POLAK Heidemarie (60)
26. PREININGER Margareta (70)
27. GADERER Rudolfine, Schulrat
30. FRATT Gerald Mag.
30. TRENKLER Elfriede



Wir trauern:
DR. Mag. LSI
Gerhard RADLWIMMER
40-jähriges SLÖ Mitglied
ist am 24. Jänner 2019 verstorben



Mag. Diana Rathmayr
NMS-Lehrerin
FSG-SLÖ Salzburg

EINLADUNG!

INFORMATIONSVORANSTALTUNG

mit MMag.Dr. Thomas Bulant

(FSG/SLÖ-Vorsitzender d. Pflichtschullehrer/innengewerkschaft)

zum Thema: **Leistungsbe(ver)urteilung**



Wodurch wird der /die Lehrer/in in Leistungsbeurteilungsfagen unterstützt?

Wie kommen Lehrer/innen von Leistungsfeststellungen im Unterricht rechtmäßig zur Jahresbeurteilung?

Welche Widerspruchsrechte haben Eltern?

wo? **Gasthof Hirschenwirt (Stüberl)**
Salzburg, St. Julienstraße 21 - 23

wann? Dienstag, 12. März 2019 - Beginn 18:30 Uhr

Wir freuen uns auf dein Kommen!

Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen der PflichtschullehrerInnen
5020 Salzburg, Kaigasse 23, ☎ 0662 842272-2485,
diana.sagmeister@hotmail.com http://www.goedfsg.at



VERANSTALTUNG

Ahmad Mansour kommt
am 12. Juni 2019 im Rahmen des

7. Migrationsdialoges in das Bildungszentrum St. Virgil

Titel des Vortrages: Extrem?

Die Migrationsdialoge sind öffentliche Gespräche zwischen Expert/innen, Politik, öffentlichen Einrichtungen, Zivilgesellschaft und Wohlfahrtsverbänden. Im Mittelpunkt stehen Hintergrundinformationen, mittelfristige Perspektiven und gelungene Praxisprojekte zu den aktuellen Herausforderungen.

Der siebte Migrationsdialog widmet sich der Fragen nach Extremismus Prävention in migrantischen Milieus.

Referent: Ahmad Mansour, Psychologe und Gründer der Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND), Berlin



Die Migrationsdialoge finden im Rahmen des Universitätslehrgangs Migrationsmanagement statt.

www.migrationsmanagement.at

Kooperation mit Land Salzburg, Integrationsreferat und Universität Salzburg
Bildungszentrum St. Virgil
Mi. 12.06.2019, 19.00 bis 21.00 Uhr



AK-WAHL 2019 GUTE ARBEIT WURDE BELOHNT

Wir gratulieren zum Wahlergebnis 2019

65 % der Stimmen, also die absolute Mehrheit in der Kammervvertretung bekommen.

In Salzburg ist die Nachfolge des langjährigen AK-Präsidenten Sigi Pichler geglückt. Das Team um Peter Eder hat bei der AK-Wahl Ende Jänner/Anfang Februar an die früheren Erfolge anschließen können und über



Das Ergebnis zeigt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wissen, welche Gruppe in der AK ihre Interessen am besten wahrnehmen kann.

Wir gratulieren herzlich!

Foto: © AK/Neumayr, AK

EuropäerInnen und der Islam

Was EuropäerInnen unbedingt über den Islam wissen sollten

Blutig waren die Eroberungskriege zur Zeit Mohameds, die sich über ganz Nordafrika bis nach Spanien auf der einen Seite und bis Indonesien und China auf der anderen Seite in Windeseile ausbreiteten. Viel Blut wurde nach dem Tod des Propheten im Kampf um seine Nachfolge (Sunniten gegen Schiiten) vergossen und bei jedem Umsturz von Dynastien. Grausam gingen auch die Christen bei den Kreuzzügen vor und bei der Kolonialisierung mit den unterworfenen Muslimen um. Heute fragen einerseits Muslime, warum die westliche Gesellschaft sie so brutal bekämpft, andererseits bedrohen uns muslimische Gotteskrieger mit blutigem Terror. Was sind die Hintergründe?

Der Islam hat keine institutionelle Struktur, wie Christen

Der Koran ist das heilige Buch der Muslimen und Grundlage ihres Glaubens. Es gibt tausende Auslegungen, jedoch keine Instanz, die allgemeingültig erklären kann, welche Auslegung die Wahre ist. Dennoch werden Muslime, die den Koran nach ihrer Auffassung auslegen, immer wieder vom nächsten Prediger als Häretiker verdammt und gemäß dem Befehl Mohameds, Abtrünnige zu erschlagen mit der Fathwa (Todesbefehl) belegt und getötet. Daher gab und gibt es blutige innermoslemische Konflikte sowie Mordaufrufe gegen die aufgeklärten, in Europa lebenden Muslime wie Salman Rushdie, Mouhanad Korchide, Ahmad Mansour, Hamad Abdel-Samed und Seyran Ates u.a.

Während die Schiiten eher spirituelle Auslegungen pflegen und zulassen, ist es Tradition bei den Sunniten, sich so streng an die Buchstaben zu halten, dass jeder Satz zum Gesetz wird. Da Mohamed seine Meinung aber mehrmals im Leben geändert hat – man denke nur an die „Satanischen Verse“ –, gibt es auch unter den Sunniten Gläubige, die die friedlichen mekkanischen Verse bevorzugen und andere, die die Hasserfüllten medinischen (= die späteren) predigen. In den letzten Jahren trat von Saudi Arabien ausgehend die Verkündigung der kriegesischen medinischen Suren einen Siegeszug an, die von den Salafisten, von Boko Haram, Al Quaida, den Taliban und den Dschihadisten u.v.a. als die entscheidenden gepredigt werden, weil sie von Mohamed

zuletzt verfasst worden sind. Zugrunde liegt der Glaube, dass man bei Rückkehr zum Urislam Mohameds wieder Allahs Hilfe zur Eroberung der Welt bekommen würde, so wie das Al Baghdadi, der Kalif des IS verkündet hat.

Freundschaften mit Christen und Juden sind Muslimen verboten

Im Koran (Sure 5, Vers 51) steht: „Macht euch nicht gemein mit Christen und Juden“. Wundern Sie sich daher nicht, wenn Muslime einer Einladung zu einem christlichen Fest nicht folgen. Sie dürfen es nicht, wird ihnen gepredigt. Wundern Sie sich auch nicht, wenn Männer einer Frau den Handschlag verweigern. Gemäß Sure 5, Vers 6 werden sie nämlich durch Berühren einer Frau unrein. Welche Form der Berührung Mohamed gemeint hat, darüber herrscht Schweigen. Da viele Imame die engstmögliche Auslegung vertreten, fürchten manche Muslime, schon durch das unwillkürliche Anstreifen an einer Frau unrein zu werden.

Strenges Patriarchat in Form einer Pyramide

Die Pyramide hat zwei Dimensionen: Ältere stehen über den Jüngeren, Männer über den Frauen. Der Familienverband (Clan) hat eine enorme Bedeutung. Den Älteren Männern ist bedingungsloser Respekt zu erweisen. Über dem Familienoberhaupt steht der Imam, also der Geistliche, der vorgibt, wie der Koran auszulegen ist. Alle unterwerfen sich gemäß ihrem Rang. Wenn nicht, wird die Hierarchie mit Gewalt hergestellt. Groß ist die Furcht vor der Hölle, die allen droht, die von der Lehre abweichen. Gewalt gegen Kinder ist alltäglich, nach Meinung vieler Muslime unerlässlich. Mädchen, die frei entscheiden möchten, mit wem sie leben wollen, werden getötet (Ehrenmorde). Lehrpersonen unseres Schulsystems stehen außerhalb dieser Pyramide, sie haben keinen Rang darin und daher wenig Bedeutung. Lehrerinnen – Frauen – werden von Schülern gering geschätzt ja sogar verachtet. „Von einer Frau lasse ich mir doch nichts sagen!“ Das Wort einer Frau gilt laut Koran nur halb so viel, wie das Wort eines Mannes. Erst wenn zwei Frauen das Gleiche vor Gericht aussagen, ist Gleichstand mit der Aussage eines Mannes erreicht. Auch beim Erbrecht steht Töchtern nur die Hälfte dessen zu, was ein Sohn erbt. Da der Sohn außerdem der Verwalter des Vermögens seiner Schwestern ist,

solange diese nicht verheiratet sind, bekommen viele Töchter gar nichts vom Erbe ihres Vaters.

Verbot Bücher zu lesen

„Alles, was ein Muslim wissen muss, steht im Koran!“ Das wird von jungen Muslimen den Lehrpersonen zuweilen erklärt, zu denen sie Vertrauen schöpfen. So hören es Kinder im Koranunterricht. Dies hat allerdings nicht Mohamed gelehrt, sondern viel später der Geistliche Al Ghazali, der 1105 gestorben ist. Seine Lehren waren der Grund, warum die bis zum 12. Jahrhundert der christlichen Gesellschaft um Welten überlegene islamische Gesellschaft allmählich ins Hintertreffen geraten ist. Rückständigkeit, die wir in muslimischen Gesellschaften wahrnehmen, ist dieser Beschränkung der Bildung geschuldet. Die Muslimen haben aufgrund der Lehren Al Ghazalis alle Bücher und Schriften der Griechen und Römer verbrannt. Erhalten geblieben sind sie nur im maurischen Spanien, das ein selbstständiges Kalifat war und blieb. Von Spanien ausgehend sind sie in der Renaissance für unsere Kultur wiederentdeckt worden. Radikale Gruppierungen, wie der IS, die Mujahedin in Afghanistan und Pakistan oder Boko Haram („westliche Kultur ist Sünde“) in Afrika verbieten sogar Musik, Tanz, Spiele und Sport sowie das Rauchen. In ihrer Auffassung ist das Leben nur Leiden zum Zweck, möglichst früh in das Paradies einzugehen. Wer im Kampf gegen Ungläubige das Leben verlor wird sogar mit den berühmten 70 Jungfrauen, deren Hymen sich immer wieder erneuern, belohnt.

Der Prophet hat immer recht

Beten – Rezitieren des Korans – ist eine der fünf Pflichten jedes Muslims. Oftmals verstehen die Gläubigen offenbar die arabischen Texte nicht vollkommen, sonst müsste ihnen auffallen, dass es Widersprüche zwischen den friedlichen mekkanischen und den radikalen medinischen Suren gibt. Gemäß der strengen Hierarchie ist es den Gläubigen verboten, über Widersprüche nachzudenken. „Der Prophet hat immer Recht und er hat in seinem Leben nie einen Fehler gemacht“ – so die Lehre. Obwohl Mohamed nicht als Gott angebetet wird, wird ihm eine gottähnliche Unfehlbarkeit zugestanden. Im Endeffekt läuft dieses Gebot auf ein Denkverbot hinaus. Es wird dadurch laut dem Integrationspädagogen Ahmed Mansour:

- ▶ Entmündigung vorangetrieben,
- ▶ Kritisches Denken verhindert,
- ▶ Gehorsam gefordert,
- ▶ Kontrolle ausgeübt,
- ▶ Individualität als Risiko gesehen,
- ▶ Angst vor Freiheit geschürt,
- ▶ Sexualität tabuisiert,
- ▶ Gleichberechtigung verteufelt,
- ▶ Geschlechtertrennung gefördert,
- ▶ Auf andere Menschen und ihre Werte heruntergeschaut,
- ▶ Das Zusammenleben durch Angst und Strafen gesichert.

Sexualität

Sex ist ausschließlich in einer Ehe erlaubt, gilt aber als unrein. Frauen gelten generell als unrein (Sure 5, Vers 6). Nach jeder Berührung einer Frau muss ein Muslim sich rituell waschen. Daher vermeiden Männer auch den Händedruck mit einer Europäerin. Mit Kindern wird nicht über Sex gesprochen. Aufklärung (insbesondere Aufklärungsunterricht) gilt als „haram“, also verboten. Um die Sittlichkeit der Unverheirateten sicherzustellen, fordern Imame eine strenge Trennung von Buben und Mädchen und vor allem die völlige Verhüllung der Frauen um so die Männer vor Lüsternheit zu bewahren. Wird eine Frau vergewaltigt, bleibt der Mann in islamischen

Staaten straffrei, wenn das Opfer bereit ist, seinen Peiniger zu heiraten. Heiratet ihn das Opfer nicht, dann gilt diese Frau als entehrt, also wertlos und wird aus ihrem Familienverband ausgestoßen.

Aufklärung

Während im Europa der Neuzeit die Aufklärung mit zahlreichen Mythen des Christentums und des Aberglaubens aufgeräumt hat, haben das Bildungsverbot Al Ghazalis und die hierarchischen Strukturen bei den Muslimen nie eine Aufklärung zugelassen. Erst in den letzten Jahren sind im deutschen Sprachraum aufklärerische Muslime in Erscheinung getreten, die zur Hoffnung Anlass geben, dass die Suren des Korans aus ihrer Entstehung heraus betrachtet und interpretiert werden. Interpretationen des Korans sind, wie eingangs beschrieben, jederzeit möglich, auch wenn radikale Muslime jede andere Deutung als die ihre als Häresie deklarieren und für todeswürdig erklären.

Seyran Ates, Hamed Abdel-Samed, Muhanad Korchide und Ahmad Mansour sind die hervorstechendsten Hoffnungsträger, die versuchen, den in Europa lebenden Muslimen die Errungenschaften des Humanismus näher zu bringen und die quälende Angst vor der Hölle zu nehmen.

Quellen:

Der Koran, Das heilige Buch des Islam; Goldmann Taschenbuch, München 1959.
 Hamad Abdel-Samed: Mohamed, **Eine Abrechnung;** Droemer-Knaur Verlag, München 2015.
 Hamed Abdel-Samad und Mouhanad Korchide: **Zur Freiheit gehört, den Koran zu kritisieren; Ein Streitgespräch,** Herder Verlag Freiburg im Breisgau 2016.
 Seyran Ates: **Der Islam braucht eine sexuelle Revolution; Eine Streitschrift;** Ullstein Verlag München 2009,
 Seyran Ates: **Der Multikulti-Irrtum,** Ullstein Verlag Berlin 2007,
 Ahmad Mansour, **Klartext zur Integration; Gegen falsche Toleranz und Panikmache;** S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2018
 Jörg-Dieter Brandes: **Geschichte der Berber; Von den Berberdynastien des Mittelalters zum Maghreb der Neuzeit;** Casimir Katz Verlag, Gernsbach 2004.
 Leila Slimani: **Sex und Lügen, Gespräch mit Frauen aus der islamischen Welt;** Verlagsgruppe Random House GmbH, München 2018.
 Norbert G. Pressburg: **Good bye Mohamed, Das neue Bild des Islam.** Wien 2012, Book on demand.
 Salman Rushdie, Die satanischen Verse, Artikel 19 Verlag, 1989.

die salzburg
kann herzlich
mehr!



Gemeinnützige Wohn- und
Siedlungsgenossenschaft
„salzburg“ reg.Gen.m.b.H
Ignaz-Harrer-Str. 35
5020 Salzburg
T: +43(0)662/43 12 21-0
F: +43(0)662/43 12 21-46
E: office@die-salzburg.at

www.die-salzburg.at



Bei die salzburg dürfen Sie herzlich mehr erwarten:
 Attraktive Wohnräume – modern und hochqualitativ.
 Das Unternehmen – kundenfreundlich, gemeinnützig und
 mit einem großen Herz, das für den Wohnbau schlägt.
 die salzburg – einfach zum Wohnfühlen!

die wohnfühlgennossenschaft

Kultur ist Chefsache

Ein Interview mit dem Vizebürgermeister und Bürgermeisterkandidaten Bernhard Auinger.

L&G: Als Vizebürgermeister sind Sie auch Ressortchef für Kultur. Salzburg ist weltweit bekannt für seine Hochkultur und Hochkultur ist Stadtkultur. Wars das schon, bleibts dabei?

Bernhard Auinger: Salzburg ist Weltmeister bei der Hochkultur und darauf bin ich stolz. Aber ich will auch die Alltagskultur nach vorne bringen: Dazu gehören für mich Sportstätten genauso wie ein Programm kino, das Rockhouse genauso wie Galerien und Live im Park. Das Leben spielt sich nicht nur in der Altstadt ab, sondern in allen Stadtteilen – und zwar das ganze Jahr über! Ich sehe das wie Nestroy: Kultur beginnt im Herzen jedes Einzelnen.

L&G: Im Gemeinderat wird es vermutlich nicht so leicht sein, neben der Förderung der Hochkultur auch die Anliegen der Alltagskultur bzw. der Alternativen Kultur zu bedienen.

Bernhard Auinger: Viele Beschlüsse im Gemeinderat sind in den vergangenen Jahren oft nur mit einer Mehrheit von SPÖ und Grünen beschlossen worden. ÖVP, Neos und Freiheitliche sind bei der freien Szene ablehnend oder sehr zurückhaltend. Dabei machen gerade die vielen Kulturschaffenden in den Vereinen die Vielfalt in der Stadt aus.

Da es derzeit Anzeichen gibt, dass die Grünen auch in der Stadt näher an die ÖVP rücken wollen, ist die Gemeinderatswahl auch für die zahlreichen Vereine und Einrichtungen der freien Szene eine zukunftsweisende.

L&G: Salzburg hat sich nicht für die Kulturhauptstadt von Europa beworben. Du hast dennoch die Initiatoren eingeladen, ihre Expertise zu nutzen. Wie genau kann man sich das vorstellen?

Bernhard Auinger: Ausgehend von der aktuellen Evaluierung von Kulturleitbild und Kulturentwicklungsplan 2014 habe ich die Initiatoren der Salzburger Bewerbung für die Kulturhauptstadt 2024 eingeladen, gemeinsam mit der Stadt neue Perspektiven für die Kulturstadt Salzburg zu erarbeiten. Ziel ist die Weiterentwicklung des Kulturprofils der Stadt: Nicht Reduktion auf Kunst und Kultur, sondern Lebenskultur, Kultur und Wohnen, Kultur und Mobilität, Kultur und Arbeit u.a. werden in einem breiten offenen Diskussionsprozess thematisiert und auf ihr Zukunftspotential ausgelotet. Denn Salzburg muss für alle hier lebenden und arbeitenden Menschen attraktiv sein.

Im Herbst 2018 startete dazu ein Diskussions- und Denkprozess mit mehr als 100 in der Kultur aktiven Menschen.

L&G: Gibt es hier schon Ergebnisse?

Bernhard Auinger: Umgesetzte oder in Umsetzung befindliche Projekte wie beispielsweise die Zwischennutzung von Leerständen, das Projekt Rauchmühle als innovatives Proben- und Produktionshaus sowie als Verknüpfung von Kreativwerkstätten und Kunst, das neue Architekturzentrum, das Zirkustrainingszentrum oder das Projekt Wissensstadt sind realisierte Meilensteine. Zusätzlich gibt es viele interessante Ideen und Vorschläge, die wir gemeinsam angehen werden.

L&G: Gibt es einen Schwerpunkt, ein zu realisierendes Lieblingsprojekt?

Bernhard Auinger: In den 15 Monaten meiner Verantwortung für den Kulturbereich habe ich die breite Kulturvielfalt sowie ein hochkompetentes Stadtkulturteam kennenlernen dürfen. Viele spannende Aufgaben und Herausforderungen liegen noch vor uns. Besonders Augenmerk werde ich auf ein Haus für Film und Fotografie in Kombination mit Das Kino legen. Auch eine faire Entlohnung der Bediensteten in den Kulturbetrieben wird in den kommenden Monaten ein Schwerpunkt bleiben. Dafür braucht es aber die richtigen Mehrheiten.



L&G: Wann waren Sie zum letzten Mal privat bei einer kulturellen Veranstaltung?



Bernhard Auinger: Ich bin jede Woche in unterschiedlichen Kultureinrichtungen der Stadt. Meine letzten Besuche waren Vorstellungen im Rockhouse und Marionettentheater. Auch hier gilt: Der bunte Mix macht's.



L&G: Abschließend: Ist Salzburg also mehr als eine Festspielstadt?

Bernhard Auinger: Salzburg kann Festspiele und Rockhouse, Tradition und Experiment, Gegenwart und Zukunft – diese Vielfalt macht unsere Stadt erst lebendig! Ich stehe für diese pulsierende Offenheit! Ich baue darauf, dass ich

bei den nun anstehenden Gemeinderatswahlen als Bürgermeister hervorgehe und ich diese Lebendigkeit weiter federführend mitgestalten kann.

L&G: Herzlichen Dank für das Interview und alles Gute für die Gemeinderatswahlen am 10. März.

Salzburger
SPARKASSE 

Was zählt,
sind die Menschen.

#glaubandich

Unser Land braucht Menschen,
die an sich glauben
und eine Bank,
die an sie glaubt.

Willkommen
bei uns!



salzburger-sparkasse.at

Kunst macht Freude – Pia Imbar

Einleitende Worte

Unsere Gesellschaft bewegt sich in einem dialektischen Prozess zwischen der Wirtschaftlichkeit als These einerseits, in der wir unser Schaffen rationalisieren, also den Fokus auf das Notwendige lenken und alles Überflüssige, Unwirtschaftliche verdammen sowie der Kunst als Antithese auf der anderen Seite, deren Zweck es ist, schön zu sein, unser Herz zu erfreuen.



Die Synthese besteht darin, dass wir zwar das Notwendige beachten und tun, dies jedoch so künstlerisch wertvoll und ästhetisch wie möglich, sodass es auch Freude bereitet. Betrachtet man Architektur als Kunst, dann muss man indes eingestehen, dass die Moderne sich weitestgehend auf Wirtschaftlichkeit beschränkt: Klare Strukturen, das Rechteck als ubiquitäre Form, uniforme Fassaden ohne jeden Schnickschnack. Wenn in Bauwerken künstlerische Ausgestaltung zugelassen wird, dann nur im Inneren. Kunst ist in eine Nische gedrängt.



Doch Kunst ist vielfältig und beschränkt sich nicht auf Bauwerke. Musik und Filme haben großen Stellenwert. Sie sind Alltagsprodukte geworden, die uns zuweilen so banal geworden sind, dass wir sie nicht mehr als Kunst wahrnehmen. Was wirklich Kunst ist, schält sich aus der Massenproduktion erst nach längerem Gebrauch heraus.

Kunst ist der Inbegriff von geistiger Auseinandersetzung mit dem Schönen. Sie ist es wert, einen großen Stellenwert zu bekommen. Wir möchten den Künstlerinnen und Künstlern daher auch in unserer Zeitschrift "LehrerIn und Gesellschaft" jenen Raum geben, den sie verdienen und das Schaffen und Denken von Künstlerinnen und Künstlern vorstellen.

Es geht uns weniger darum, etablierte Künstler und Künstlerinnen zu präsentieren, sondern solche vorzustellen, die gegenwärtig in Salzburg arbeiten und es verdienen mehr beachtet zu werden.



Wenn wir an Meisterwerke der Kunst denken, dann kommen uns zunächst solche in den Sinn, die von Männern geschaffen wurden. Obwohl Frauen auch immer künstlerisch tätig waren, wurden ihre Werke selten entsprechend gewürdigt. Es gibt unter den Künstlerinnen – wie die Ausstellungen im Museum der Moderne in den letzten Jahren gezeigt hat – nur wenige die ins öffentliche Bewusstsein eingedrungen sind: Vallie Export, Carole Schneeman oder Marisa Merz wurden im MdM zuletzt gezeigt.

Pia Imbar – Salzburger Künstlerin

Frau Imbar, könnten Sie sich kurz vorstellen? Sie stammen aus Frankreich, sind aber in Salzburg tätig. Wie gefällt Ihnen das Leben in Salzburg?



Pia Imbar: Ich bin 1981 geboren, mütterlicherseits Salzburgerin, väterlicherseits Französin. Mein Vater, der vor 20 Jahren gestorben ist, war erfolgreicher Comics- und Drehbuchautor. Meine Jugend habe ich in Frankreich verbracht, dann aber in Salzburg das Bühnenbildstudium begonnen. Wegen einer Schwangerschaft bin ich zurück nach Frankreich gegangen. Aufgrund der sich verschlechternden sozialen Lage in Frankreich bin ich vor einem halben Jahr nach Österreich zurückgekehrt, um hier zu leben, zu studieren und zu arbeiten. Gegenwärtig mache ich neben meiner künstlerischen Tätigkeit, Gesang und Bühnenbild am Mozarteum. Salzburg, die kleine Weltstadt bietet mir einerseits viele Begegnungsmöglichkeiten, andererseits auch eine hervorragende Lebensqualität für mich und für meine 9-jährige Tochter.

Kunst ist traditionell sehr männlich dominiert. Wie geht es Ihnen als Frau in der Kunst?



Pia Imbar: Ich habe ehrlich gesagt nie wirklich auf eine Geschlechterbremse aufgepasst! Ich bin mit Kunst aufgewachsen, insbesondere mit männlichen Comics-Zeichnern, die während oder kurz nach dem zweiten Weltkrieg geboren sind. Sie waren also sehr von dem amerikanischen Comics-Stil (mit allen diesen Super Heros) geprägt. Ich bin zwar kein Super-Hero-Fan, habe aber

auf meine Art schon sehr früh diese Strich- und Darstellungsart übernommen. So kann man sagen, dass meine Kunst von einem männlichen Strichstil geprägt worden ist. Heute aber gibt es mehr und mehr Frauen, deren Arbeiten von dieser Zeichenkultur geprägt sind bzw. darüber hinausgewachsen sind. Japanische Mangas haben heute auch einen beträchtlichen Einfluss auf junge Zeichnerinnen.

Damals in Paris als sehr junges Mädchen habe ich bei einem Galeristen zur Kenntnis nehmen müssen, dass - trotz meiner zeichnerischen Fähigkeiten - die Tatsache „jung und nicht bekannt zu sein“ abträglich ist. Erfolg ist mir auch wiederholt gegen körperliche Ausnützung von Galeristen oder Förderern versprochen worden. Diese Erfahrung mit solchen Angeboten machen Frauen leider in allen Bereichen und Ländern... Manchmal gibt es den Machtmissbrauch auch von der Seite einer Frau: Diese Erfahrung machte ein Bekannter, dem bei Heirat einer mächtigen Dame die Öffnung der Türen in das beste asiatische Kunstnetz versprochen wurde. Machtmissbrauch kennt kein Geschlecht.

Ich hörte ein paarmal auch sagen, dass wenn eine Künstlerin – insbesondere eine Bühnenbildnerin - Kinder hat, es aus ist mit der Kunst. Das Arbeitstempo ist so intensiv, dass Arbeit und Familie kaum zu kombinieren sind: Frauen werden in diesem Falle beruflich ausgeschlossen, weil sie Kinder haben könnten. Das sind Vorurteile, die einer Frau keine Chance gibt, ihren künstlerischen Weg zu gehen und auf diesem Weg Lösungen zu finden, Familie und Kunst zu vereinbaren. Ich wünsche jeder Frau, die Mutter ist und diesen Weg gehen will, eine Familie um sich zu haben, die sie versteht und unterstützt. Negative Vorurteile der Umgebung helfen nicht weiter. Wenn ein Potential aufblühen möchte, sollte man es fördern, nicht bremsen.

Wo sehen Sie die Unterschiede zwischen dem weiblichen und männlichen Blick auf die Kunst?

Pia Imbar: Zunächst hatten in der patriarchalen Welt nur die Männer das Recht, künstlerische Handwerke, die heute als Kunst betrachtet werden, zu machen; Frauen wurden auf das „Kunsthandwerk“ verdrängt. In der gleichberechtigten europäischen Kultur gelingt es aber auch immer mehr Frauen, sich vom Kunsthandwerk zu lösen und Kunst zu machen.

Das ist aber in Europa gottlob schon etwas einfacher als z. B. in Indien. Dort wollte ein Mann nicht einmal zulassen, dass ich eine fremde Frau male: „Aufhören, das geht nicht! Aufhören“.

Kunst braucht einen Antrieb. Was treibt Sie künstlerisch an?

Pia Imbar: Ich erlebe meine Kunst mehr wie etwas, was mich besitzt, ja fast angeboren ist. Manchmal denke ich, das Leben wäre ruhiger und einfacher ohne diesen Drang. Hätte ich keine künstlerischen Fähigkeiten

als Gabe bekommen, hätte ich vermutlich versucht, in der Dritten Welt mitzuhelfen. Ich hätte Medizin studiert oder Botanik oder eine andere Fachrichtung, die sich mit dem Menschen oder der Natur beschäftigt. Aber da ich eben künstlerische Fähigkeiten habe, fühle ich mich irgendwie so, als ob das Leben von mir erwartet würde, eben durch diese Wege den Menschen zu erreichen und ihm vielleicht auch indirekt zu helfen. (Warum nicht: Kunst als Vektor für Spendenaktionen usw.)

Wie würden Sie ihre künstlerische Arbeit beschreiben?

Pia Imbar: Ich habe viel experimentiert, von Wandmalereien, Comics, Illustrationen, Malereien, Zeichnungen bis zu Live-Zeichnungen während zahlreicher Jazz Konzerte. In den letzten zwei Jahren habe ich mich mehr für die Bewegung im Tanz interessiert: Auf großen Bildern habe ich mit Tänzerinnen gearbeitet und sie in diversen Posen dargestellt, so als ob die ganze Choreographie auf einmal zu sehen wäre.

Ich biete aber auch ein sehr interessantes und poetisches Kunstförderprojekt an: Ich lade Kinder ein, ein großes Bild auf spielerische Weise nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Anschließend male ich das Kind als Person in realer Größe „in dieses Bild“ hinein. Das ist nicht nur für die Kinder, sondern auch



Die Frage ist immer eine der Identitätssuche, der Selbstentdeckung: „Was steckt in mir so an Potential“. Es geht auch darum, wie weit man sich selbst anerkennt und sich erlaubt, auf diese Weise in unserer Gesellschaft zu existieren. Die tradierte Vorstellung, wie „man“ zu sein hat, ist immer eine Bremse, wenn sie unbewusst unsere Handlungen und Entscheidungen beeinflusst. Wenn man seinen Weg geht und zurückblickt, dann merkt man, was nicht funktioniert hat. Frauen haben das Recht, sich von Fesseln und Bremsen der Tradition zu lösen, um ihre Freiheit zu gewinnen. Manche Männer haben Schwierigkeiten, Frauen zu akzeptieren, die nicht fragen, wie sie sein sollten und einfach selbstbestimmend ihren Weg gehen.

für deren Eltern sehr spannend und berührend.

Mein derzeit besuchtes Kunststudium wird mir, hoffe ich, neue Türen öffnen



mit Gelegenheiten, bei denen ich alle meine Fähigkeiten und Interessen ausdrücken kann; d.h. dort, wo Musikkunst mit bildender Kunst zusammenkommt.

Vielfach können Künstler oder Künstlerinnen kaum von ihren Werken leben. Wie geht es Ihnen damit?

Pia Imbar: Für mich zählt, dass ich normal und gesund leben kann, meine kleine Familie versorgen und alle Grundbedürfnisse befriedigen kann, was ja leider nicht immer so leicht ist.

Erfahren Sie die gewünschte Anerkennung durch Ihre Kunst?

Pia Imbar: Eine verbale Anerkennung zu bekommen ist zwar angenehm, doch gibt es einen Zeitpunkt, wo das nicht so interessant ist. Professionelle An-

erkennung, die es einem erlaubt von seiner Kunst zu leben, ist natürlich sehr motivierend.

Ich muss gestehen, dass ich in gewisser Weise kein Bedürfnis habe, mir selbst etwas zu beweisen. Mein „Können“ muss heute einfach für etwas gut sein: für mich, für meine Familie, und für die mir wichtigen zukünftigen Begegnungen. Anderen etwas Positives im Leben zu bringen, ist ein erfüllendes und wunderbares Geschenk.

Interview: Franz Pöschl, Jänner 2019

Spruch des Monats

Probleme zu haben, ist uns Menschen äußerst unangenehm; doch jedes gelöste Problem macht uns glücklicher.

(Franz Pöschl)

BUCH: HERRSCHAFTSFREI LEBEN



Markus Pühringer

Herrschaftsfrei leben! Wie wir durch Herrschaft, Kapitalismus und Patriarchat aus paradiesischen

Zuständen vertrieben wurden

Nicht weniger als die Überwindung von Patriarchat, Herrschaftssystem und Kapitalismus fordert der Volkswirt und Coach Markus Pühringer in seinem Buch „Herrschaftsfrei leben“. Er sieht diese drei Systeme als einander bedingend bzw. verstärkend und verweist darauf, dass die heute dominante Wirtschafts- und Lebensweise, der Konsumkapitalismus in den reichen Ländern bei gleichzeitiger Ausbeutung anderen Regionen sowie der Natur, menschengemacht und daher veränderbar ist. Um uns daran zu erinnern, dass Wirtschaft und Zusammenleben auch anders, nämlich gemeinschaftlich organisiert sein können, geht Pühringer unter Bezugnahme auf die Soziologin Riane Eisler weit zurück zu den frühen matriarchalen Gesellschaften, in denen es weder Herrschaft noch Besitz gegeben habe. Wir sollen das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen, doch uns bewusstmachen, dass der „Mythos der Herrschaft“ überwindbar ist, so der Autor. Der „sogenannte Prozess der Zivilisation“ sei mit Gewalt durchtränkt und ein kultureller Rückschritt. Seine Fortsetzung werde uns – das sehen ja auch andere mittlerweile so – in den ökologischen Abgrund treiben.

Pühringer geht von drei menschlichen Grundbedürfnissen aus: der Sicherung der materiellen Basis, der Ermöglichung

von Verbundenheit sowie jener der Potenzialentfaltung – bei letzteren bezieht er sich u.a. auf Ergebnisse der Gehirnforschung bei Joachim Bauer und Gerald Hüther. Werden diese Grundbedürfnisse nicht befriedigt, kommen Gesellschaften in die Krise. Pühringer spricht vom Überschreiten einer „Schmerzgrenze“ (n. J. Bauer). Die materiellen Grundbedürfnisse seien in den reichen Ländern weitgehend befriedigt, doch hinsichtlich Verbundenheit und Potenzialentfaltung lebten wir über der Schmerzgrenze, wie zahlreiche Befunde zeigen würden. Den zentralen systemischen Treiber sieht Pühringer im Kapitalismus, nämlich in der Akkumulationsdynamik – hier bezieht er sich auf Karl Marx und Thomas Piketty. Waren würden nicht mehr über Geld getauscht (W-G), sondern mit Geld würden Waren produziert mit dem Ziel, daraus mehr Geld zu machen (G-W-G). Was andere als Profit, Rendite oder Mehrwertaneignung bezeichnen, nennt Pühringer eine leistungslose „Reichtumsprämie“. Der Autor verneint die wirtschaftlichen Erfolge dieses Systems nicht, er hält die sozialen, kulturellen und ökologischen Kollateralschäden jedoch für das größere Übel.

Auf dem Weg zur Utopie

Wie soll der Wandel gelingen? Mit dem Jesuitenpater David Steindl-Rast plädiert Pühringer für den Übergang von pyramidalen zu netzwerkartigen Gesellschaftsformationen. Durch die Einübung von Achtsamkeit, den Aufbau sozialer Netze und Gruppen, bewusste Ernährung und befreite Sexualität, die Ausweitung lokaler und regionaler Versorgungssysteme sowie das Nicht-Mehr-Mitmachen im Konsumsystem würden wir schrittweise wieder zu mehr Verbun-

denheit und Potenzialentfaltung gelangen und zugleich dem Kapitalismus ein Stück weit die Basis entziehen. Politisch fordert Pühringer die Unterbindung der Geldakkumulation, also die „Abschaffung der Reichtumsprämie“ durch eine Vermögenssubstanzz- bzw. Geldsteuer. Zudem sei ein weltweiter Schuldenerlass, den es in der Geschichte immer wieder gegeben hat, unerlässlich.

„Auf nach Utopia“ (S. 193) fordert Markus Pühringer und mag Zweifel provozieren, ob dies gelingen kann. Doch jede Utopie beginnt mit den ersten Schritten. Und radikales Denken ist wohl die einzig angemessene Reaktion auf die vielerorts beschriebenen Krisen. Der Autor spricht grundlegende Fragen an; dass er dabei auch religiöse Metaphern wie „das Göttliche“ oder die „Rückkehr ins Paradies“ bemüht, mag manchen irritieren, auch wenn die beschriebenen religiösen Lehren etwa vom Zinsverbot oder dem Schuldenerlass durchaus herrschaftskritisch waren. Seine Aufforderung zur Selbststeuerung unter Negierung des Herrschaftssystems des Konsums trifft jedoch den Kern eines Neuanfangs. Wie eine andere Ökonomie der Verbundenheit und Nähe konkret aussehen könnte, wird sich in vielfältigen Experimenten zeigen und könnte Thema eines anderen Buchs werden.

Empfehlung von Franz Pöschl und Hans Holzinger JBZ

Pühringer, Markus: Herrschaftsfrei leben. Wie wir Menschen durch Herrschaft, Kapitalismus und Patriarchat aus paradiesischen Zuständen vertrieben wurden und wie wir wieder dahin zurückkehren können.

St. Pölten: Planet-Verlag, 2018. 214 S. EUR 19,90

Stadt:Bibliothek Salzburg – Leseförderung

Stadt:Bibliothek Salzburg – mehr als eine Bibliothek

Im Jänner 2009 öffnete die Stadt:Bibliothek Salzburg ihre Tore am neuen Standort „Neue Mitte Lehen“. Das architektonisch eindrucksvolle Gebäude ist längst zu einem inoffiziellen Wahrzeichen der modernen Architekturlandschaft Salzburgs avanciert. Die Bibliothek erstreckt sich auf fast 5.000 m². Als flächenmäßig zweitgrößte Öffentliche Bibliothek Österreichs bietet sie Platz für mehr als 200.000 Medien. Einrichtung, technische Ausstattung und die Panoramabar mit ihrer spektakulären Aussicht bieten Groß und Klein ein angenehmes Ambiente.



Dem Kinderbereich ist ein eigenes Stockwerk mit 700 m² gewidmet. Der Jugend 13+ stehen nochmals 180 m² zur Verfügung und zusätzlich wurde viel Raum für Veranstaltungen geschaffen. Bereits bei der Planung wurde somit die Wichtigkeit der Zielgruppen Kinder und Jugend deutlich. Die Leitung der Stadt:Bibliothek, Dr. Helmut Winding, setzt ein klares Zeichen und stellt, nicht zuletzt aufgrund der Ergebnisse von PIRLS- und PISA-Studien, die außerschulische Leseförderung gefolgt von MINT & MAKER-Projekten und Programmen zur Förderung von Medienkompetenz in den Mittelpunkt des Aufgabenbereichs der Stadt:Bibliothek Salzburg.

Wir haben die Leseförderung im Fokus

Die Lust am Lesen zu wecken ist zentrales Ziel beim Zusammenstellen des in Modulen aufgebauten Leseförderungsprogramms. Im Fokus der Leseförderaktionen der Stadt:Bibliothek steht daher zum einen der pädagogische Anspruch und zum anderen der Erlebnischarakter der einzelnen Aktivitäten. Ganz nach den Kriterien der Erlebnispädagogik erreichen wir das

Interesse von Kindern und Jugendlichen durch das Wecken von Emotionen, mit authentischer Vermittlung und mit der Möglichkeit der Eigenaktivität der SchülerInnen bei Lesungen, Workshops, Veranstaltungsreihen uvm. Das Angebot ist vielschichtig und reicht von Veranstaltungen für Kleingruppen bis hin zu Events. Es ist auf unterschiedliche Altersgruppen und Bildungsniveaus abgestimmt. Somit erstreckt sich die Programmpalette vom Bilderbuch für Kindergartenkinder über Lesen mit Hunden für Volksschulkinder bis hin zu Poetry Slam Workshops und Veranstaltungsreihen wie „Jugend liest für Jugend“ für junge Menschen, die gerade an ihrer vorwissenschaftlichen Arbeit schreiben. Die folgenden Beispiele aus der Praxis verdeutlichen die Zielsetzung des Programms der Stadt:Bibliothek.

Steigern der Lesemotivation

Zur Steigerung der Lesemotivation haben sich interaktive AutorInnenlesungen sehr bewährt. Bei den Kindern löst es Begeisterung und Staunen aus, wenn sie AutorInnen persönlich kennenlernen dürfen. Den Lesungen folgen häufige Fragen zu Werk und Berufsbild der SchriftstellerInnen und oftmals kommen Kinder bereits am selben Nachmittag in die Bibliothek, um sich die Bücher der AutorInnen auszuborgen. Sehr großes Interesse an Büchern wecken auch die multimedialen Kindersachbuchpräsentationen. So war zum Beispiel mehrmals eine Autorin der Kindersachbuchreihe „Die Sendung mit der Maus“ zu Besuch, die Kinder mit den Themen Weltall, Meere & Ozeane, Klima usw. faszinierte. Vor allem aber auch das erste Kennenlernen der Bibliothek im Rahmen von altersgerechten Kindergarten- und Klassenführungen findet großen Anklang und löst bei vielen Kindern den Wunsch nach vermehrten Bibliotheksbesuchen mit den Eltern oder Großeltern aus.

Förderung von kontinuierlichem Leseverhalten

Perfektioniert wird das bei den Führungen erworbene Wissen über die Stadt:Bibliothek mit dem Erwerb des Bibliotheksführerscheins. Hierzu lernen angemeldete Gruppen an drei Terminen viel Wissenswertes zu den Themen Angebot und Ausleihe, Recherchieren und Auffinden von Lesestoff und Co und das Verhalten in der Bibliothek. Zum Abschluss erhält jedes Kind einen Bibliotheksführerschein und die Auszeich-

nung zum Bibliotheksprofi. Dies ist eine der Maßnahmen, die vermehrte Besuche und zunehmendes Ausleihen von Lesestoff bewirken. Auch die Aktion LeseSommer gehört seit 2014 zu den Aktionen, die kontinuierliches Leseverhalten fördern: In den letzten Wochen vor den Sommerferien stehen in der Stadt:Bibliothek LeseSommer-Sammelpässe zur Abholung bereit. Unter dem Motto „Sommerzeit ist Lesezeit“ tragen die Kinder und Jugendlichen ihre gelesenen Bücher im Sammelpass ein und geben diese im Kinderbereich ab. Jeder Sammelpass fungiert als Los. Im Herbst findet die Verlosung statt, bei der es tolle Preise zu gewinnen gibt.



Vermitteln von Literaturauswahlkompetenz

An dem bei Kindern und Jugendlichen beliebten TV-Format von Casting-Shows orientiert sich das Konzept des Buch-Castings. In einer Bibliothek sind natürlich die Bücher die Kandidaten und die SchülerInnen bilden die Jury. Nach den Auswahlkriterien Titel, Cover, Klappentext und Textstelle aus dem Buch werden nacheinander Bücher bewertet und ausgeschieden bis das Siegerbuch gefunden ist. Dies sorgt für viel Spannung und Überraschungen sowohl bei Volksschulklassen als auch bei SchülerInnen der Oberstufe.

Wissen2go – Holen Sie sich die Bibliothek in Ihre Schule oder Ihren Kindergarten!

Das neue Angebot der Stadt:Bibliothek bietet PädagogInnen von Kindergärten, Volksschulen, Neuen Mittelschulen und Unterstufe von Gymnasien eine Auswahl an Medienpaketen für die Vermittlung und Beschäftigung mit verschiedenen Themen wie Weltall, Straßenverkehr, Gewalt, Ernährung, Salzburg usw. Jeder „Wissenstrolley“

beinhaltet Kinder-/Jugendbücher, Kinder-/Jugendsachbücher, DVDs, CDs, Kopiervorlagen, teilweise Spiele zur Vertiefung der Materie sowie Fachliteratur für PädagogenInnen.



MINT & MAKER

Für die Unterstützung der naturwissenschaftlichen und technikorientierten Fächer finden vierzehntägig MINT-Nachmittage im Rahmen der Wissensstadt in der Stadt:Bibliothek in Form von offenen Veranstaltungen statt. Und unter dem Motto „analog meets digital“ haben sich die periodisch stattfindenden Makerdays@Stadt:Bibliothek, die School Maker Days und die Mini Maker Faire etabliert.

Die ausgeführten Programmpunkte sind ein exemplarischer Auszug aus den mittlerweile jährlich über 300 Veranstaltungen für Groß und Klein. Neben den Eigenveranstaltungen arbeitet die Stadt:Bibliothek bei diversen Projekten mit Kooperationspartnern des Bildungs-, Kultur- und Sozialwesens zusammen und hat sich durch die Vernetzung mit zahlreichen Institutionen als attraktiver Partner positioniert.



Auf der Homepage der Stadt:Bibliothek Salzburg <https://buch.stadt-salzburg.at/> sehen Sie zusätzlich das vielfältige Programm für Erwachsene und können den Newsletter der Stadt:Bibliothek abonnieren.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!
Barbara Vallone-Thöner

WANDERUNG IM MAI

Wanderung durch das „Tauglgries“

Im Mai findet eine Wanderung durch das Natura 2000-Gebiet „Tauglgries“

(Gemeinde Vigaun) statt.

Diese wird auf der
SLÖ-Homepage

(www.sloe-salzburg.at)
rechtzeitig angekündigt.



Anmeldungen:

Sepp Irnberger, Scheffau 165

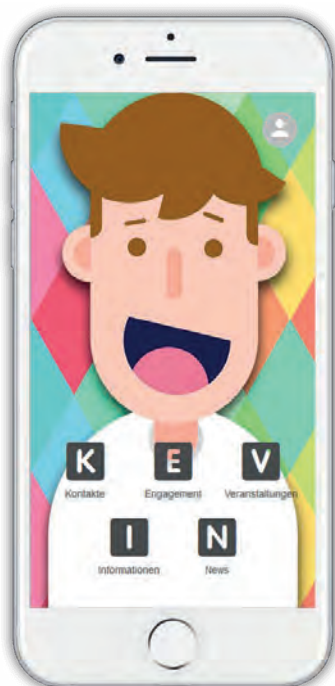
A-5440 Golling

Telefon: 06244 8473

oder 0664 75023118

K.E.V.I.N. die App für LehrerInnen

Hier geht's
zur App:



SLÖ
Salzburg

Wir laden alle Mitglieder des SLÖ Salzburg zur Landeskonferenz ein und bitten um regen Besuch!

Einladung zur

LANDESKONFERENZ

Donnerstag, 2. April 2019;

Beginn: 19:00 Uhr, Parkhotel Brunauer
Elisabethstraße 45A, 5020 Salzburg

Tagesordnung

- * Sektempfang
- * Begrüßung
Vortrag: MMag.Dr. Thomas Bulant
(Bundesvorsitzender des SLÖ)
- * Wahl
- * Entlastung des alten Vorstands
- * Allfälliges
- * Bekanntgabe der Wahlergebnisse
- * Grußworte
- * Schlusswort
- * Buffet



Sozialdemokratischer LehrerInnenverein Landesgruppe Salzburg
www.sloe-salzburg.at



GROSSGLOCKNER HOCHALPENSTRASSE

ABENTEUER GROSSGLOCKNER

Hochalpenstraße

Das Erlebnis für Schulklassen –
begleitet von einem Nationalpark-Ranger.

„Wer noch nicht auf dem Großglockner war, hat Österreich noch nicht gesehen“

Gemeinsam mit **BLAGUSS action4school** organisieren wir Schulausflüge für Kinder und Jugendliche jeden Alters auf die Großglockner Hochalpenstraße, inklusive der Abholung direkt von der Schule sowie eine Führung durch einen Nationalpark-Ranger.

Die Großglockner Hochalpenstraße zählt zu den faszinierendsten und schönsten Ausflugs- und Panoramastraßen Europas. Erfahren Sie das Herz des Nationalparks Hohe Tauern und erleben Sie die Einmaligkeit und den Mythos des höchsten Berges Österreichs. Zahlreiche Themenlehrwege, spannende Ausstellungen, Spielplätze sowie Natur und Tierwelt hautnah machen Ihren Schulausflug zu einem unvergesslichen und lehrreichen Abenteuer.

BUCHEN SIE
GLEICH JETZT!

ACTION4SCHOOL

Tagesausflug auf die Großglockner
Hochalpenstraße inkl. Eintritt in die
Erlebniswelt und Nationalpark-Ranger-
Führung ab 45 Schülern:

Busfahrt & Großglockner € 27,00

BUCHUNG:
salzburg@action4school.at
www.action4school.at/salzburg
+43 662 650 000 - 278

GROSSGLOCKNER
3.798 m

GROSSES WIESBACHHORN
3.564 m

JOHANNISBERG
3.453 m

EDELWEISSPITZE
2.571 m

PASSHÖHE HOCHTOR
2.504 m

PIFFKAR
1.620 m

HEILIGENBLUT AM
GROSSGLOCKNER
1.301 m

FUSCH AN DER
GROSSGLOCKNERSTRASSE
815 m





Alpengasthaus & Jugendhotel
Venedigerhof 1200 m ü.d.M.
 mit Gästehaus Düvelmeyer und Bamergut
www.venedigerhof.at

FERIENFREIZEITEN - SCHULSKIKURSE - PROJEKTWOCHEN - SCHULABSCHLUSSFAHRTEN
 für Familien, Vereine und Schulen

Herrlich sonnseitig auf 1200m gelegen. Panoramablick auf Groß- und Kleinvenediger.

150 Betten, Komfortzimmer (2-7 Betten), gemütliche Speise- und Aufenthaltsräume, Seminarraum (80 Pers.) mit Beamer, Internet und TV, Sat-TV und Video, W-Lan, Sauna, Infrarotkabine, Disco, Fitnessraum, Tischtennis- und Billardhalle, Luftgewehr-Schießstand, Sonnenterrassen, Freilandschach, Grillplatz, 2 Tennisplätze, Rasensportplatz, Beachvolleyballplatz, Abenteuerkinder-spielplätze, Lagerfeuerstelle. Beheiztes und überdachtes Freibad (Mai - Oktober).

Zwei behindertengerecht adaptierte Zimmer. Bauernhof Bamergut.

Fordern Sie ausführliche Unterlagen und Hausprospekt an - wir buchen direkt!

Fam. Düvelmeyer · A-5741 Neukirchen a. Grv. · Tel. 06565/6326 · Fax: 6326-5
 E-Mail: info@venedigerhof.at · www.venedigerhof.at

Österreichische Post AG MZ 02Z030583 M
 Sozialdemokratischer Lehrerverein, Wartelsteinstraße 1, 5020 Salzburg

Sprechstunden

Mag. Dietmar Plakolm

SLÖ-Landesvorsitzender

Telefonische

Vereinbarung

erbeten unter

0660/4913141

LAbg. Walter Steidl

**Vorsitzender des
 SPÖ-Landtagsklubs –
 Chiemseehof**

**Voranmeldung erbeten:
 Telefon 0662 8042/2447
 (Manuela Tischler)**

**Email:
spoe.klub@salzburg.gv.at**

Bei Unzustellbarkeit: Rücksendung an
 Wartelsteinstraße 1, 5020 Salzburg, erbeten!